

Editorial

Vor 150 Jahren, im Mai 1875, vereinigten sich im Gothaer „Tivoli“ der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). 15 Jahre später, die meisten davon unter dem Joch des Sozialistengesetzes, nannte sie sich auf dem Parteitag in Halle in SPD um. Dem 150. Jahrestag entsprechend widmen wir uns in diesem Heft ausführlich einem der damaligen Protagonisten – auch wenn er in Gotha nicht selbst vor Ort sein konnte. Die Rede ist nicht von Marx, nein, es geht um Eduard Bernstein, dessen 175. Geburtstag wir in diesem Jahre feiern. Klaus Leesch, Mitglied unseres Vereins, hat über Bernstein eine knapp 1.800 Seiten umfassende Dissertation veröffentlicht. Wir gratulieren ihm herzlich zu diesem Mammutwerk. Im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe bei der SAPMO hat er seine Forschungsergebnisse im November 2024 vorgestellt. Wir drucken seinen ausgearbeiteten Vortrag in voller Länge in diesem Heft ab. Außerdem findet sich im Rezensionsteil dieser Ausgabe eine Besprechung des Buches. Bernstein eilte der Ruf eines Renegaten voraus, eines Gegners der Revolution und Vaters sozialdemokratischer Realpolitik. Dass dieses Bild viel zu schematisch ist und Bernstein teils missverstanden und reduktionistisch dargestellt wird, zeigt Leesch auf.

150 Jahre Geschichte ganz anderer Art gibt es in der Schweiz zu erkunden: „Gretlers Panoptikum der Sozialgeschichte“ ist nun nach mehrjähriger Arbeit aus privater Hand in das Schweizerische Sozialarchiv überführt worden. Es bietet eine Sammlung von Texten, Filmen, Fotos und mehr aus anderthalb Jahrhunderten sozialer regionaler bis globaler Historie. Wir stellen die Sammlung vor.

Im Rezensionsteil geht es neben dem erwähnten Bernstein dieses Mal um Bücher über Viktor Agartz, Wolfgang Harich, Leo Kofler, Karl Marx, Sergej Iwanowitsch Tulpanow, die proletarische Frauenbewegung und die kommunistische Rätebewegung.

Ein Bericht über die neuesten Entwicklungen hinsichtlich der Umstrukturierungen im Bundesarchiv befasst sich mit einigen grundsätzlichen Aspekten der Entwicklung der SAPMO. Weiterhin steht unsere 34. Jahresmitgliederversammlung am 26. April 2025 bevor, die Einladung ist abgedruckt. Wie immer ist deshalb auch der Geschäftsbericht des Vorstandes im aktuellen Heft zu finden. Zwei weitere Berichte gelten der 59. Internationalen Tagung der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderen sozialen Bewegungen (ITH) in Linz und der 54. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI) in Paris und Nanterre; beide fanden im September 2024 statt. Äußerst spannend liest sich der Beitrag über Trude Richter, Schriftstellerin, Kommunistin und Opfer des Stalinismus zugleich, der zurecht den Titel „Totgesagt. Hommage an eine Unbeugsame“

trägt. In der gleichen Rubrik „Bibliotheken, Verlage, Geschichtskultur“ folgt ein Portrait der Zeitschrift „Exil“. Eine Miscelle zu Annedore Leber ergänzt den Beitrag zum „Lern- und Gedenkort ehemalige Kohlenhandlung Annedore und Julius Leber“ aus dem vergangenen Heft 66. Diese Erinnerungsstätte zu besuchen, hatten wir im Oktober 2024 Gelegenheit.

Wir wünschen viel Freude beim Lesen. Über Diskussionsbeiträge und Zuschriften würden wir uns sehr freuen.

Die Redaktion

Inhalt

Editorial	1
Aus den Archiven	
Eine besondere Sammlung: „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ im Schweizerischen Sozialarchiv <i>Christian Koller</i>	7
Veränderungen in der Organisationsstruktur des Bundesarchivs seit dem November 2024 <i>Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl</i>	17
Bibliotheken, Verlage, Geschichtskultur	
„Exil“ – Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse Porträt einer Zeitschrift <i>Michael Klein</i>	21
„Totgesagt“ – eine Hommage an eine Unbeugsame. Vor 125 Jahren wurde Trude Richter geboren <i>Helmuth Markov</i>	25
Recherche, Vermittlung und kritische Reflexion lokaler Erinnerungsnarrative: Die Darmstädter Geschichtswerkstatt e. V. <i>Kirsti Ohr / Bernhard Schütz</i>	32
Besondere Zeitdokumente	
Die Telebrücke Mainz-Leningrad im Oktober 1987 <i>Siegfried Prokop</i>	37
Vortrag	
Eduard Bernstein – Vordenker einer modernen Sozialdemokratie <i>Klaus Leesch</i>	41

Berichte

„Digitale Arbeitswelten“. Die 59. Internationale Konferenz der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen vom 26. - 28. September 2024 in Linz
Holger Czitrich-Stahl 61

„Politische Objekte“? Die 54. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI)
Anja Kruke 64

Miszelle

Annedore Leber (1904-1968) – Kämpferische Sozialdemokratin im Widerstand gegen den Faschismus
Gisela Notz 67

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht 2024 76

Einladung zur 34. Jahresmitgliederversammlung 81

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Leo Kofler: Interventionen. Kleine Schriften zur marxistischen Theorie und Praxis, Dietz Verlag, Berlin 2024
Jürgen Wasem-Gutensohn 83

Philippe Bourrinet: Biografisches Lexikon des deutschen Rätekommunismus 1920-1960. Die Buchmacherei, Berlin, durchgesehene und erweiterte Auflage 2024
Holger Czitrich-Stahl 85

Vincent Streichhahn (Hrsg.): Feministische Internationale. Texte zu Geschlecht, Klasse und Emanzipation 1832-1936, Dietz, Berlin 2024
Eveline Linke 87

Christoph Jünke (Hrsg.): Viktor Agartz oder: Ein Leben für und wider die Wirtschaftsdemokratie, Dietz Verlag, Berlin 2024
Bernd Hüttner 89

Klaus Leesch: Eduard Bernstein (1850-1932). Leben und Werk. 2 Bände, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2024 <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	91
Wolfgang Harich: Neuruppiner Jugendjahre. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 16. Mit weiteren Dokumenten und Materialien, herausgegeben von Andreas Heyer. Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden <i>Siegfried Prokop</i>	94
Inge und Michael Pardon: Tulpanow. Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie. Edition Ost, Berlin 2024 <i>Holger Czitrich-Stahl</i>	96
Timm Graßmann: Der Eklat aller Widersprüche. Marx' Theorie und Studien der wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, De Gruyter, Paperback, Berlin 2024 <i>Jürgen Wasem-Gutensohn</i>	100
Veranstaltungsankündigung	103

Aus den Archiven

Eine besondere Sammlung: „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ im Schweizerischen Sozialarchiv

Im Juni 2024 konnte das Schweizerische Sozialarchiv mit zahlreichem Publikum den Abschluss eines sechsjährigen Übernahmeprojekts feiern – die Überführung von „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ aus dem Privatbesitz des verstorbenen Gründers und jahrzehntelangen Kurators Roland Gretler in eine öffentliche Gedächtnisinstitution und Forschungsinfrastruktur. Sie bedeutete zugleich die Transformation dieser Bestände vom rein analogen und nur im Kopf des Gründers erschlossenen in einen komplett durch digitale Metadaten verzeichneten und teilweise online konsultierbaren Aggregatzustand. Medienberichte charakterisierten das Panoptikum als „Wunderkammer“, „Geschichtslabor“ oder „Gedächtnis der Arbeiterbewegung“ (Pfrunder 2013, Tremp 2018, Howald 2019). Es handelt sich dabei um eine ungewöhnliche Sammlung mit einer aus der Dialektik von eigenem Aktivismus und dokumentarischer Reflexion darüber entspringenden Geschichte.

Ein Fotograf, Aktivist und Dokumentalist und seine Sammlung

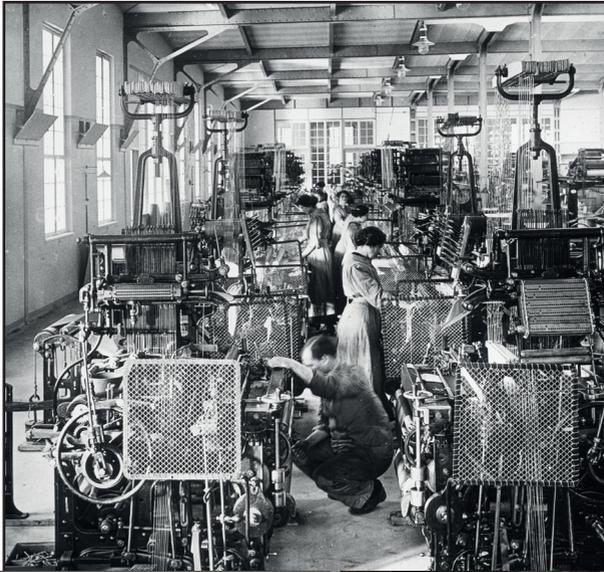
Der 1937 geborene, in St. Gallen aufgewachsene Roland Gretler arbeitete nach dem Schulabschluss zunächst beim Tropeninstitut in Basel, machte ein landwirtschaftliches Praktikum und absolvierte dann in Zürich eine Lehre als Fotograf. In der Folge arbeitete er für verschiedene Fotoagenturen, unter anderem das Werbebüro von Rudolf Farner, der als erster amerikanische PR-Methoden in die Schweiz einführte, hoher Offizier war und sich pointiert rechtsbürgerlich verortete. Auch aufgrund politischer Differenzen mit diesem Arbeitgeber eröffnete Gretler sodann ein eigenes Atelier für Werbe-, Industrie- und Produktfotografie. Diese Arbeit führte er später neben seiner Sammeltätigkeit weiter.

1964 war Gretler Mitgründer der „Jungen Sektion“ der kommunistischen Partei der Arbeit (PdA). Die aus verschiedenen Protestbewegungen und linken Zirkeln entstandene Sektion geriet zur moskauhörigen Mutterpartei, der sie sich ohne Illusionen vor allem wegen deren Pariacharakter in der Kalte-Kriegs-Schweiz angeschlossen hatte, bald in Konflikt – wegen Sachfragen, ideologischer Differenzen und besonders auch divergierender Vorstellungen zu Arbeitsformen und Kooperationen mit potenziellen Bündnispartnern aus studentischen, jugendkulturellen und migrantischen Kreisen (Rentsch 2014). Am Abend der Invasion von Truppen des Warschauer Pakts in die Tschechoslowakei zur Niederwalzung des

Prager Frühlings organisierte die Junge Sektion zusammen mit neulinken Gruppierungen eine Demonstration in Zürich und forderte in der Folge vergeblich den vollständigen Bruch der PdA mit der KPdSU. Als das ZK der PdA einen Antrag auf basisdemokratische Parteireform mit Rätssystem ablehnte, den die Junge Sektion eingebracht hatte, trat diese 1969 kollektiv aus. Viele Mitglieder betätigten sich dann in Bewegungen der Neuen Linken, später teilweise auch in Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei (P. F. 1988).

Dies galt auch für Roland Gretler. Auf einer Reihe von Demonstrationen um 1970 ist er an vorderster Front mit Megafon zu sehen. Im bewegten Jahr 1968 textete und produzierte er verschiedene Poster und Flyer, etwa vor dem Monsterkonzert von Jimi Hendrix in Zürich das 1. *Flugblatt der antiautoritären Menschen* mit dem Slogan „Satisfaction ist möglich – Rebellion ist berechtigt!“. Auch beteiligte er sich an der Wanderausstellung *Der Krieg in Vietnam* des Komitees zur Information über den Vietnamkrieg. Im Nachgang zum Zürcher „Globuskrawall“ vom Juni 1968, der sich an der Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum entzündete und den Höhepunkt von „68“ in der Limmatstadt darstellte, rechnete *Die Tat* Gretler zum angeblich hinter den Unruhen steckenden „Generalstab“ (*Die Tat*, 2.7.1968) und die *Neue Zürcher Zeitung* zählte ihn zur „kleine[n] Minderheit, die den totalen Umsturz der gesellschaftlichen Struktur zu ihrem Ziel gesetzt hat“ und „die allgemeine Unrast und Unruhe der Jugend für ihre Zwecke auszunützen“ versuche (*NZZ*, 17.10.1969). 1971 wurde Gretler Präsident der kurzlebigen Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft. Als Fotograf war er oft unterwegs zu Anlässen der Arbeiterbewegung, an Demonstrationen oder für Reportagen, ab den 70er-Jahren häufig zusammen mit dem Journalisten und Schriftsteller Niklaus Meienberg.

Seinem Freund Meienberg war Gretler auch behilflich bei einer unkonventionellen Quellenrecherche für dessen Buch zur Familiengeschichte General Ulrich Willes, der als Oberbefehlshaber der Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg wegen Germanophilie, preußischer Drillmethoden und Antisozialismus gleichermaßen in der lateinischen Schweiz, bei den Aktivdienstsoldaten sowie der Arbeiterbewegung unbeliebt war und im November 1918 durch die militärische Besetzung Zürichs wesentlichen Anteil am Ausbruch des Landesgeneralstreiks hatte. Willes Nachlass blieb im Familienbesitz bis zum 100. Todestag 2024 unter Verschluss. Als 1987 Briefe des Generals an seine Frau im Ortsmuseum Meilen gezeigt wurden, lenkte Meienberg die Aufsicht ab, so dass Gretler einen Teil der Dokumente fotografieren konnte (Meienberg 1987: 219 f.; Koller/Lanz/Zimmermann 2018: 317 f.). Die Briefe wurden eine wichtige Basis für Meienbergs Buch *Die Welt als Wille & Wahn*, in dem er die These von der Senilität des Generals formulierte. Das Buch schlug wie eine Bombe ein, wurde in sieben Auflagen 20.000 Mal verkauft und in zahlreichen Besprechungen, Medienbeiträgen, Lesungen sowie einer De-



- 1) Foto aus Gretlers Sammlung: Schweizer Seidenverarbeitung um 1920 (Foto: unbekannt / Sozarch_F_5068-Gb-pos-0037)
- 2) Objekt aus Gretlers Sammlung: Skulptur des Arbeiter Sport-Clubs Zürich von 1934 (Urheber:in: unbekannt / Sozarch_F_5068-Oa-1086)
- 3) Roland Gretler 1990 mit Plakaten und Fotos zum Tag der Arbeit (Foto: Herbert Fischer / Sozarch_F_5032-Fb-0931)

batte an der Universität Zürich vor einem tausendköpfigen Publikum diskutiert (Jaun 2014).

1975 hatte Gretler zusammen mit seiner Frau Anne Gretler-Epprecht, einer professionellen Bibliothekarin, das „Bildarchiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ gegründet mit dem Ziel, „sämtliche Bilder“ zu sammeln, reproduzieren und bewahren, „welche die Lebensverhältnisse der arbeitenden Bevölkerung und ihre Emanzipation zum Thema haben“. Lange vor dem „visual turn“ in der zünftischen Geschichtsschreibung und bei den professionellen Archiven erkannte Gretler, der sich gerne als „Barfußhistoriker“ bezeichnete, die immense Bedeutung nichtschriftlicher Quellen für die Rekonstruktion der Vergangenheit, gerade in den Themenfeldern der Sozial-, Alltags- und Bewegungsgeschichte. Er betrachtete Fotografien aber nicht naiv als ungebrochenen Spiegel der Vergangenheit, sondern reflektierte über Bildrezeption und -kontextualisierung und deren Rolle für Prozesse kollektiver Erinnerungsbildung (Pfrunder 2013, Howald 2018).

Gretlers Sammlung nahm im Lauf der Jahrzehnte enorme Ausmaße an und umfasste schließlich neben rund 100.000 Fotografien auch unzählige Poster, Objekte, Broschüren, Flugblätter, Archivmaterial, Fahnen, Transparente, Filme, Tonaufnahmen, Zeitschriften und eine Bibliothek. Zugleich erweiterten sich Gretlers Interessensschwerpunkte. Nebst Arbeiterbewegung und Industriegeschichte sammelte er zunehmend auch Material zu den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere zu „68“ sowie den Frauen-, Friedens- oder Antirassismus-Bewegungen, ebenso zur Alltagsgeschichte. Sein Material akquirierte er über viele Kontakte zu Organisationen und Bewegungen, aber auch durch Besuche in Brockenhäusern und auf Flohmärkten und sogar aus Mülltonnen vor Gewerkschaftssekretariaten.

Vom Arbeiterbildarchiv zum sozialhistorischen Panoptikum

Mit dem Umzug ins Dachgeschoss des Kanzleischulhauses im Zürcher Arbeiterquartier Aussersihl, einer traditionellen Hochburg der Arbeiterbewegung, wurde aus dem Bildarchiv 1993 „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ mit einer räumlich-thematischen Ordnung. Zeit seines Lebens verzichtete Gretler auf eine Katalogisierung, geschweige denn digitale Verzeichnung seiner Sammlung. Stattdessen ordnete er Bilder und Dokumente in großen Aktenschränken thematisch und stellte in Bücherregalen die passende Literatur sowie Objekte in unmittelbarer Nähe dazu.

Mehrfach wurden Teile von Gretlers Sammlung der Öffentlichkeit gezeigt, so 1986 in der Gruppenausstellung *Fotografen sehen ihre Stadt* im Stadthaus Zürich, 1987 bis 1991 in der Wanderausstellung *Heraus aus Dreck, Lärm und Gestank* zur Geschichte von Arbeitsalltag und Arbeiterbewegung der Schweiz (Gretler et al. 1987), 1990/91 in der Wanderausstellung *Vorwärts – und nicht vergessen: 100*

Jahre 1. Mai im Bild und 2013 in der Ausstellung *Gretlers Panoptikum – Fotografie und Grafik zur Sozialgeschichte* im Kulturraum des Regierungsgebäudes St. Gallen. Zur Ausstellung über den 1. Mai brachte Gretler, der auch sonst verschiedentlich zu Themen der Arbeiterbewegungsgeschichte und von „68“ publizierte (z. B. Gretler 1991 und 2010), einen reichhaltig illustrierten Band mit Beiträgen aus Geschichtswissenschaft und Volkskunde heraus (Gretler 1990) – knapp drei Jahrzehnte bevor die erste größere akademische Studie zur Geschichte des Tags der Arbeit in der Schweiz erschien (Anderegg 2008). Es waren vor allem solche Ausstellungen, die Gretlers Archiv immer wieder eine breite mediale Beachtung eintrugen. Bilder und Plakate aus seiner Sammlung wurden auch Teil der Dauerausstellungen des Schweizerischen Nationalmuseums in Zürich und Prangins sowie von Ausstellungen in verschiedenen Städten der Bundesrepublik, der USA und Österreichs.

Weiterhin interessierte sich Gretler auch für gesellschaftliche und politische Entwicklungen jenseits der Schweizer Grenze. 1990 kuratierte er die in Zürich und Lausanne gezeigte Ausstellung *Wirklichkeit als Tragödie: Sowjetische Reportagefotografie 1984-1990*, die Bilder von Armut, Umweltzerstörung, den Folgen des Afghanistankrieges, Nationalitätenkonflikten, politischer Repression, Streiks und Protesten in der späten Sowjetunion zeigte. Der begleitende Katalogband enthielt unter anderem Texte von Lev Kopelev (Fedjuschin/Fedorowskij/Gretler 1990). 1999 betätigte sich Gretler als „Mail-art“-Künstler, indem er schweizerische Sondermarken zum 50-Jahre-Jubiläum der Volksrepublik China, die auch vom tibetischen Exil als Anbiederung der offiziellen Schweiz ans chinesische Regime kritisiert wurden, mit alten Marken zum 45-Jahre-Jubiläum der UNO-Erklärung der Menschenrechte überklebte und damit immerhin einen Bericht in der *Neuen Zürcher Zeitung* auslöste (NZZ, 30.4.1999). Im Sinne der Friedenspädagogik kaufte er zuweilen mit Waffenattrappen spielenden Kindern diese Spielzeuge ab und integrierte sie in seine Sammlung.

2002 wurde Gretler mit dem Kulturpreis des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes ausgezeichnet (Rechsteiner 2003). Bilder und Plakate seiner Sammlung fanden in zahlreichen Zeitungs- und Fernsehbeiträgen sowie Buchpublikationen Verwendung, so etwa im *Historischen Lexikon der Schweiz* (<https://hls-dhs-dss.ch/>) oder der Festschrift zum 125-Jahre-Jubiläum des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (Boillet et al. 2006). Gretlers Vision, aus seiner Sammlung eine öffentliche Institution zu machen, realisierte sich aber nie. Besuche im Panoptikum waren nur auf Voranmeldung möglich und der von Weggefährten als „streitlustig“ charakterisierte Gretler war zwar freigiebig mit Erzählungen, aber eher zögerlich bei der Benutzung seiner Dokumente (Howald 2018). Der um die Jahrtausendwende verfolgte Plan, in St. Gallen ein auf Gretlers Sammlung beruhendes sozial- und alltagshistorisches Museum zu schaffen, wurde trotz breiter Unterstützung aus

Geschichts- und Sozialwissenschaften sowie dem Museumswesen nie Realität. Ebenso wenig führten die Bestrebungen, Gretlers Sammlung bereits zu seinen Lebzeiten ins Schweizerische Sozialarchiv zu überführen, zu einem Ergebnis.

150 Jahre Sozialgeschichte in der Fotografie

Nach Gretlers Tod am 22. Januar 2018 musste es plötzlich schnell gehen, da die Stadtverwaltung Zürich Eigenbedarf für die Räumlichkeiten des Panoptikums anmeldete. In kurzer Zeit setzte das Sozialarchiv in Zusammenarbeit mit Gretlers Familie ein Übernahme-, Erschließungs- und Digitalisierungsprojekt auf, warb beim Gemeinnützigen Fonds des Kantons Zürich, dem Kulturstadamt der Stadt Zürich sowie verschiedenen Stiftungen und Gewerkschaften Projektdrittmittel von rund einer halben Million Franken ein und stellte temporär einen zusätzlichen Archivar und zwei studentische Hilfskräfte ein. 2019 bis 2024 wurden der audiovisuelle Kernbestand der Sammlung bewertet, digitalisiert und erschlossen und die Sammelobjekte fotografiert (Länzlinger 2024). Zwangsläufig musste das auf dem Pertinenzprinzip beruhende Panoptikum dabei in die Archivlogik mit dem Grundsatz der Provenienz überführt werden. Eigentliche Archivsplitter in Gretlers thematischen Dossiers wurden zu einem Archivbestand zusammengefasst, Flugblätter, Pamphlete und Broschüren hingegen in die thematischen Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs integriert.

Der fotografische Kernbestand aus den thematischen Dossiers im Umfang von etwa 16.000 Einheiten wurde vom Sozialarchiv integral digitalisiert und online gestellt (https://www.bild-video-ton.ch/bestand/signatur/F_5068). Hinzu kamen etwa 80.000 Bilder aus Nachlässen von Fotografen und Vereinen sowie Postkarten. Hier wurde für die Digitalisierung eine Auswahl getroffen. Bereits kurze Zeit nach online-Stellung zeigte sich eine rege Nachfrage nach den Bildern für Forschung, Lehre und durch die Medien.

Die ältesten Fotos stammen aus der Zeit um 1870, die Mehrheit datiert aus den ersten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts. Thematische Schwerpunkte liegen auf Alltag, industrieller, landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeitswelt, Protestbewegungen, Arbeiterorganisationen sowie Personen des politischen und kulturellen Lebens der Schweiz. Es finden sich aber auch diverse Bildserien zu Ereignissen im Ausland, etwa zur Novemberrevolution 1918 in Deutschland, zu Exkursionen von Schweizer Arbeiterdelegationen ins Rote Wien, zu den Reichstagswahlen 1932, zu einer Leningradreise Schweizer Kommunistinnen und Kommunisten 1937, zur Schlacht um Stalingrad, zu Demonstrationen in Paris in der Nachkriegszeit, zu einer Moskaureise von Mitgliedern der Gesellschaft Schweiz–Sowjetunion 1969, zu Streiks in Großbritannien, zu China während der Kulturrevolution oder zur Maiparade 1975 in Ostberlin, sowie Stadtansichten verschied-

dener europäischer Metropolen.

Archive des Alltags und der „Culture of Secrecy“

Die Archivbestände umfassen zwar nur rund drei Laufmeter, enthalten aber manche Trouvaille (<https://www.findmittel.ch/archive/archNeu/Ar685.html>). Verschiedene Archivsplitter ergänzen bereits im Sozialarchiv gelagerte Organisationsarchive, etwa der Sozialdemokratischen Partei, verschiedener Gewerkschaften, Arbeiterkultur, Arbeiterbildungs- und -sportorganisationen, sozialistischer Kinder- und Jugendverbände, des Volkshauses Zürich, lokaler Arbeiterunions oder von Organisationen der Neuen Linken. Aber auch ein Bestand zum wenig bekannten Verein der Wasch- und Putzfrauen Zürichs findet sich darin oder das Truppentagebuch eines im Ordnungsdienst der Jahre 1918 und 1919 eingesetzten Füsilier-Bataillons. Ebenso umfasst der Bestand Nachlässe, lebensgeschichtliche Dokumente und Rechnungsbücher von etwa 45 Arbeiterinnen und Arbeitern, Aktivistinnen und Politikern vom frühen 19. bis ins späte 20. Jahrhundert. Auch die Überwachungsakten des Staatsschutzes zur Jungen Sektion der PdA und weiteren Organisationen sowie die abfotografierten Briefe General Willes sind enthalten.

Den bedeutendsten Teilbestand bilden die Akten des 1928 bis 1995 existierenden Arbeiterfotobundes Zürich, dem Gretler in der Endphase angehörte. Der Arbeiterfotobund, der zeitweise bis zu 60 Mitglieder umfasste, verstand sich als „technische Hilfstruppe des Proletariats“ und förderte die sozialkritische Tendenzfotografie (Arbeiter-Foto-Bund Zürich 1992, Zollinger 1993, Gretler 2013, Koller 2020). Schließlich gehört zum Archivbestand auch eine mysteriöse Blechkiste, die 1988 in der Nähe von Chur gefunden wurde und Werke von Lenin und Stalin enthält. Die Kiste war 1942, zur Zeit des Verbots der Kommunistischen Partei der Schweiz, von Karl Salzgeber, genannt der „Bündner Lenin“, aus Furcht vor polizeilicher Hausdurchsuchung vergraben und erst viereinhalb Jahrzehnte später von einem Forstwart beim Fällen eines Baumes wieder entdeckt worden.

Propagandafilme aus dem Realsozialismus

Im Zuge der Übernahme des Panoptikums tauchten im Schulhauskeller zahlreiche Filmrollen auf, die Gretler gemäß Aussage seiner Witwe nie visioniert hatte (Länzlinger 2023). Die Herkunft der Filme war zunächst unbekannt – bis auf eine handschriftliche Notiz, die sie als „Filmarchiv von Wälli Moser“ auswies. Die Visionierung förderte zutage, dass es sich um eine einmalige Sammlung von Propaganda- und Imagefilmen aus dem Ostblock handelte. Viele Filme verfügten über einen deutschen oder französischen Kommentar, was nahelegte, dass sie zum Zweck der Westpropaganda bearbeitet wurden. Nachforschungen identifizierten

Walter „Wälli“ Moser als Mitglied der PdA Basel und der in der frühen Nachkriegszeit recht mitgliederstarken und umtriebigen Gesellschaft Schweiz–Sowjetunion sowie Besitzer eines 16-mm-Projektors und mutmaßlichen Filmoperateur bei prokommunistischen Veranstaltungen. Er lagerte die Filme bei sich, bis die politische und medientechnische Entwicklung sie obsolet machte und er sie 2003 Gretler überließ.

Die Durchforstung der Datenbanken internationaler Filmportale und nationaler Kinematheken führte zum überraschenden Ergebnis, dass ein großer Teil der Filme bislang weder online zugänglich war noch Internet-Spuren in Gestalt digitaler Metadaten hinterlassen hatte. Eine Ausnahme stellten Produktionen der DEFA dar, wobei die Sammlung Moser auch Filme enthielt, die im DEFA-Stiftungsarchiv fehlten. Diese 28 Rollen wurden dem Deutschen Bundesarchiv übergeben. Die verbleibenden Filme wurden vom Sozialarchiv digitalisiert und 2023 online zugänglich gemacht (https://www.bild-video-ton.ch/bestand/signatur/F_9093). Noch im selben Jahr wurden sie erstmals für die Hochschullehre in osteuropäischer Geschichte genutzt.

Drei Dutzend sowjetische Filme decken die Zeitspanne von den 20er- bis in die frühen 80er-Jahre ab, der größte Teil stammt aus den 50er- bis 70er-Jahren. Die sowjetische Filmindustrie betrieb damals in Moskau, Leningrad, Minsk und Kyjiw große Produktionsstätten, deren Output zum Teil auch synchronisiert in den Westen gelangte und über die sowjetischen Botschaften in die Veranstaltungsprogramme der „Freundschaftsgesellschaften“ eingespeist wurde. Die Filme sollten ein positives Bild der Sowjetunion vermitteln und hoben deren Leistungen auf wirtschaftlichem, technischem, sportlichem, kulturellem, wissenschaftlichem und medizinischem Gebiet hervor. So finden sich in der Sammlung Moser Streifen zu Kolchosen in Litauen und im Altaigebiet, sowjetischen Gymnastiktrainern, dem Wiederaufbau von Minsk nach dem Zweiten Weltkrieg, der Kleinkinderbetreuung in Litauen, ausländischen Studierenden in Moskau, Tourismus auf der Krim, Ölbohrungen im Kaspischen Meer, der medizinischen Versorgung in der Ukraine, kulturellem Leben und Alltag in Wolgograd, dem Siebenjahrplan 1959 bis 1965, der naturwissenschaftlichen Nachwuchsförderung im Akademgorodok von Novosibirsk, glamourösen Flugreisen mit Aeroflot, dem Planetarium von Moskau, dem sowjetischen Schulwesen, sowjetisch-amerikanischen Leichtathletikwettkämpfen oder Eisbären auf der Wrangelinsel. Nur wenige Filme sind explizit politischen Inhalts. Diese betreffen etwa die Geschichte der Komintern, den 21. Parteitag der KPdSU von 1959, den im Film mit der sowjetischen Hymne untermalten Moskauer „Weltkongress der Friedenskräfte“ 1973 oder eine Demonstration in Moskau mit antiamerikanischen Tönen von 1983 im Rahmen der von Jurij Andropov inszenierten „Massenkampagne für den Frieden“, die das Wiedereinsetzen des Rüstungswettlaufs nach der Stationierung der sowjetischen

SS-20-Mittelstreckenraketen ab 1976 und dem Nato-Doppelbeschluss von 1979 einseitig dem „westlichen Imperialismus“ in die Schuhe zu schieben versuchte.

Zehn Filme aus der DDR behandeln internationale Themen wie Vietnam, die Pinochet-Diktatur, die Friedensbewegung in den Niederlanden oder Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, aber auch Wilhelm Pieck sowie das Gewerkschaftswesen, die Jugend oder den Spitzensport in der DDR. Hinzu kommen ein polnischer Film zur Sommerspartakiade 1951, ein tschechoslowakischer Film zur Kunsterziehung, ein früher albanischer Imagefilm und der von der PLO verbreitete antizionistische Streifen *Geboren in Palästina*. Ebenso findet sich ein Film zum Schweizer Ostermarsch 1984, als die PdA-nahe Schweizerische Friedensbewegung durch ihre Weigerung, Solidaritätsbekundungen für Dissidenten und oppositionelle Friedensbewegungen im Ostblock zu tolerieren und den „Abbau des Blocksystems“ in den Forderungskatalog aufzunehmen, den größeren Schweizerischen Friedensrat sowie weitere pazifistische, christliche und feministische Organisationen brükierte und die Ostermarschbewegung vorübergehend spaltete.

Christian Koller
Schweizerisches Sozialarchiv
Stadelhofer Straße 12, 8001 Zürich

Bibliografie

- Anderegg, Urs: Der 1. Mai in der Schweiz (1890-2005): Ein sozialhistorisch-kulturwissenschaftlicher Beitrag zur Untersuchung der Kultur der Arbeiterbewegung. Marburg 2008.
- Arbeiter-Foto-Bund Zürich, in: *Arbeiterfotografie* 1971-72 (1992). S. 20-35.
- Boillet, Valérie et al. (Hg.): Vom Wert der Arbeit: Schweizer Gewerkschaften – Geschichte und Geschichten. Zürich 2006.
- Fedjuschin, Victor, Alexander Fedorowskij und Roland Gretler (Hg.): „Wirklichkeit als Tragödie“ – „La Tragédie de la Réalité“: Alexej Fjodorow, Pawel Kassin, Sergej Podlesnow – 3 Fotografen der Moscow News: Sowjetische Reportagefotografie von 1984 bis 1990. Zürich 1990.
- Fischer, Herbert: Genosse, Archivar und Einzelkämpfer: Der Zürcher Fotograf Roland Gretler, in: *Basler Magazin* 17 (1990). S. 1-3.
- Gretler, Roland et al.: Ausstellung Heraus aus Dreck, Lärm und Gestank ...: Alltag und Arbeiterbewegung in der Schweiz. Zürich o. J. [1987].
- Gretler, Roland (Hg.): Vorwärts – und nicht vergessen: Ein historisch-volkskundliches Bilderbuch zur 100-jährigen Geschichte des 1. Mai in der Schweiz. Zürich 1990.
- Gretler, Roland: Présentation du Bildarchiv & Dokumentation zur Geschichte der

- Arbeiterbewegung, in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 7 (1990/91). S. 65-68.
- Gretler, Roland: La réalité surpasse la fiction: oder wie der „Neue Postillon“ (1895-1914) vor hundert Jahren gegen die Politische Polizei ankämpfte, in: Unsere Kunstdenkmäler 42 (1991). S. 461-467.
- Gretler, Roland: Mitmarschieren, Solidarisieren – der Vietnamkrieg als Anlass: Von Ho-Ho-Ho Chi Min zu Händels Hallelujah, in: Krawall. Hamburg 2010. S. 51-69.
- Gretler, Roland: Time is on our Side, in: Krawall. Hamburg 2010. S. 93-103.
- Gretler, Roland: „Natur und Tendenz“: Entstehen und Vergehen des Arbeiter-Fotobundes Zürich, in: *Fotogeschichte* 33/127 (2013). S. 57-71.
- Hauzenberger, Martin: Wie man Geschichte ins Bild setzt, in: *Zeitlupe* 1/2 (2008). S. 70-73.
- Helbling, Michael: Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte: Lebenswerk und dritte Säule, in: *Der Arbeitsmarkt* 5 (2010). S. 6-10.
- Howald, Stefan: Roland Gretler (1937-2018): Wie ein Magier durch die Bilder in die Welt sehen, in: *Die Wochenzeitung*, Nr. 5, 1.2.2018, S. 7.
- Howald, Stefan: „Gretlers Panoptikum“: Rettung der Wunderkammer, in: *Die Wochenzeitung*, Nr. 26, 27.6.2019, S. 13.
- Jaun, Rudolf: General Wille unter Shitstorm: Niklaus Meienbergs „Wille und Wahn“ in der Medien- und Fachöffentlichkeit der 1980er-Jahre, in: Kuhn, Konrad J. und Béatrice Ziegler (Hg.): *Der vergessene Krieg: Spuren und Traditionen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg*. Baden 2014. S. 271-290.
- Kesser, Caroline: Roland Gretler: Arbeiterkultur zur kollektiven Seelenheilung, in: *DU – Die Zeitschrift der Kultur* 51/8 (1991). S. 76-79.
- Koller, Christian, Rita Lanz und Adrian Zimmermann: Quellenbestände zum Landesstreik, in: *Traverse* 25/2 (2018). S. 307-323.
- Koller, Christian: La photographie ouvrière dans les Archives sociales suisses, in: *Transbordeur* 4 (2020). S. 94-103.
- Länzlinger, Stefan: „Essayez chez Gretler!“ Hommage à Roland Gretler (1937-2018), in: Cahiers d'histoire du mouvement ouvrier 35 (2019). S. 142-143.
- Länzlinger, Stefan: Propagandafilme aus der Zeit des Kalten Krieges, in: *Sozialarchiv-Info* 3 (2023). S. 17-20.
- Länzlinger, Stefan: „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ im Sozialarchiv, in: *SozialarchivInfo* 2 (2024). S. 14-17.
- Meienberg, Niklaus: *Die Welt als Wille & Wahn: Elemente zur Naturgeschichte eines Clans*. Zürich 1987.
- Meyer, Doris: Der Großvater der Revolution: Roland Gretler, St. Galler Fotograf und Politaktivist, sucht für sein Lebenswerk, das Archiv für Arbeitergeschichte, einen würdigen Erben, in: *Migros-Magazin*, Nr. 18, 27.4.2009, S. 12-15.
- P. F.: Die Nonkonformisten, die antiautoritäre Junge Sektion und FASS: Reminis-

- zenzen von Roland Gretler zur Vorgeschichte von 1968, in: *Widerspruch* 8/15 (1988). S. 45-49.
- Phänomen Roland Gretler: Motor und Detektiv der Geschichte, in: Vorstand des Verbandes Arbeiterfotographie (Hg.): *Engagierte Fotografie in der Schweiz*. Düsseldorf 1992, S. 4-19.
- Pfunder, Peter: „Gretlers Panoptikum“: Wunderkammer, Kraftwerk, Geschichtslabor – und auch ein Treibhaus, in: *Die Wochenzeitung*, Nr. 13, 28.3.2013, S. 20.
- Rechsteiner, Paul: Ehrung für Roland Gretler, in: *Neue Wege* 97/2 (2003), S. 62-64.
- Rentsch, Lena: Die Junge Sektion der PdA Zürich und die PdA: Ein exemplarischer Konflikt zwischen der Neuen und der Alten Linken. Lizentiatsarbeit, Univ. Zürich 2014.
- Schlatter, Christoph: Das Vermächtnis: „Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte“ ist jetzt im Sozialarchiv zugänglich, in: *VPOD-Magazin* 4 (2024), S. 6-7.
- Spörri, Balz: Der Mann, der die Menschen sah, in: *Schweizer Familie* 40 (2024), S. 26-35.
- Trempp, Urs: Nachruf: Das Gedächtnis der Arbeiterbewegung, in: *NZZ am Sonntag*, 28.1.2018, S. 21.
- Zollinger, Marc: Innen und Außen: Arbeiterfotografenbund Zürich 1929-1939, in: *Soziographie* 6/1 (1993), S. 3-55.

Veränderungen in der Organisationsstruktur des Bundesarchivs seit dem November 2024

Am 7. November 2024 erhielten die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Kuratoriums der SAPMO eine E-Mail des Präsidenten des Bundesarchivs, Prof. Dr. Michael Hollmann, mit folgendem, auszugsweise wiedergegebenen Text:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

in der letzten Sitzung des Kuratoriums hatte ich Ihnen ja bereits mitgeteilt, dass verschiedene organisatorische Änderungen der SAPMO in Erwägung gezogen wurden (siehe Protokoll der 34. Sitzung des Kuratoriums am 18. April 2024). Diese haben sich inzwischen konkretisiert und wurden zum 4. November umgesetzt. Sie erfolgen in vollem Einvernehmen mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien als unserer vorgesetzten obersten Bundesbehörde.

Im Folgenden möchte ich Ihnen diese Maßnahmen in ihren Grundzügen kurz vorstellen:

- In Lichterfelde wird eine neue Abteilung mit Namen „DDR (einschl. SAP-

MO)“ eingerichtet. Neben den Aufgaben für das Archivgut der Stiftung übernimmt diese Abteilung auch die Verantwortung für die Verwaltung, Erschließung und Benutzung der zivilen staatlichen DDR-Überlieferung. Die bisher damit betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ebenfalls der neuen Abteilung zugeordnet. Damit sind dann alle archivischen Unterlagen aus der Zeit der DDR mit Ausnahme der NVA und des MfS in einer Abteilung zusammengefasst.

- Die Abteilungsleitung der neuen Abteilung, die zugleich das Direktorat der SAPMO innehaben soll, wird für eine Übergangszeit bis zu einer Neuausschreibung im kommenden Jahr die Vizepräsidentin des Bundesarchivs, Frau Dr. Andrea Hänger, übernehmen [...].
- Zeitgleich werden die Bibliotheksreferate der bereits bestehenden Abteilung „Grundsatz und Wissenschaft“ zugeordnet. Die Verantwortlichkeit für die Bibliotheksbestände der Stiftung wird weiterhin bei der Direktorin/dem Direktor der SAPMO liegen.

Diese Vorhaben sind eingebettet in eine größere Organisationsänderung. So wird beispielsweise – in Entsprechung zur neuen Abteilung DDR (einschl. SAPMO) – eine Abteilung Deutsches Reich entstehen, in der die bisherigen Abteilungen BE (Bereitstellung) und PA (Personenbezogene Auskünfte) aufgehen werden. Damit nähert sich das Bundesarchiv seinem Ziel einer Konsolidierung in drei großen zeitlich abgrenzbaren Bereichen (Deutsches Reich, DDR, BRD) an. Dies soll die Verwaltung der Unterlagen, vor allem aber ihre Bereitstellung und Benutzung durch Öffentlichkeit und Forschung erleichtern [...]. Schon jetzt möchte ich aber betonen, dass es sich dabei um rein organisatorische Änderungen handelt, die nicht den rechtlichen Status der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv oder die Position des Kuratoriums berühren. Sie ermöglichen uns aber – davon sind wir überzeugt –, die Interessen und Wünsche unserer Benutzenden noch besser zu erfüllen.

Genauer will der Präsident des Bundesarchivs auf der 35. Kuratoriumssitzung (April 2025) erläutern und entsprechende Fragen beantworten.

Die in diesem Schreiben angekündigten Strukturveränderungen innerhalb des Bundesarchivs finden sich auch im Organigramm auf der Webseite 1 wieder. Richtet sich der Blick auf die Abt. Grundsatz und Wissenschaft, so fallen zwei neue Referate auf, die neben einer leichten Veränderung der Querschnittsaufgaben der vier „alten“ Referate hervorzuheben sind. Das neue Referat GW 5 ist mit den Querschnittsaufgaben „Grundsätze, Dienstbibliotheken, Benutzung“ befasst und wird der Leitung der SAPMO zugeordnet. Dem neuen Referat GW 6 sind die Querschnittsaufgaben „Medienbearbeitung, Fach-IT, Rückstandsbearbeitung“ zugeschrieben. Damit sind die ehemaligen Bereiche StB 1 und StB 2 der SAPMO in die Abteilung Grundsatz und Wissenschaft als GW 5 und GW 6 überführt worden.

Die ehemalige Abteilung BE (Bereitstellung) geht in den neugeschaffenen Abteilungen Deutsches Reich sowie DDR auf. Neben dem Referat BE 1 (Grundsätze der Bereitstellung) betrifft dies vor allem das Referat BE 5 (Bereitstellung Deutsche Demokratische Republik). Auch die ehemalige Abteilung PA (Personenbezogene Auskünfte zum Ersten und Zweiten Weltkrieg) wurde aufgelöst, die Aufgaben verteilen sich innerhalb der neuen Abteilung Deutsches Reich vorwiegend auf die Referate DR 3, DR 4 und DR 6.

Nun zur SAPMO bzw. zur neuen Abteilung DDR. Seit ihrer Gründung als unselbständige Stiftung im Bundesarchiv war die SAPMO eine eigenständige Abteilung. An ihrer Spitze stand ein Direktor bzw. eine Direktorin. In der neuen Organisationsstruktur wird die neue Abt. DDR (einschließlich SAPMO) in die Zuständigkeit der Vizepräsidentin I des BArch, Frau Dr. Hänger, übergeben, die kommissarisch die Leitung der Abteilung übernimmt, bis nach einer neuen Ausschreibung eine neue Abteilungsleitung zustande kommt, die auch gleichzeitig Direktor bzw. Direktorin der SAPMO sein soll. Bislang hatte nach dem Übergang der Direktorin Frau Dr. Wälther-von Jena in den Ruhestand der Stellv. Direktor, Dr. Zimmermann, kommissarisch die Aufgaben des Direktors wahrgenommen. Die Querschnittsaufgaben und Bestände der Referate DDR 2, 3 und vier sind noch nicht aussagekräftig. Das Organigramm weist ihnen gemeinsam die Bereitstellung zu, dem Referat 3 zusätzlich die Erschließungskoordination und Übernahmen. Dies dürfte ein Zeichen dafür sein, dass es noch Diskussionsbedarf und -prozesse gibt, die vermutlich erst im Frühjahr 2025 beendet sein dürften. Dann könnte der Präsident des Bundesarchivs dem Kuratorium Genaueres mitteilen. Etwas konkreter liest sich die Aufgabenbestimmung des Referats DDR 1, das von Dr. Zimmermann geleitet wird. Es enthält die Querschnittsaufgaben Grundsatzangelegenheiten SAPMO, Bibliothek SAPMO und Benutzungssteuerung. Gleichzeitig, wie an anderer Stelle erwähnt, fallen in diesen Aufgabenbereich auch die Bestände der weiteren Dienstbibliotheken.

Alles in allem bleiben noch einige Fragen. Es muss geprüft werden, ob die Neustrukturierung hinsichtlich der neuen Abteilung DDR einschließlich SAPMO die in den Gründungsverträgen wie dem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der PDS und der Änderung des Bundesarchivgesetzes vom 13.3.1992 vereinbarte und zwischenzeitlich bekräftigte besondere Rechtsstellung als unabhängige Stiftung im Bundesarchiv tatsächlich wahrte. Wird die einheitliche Struktur der SAPMO durch deren Integration in die neue Abteilung gewahrt oder teilweise aufgelöst? Das Kuratorium bleibt bestehen, aber wie stark wird es nun von den Entscheidungen zur neuen Abteilung bzw. der neuen Abteilung generell mit welchen Folgen tangiert? Weiterhin bleibt die Frage der Provenienzen zu klären: Bleiben sie ungeteilt? Bleiben auch die Bestände aus dem Deutschen Reich mit der Provenienz aus den in die SAPMO eingebrachten Ar-

chiven und Bibliotheken im Zuständigkeitsbereich der SAPMO oder werden sie auf das Archivzentrum Deutsches Reich aufgeteilt? Welche Konsequenzen hätte dies für die Nutzung?

Aus diesem Grunde trafen sich die beiden stellvertretenden Kuratoriumsmitglieder der Partei Die Linke am 28. Januar 2025 mit Dr. Gregor Gysi. Professor Dr. Günter Benser, langjähriges stellvertretendes Kuratoriumsmitglied (bis 2021) und Vorsitzender des Förderkreises (1992-2011), wurde zu dem Gespräch hinzugezogen. Nach dem sehr konstruktiven Austausch über die jüngsten Entwicklungen in der SAPMO und über deren vertragsrechtliche Grundlagen, an denen Gregor Gysi ja federführend beteiligt war, formulierte dieser einen Brief an die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien, Staatsministerin Claudia Roth. Darin erinnerte er an die Eigentumsrechte der Einbringer sowie an die Prinzipien des zugrunde liegenden Staatsvertrages und stellte die Fragen nach dem Weiterbestehen der einheitlichen Struktur der SAPMO und nach der Unteilbarkeit der eingebrachten Archivalien, die sich notwendigerweise aus den Strukturveränderungen ergeben, ebenso nach eventuellen Nutzungsveränderungen. Diesen Brief Gysis und die Antwort der Staatsministerin Claudia Roth werden wir im nächsten Heft dokumentieren.

Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl

Bibliotheken, Verlage, Geschichtskultur

„Exil“ – Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse Porträt einer Zeitschrift

Wer sich mit dem antifaschistischen Widerstand, mit dem Exil während der Zeit des Nationalsozialismus oder mit der deutschen Literatur in der Zeit von 1933 bis 1945 beschäftigt, wird zwangsläufig Literaturhinweisen begegnen, die auf Artikel in der Zeitschrift „Exil“ verweisen. Will man den Hinweisen nachgehen, tritt ein kleines Problem auf: Manche Ausgaben lassen sich nur umständlich aufreiben. Von den 15 Bibliotheken in Berlin beispielsweise, die die Zeitschrift in ihrem Online-Katalog listen, haben nur zwei die Jahrgänge komplett im Bestand. Die Staatsbibliothek in Berlin-Mitte, die ich regelmäßig frequentiere, zählt leider nicht dazu. Offenbar haben viele Bibliotheken lediglich sporadisch ausgewählte Schwerpunktheft geordert. Vielleicht könnte es in manchen Teilen der Republik bequemer sein, „Exil“-Hefte für wenig Geld online im Antiquariat zu erwerben, als eine langwierige Bibliotheks-Fernleihe einzuleiten. Ursächlich für die missliche Lage dürfte sein, dass die Zeitschrift nicht in einem herkömmlichen Verlag mit professionellem Vertriebs- und Marketingapparat erscheint. Sondern sie wird schon seit Jahrzehnten als ein Liebhaberobjekt betrieben.

Gegründet hat „Exil“ eine Nachkriegs-Emigrantin, die mit ihrer jüdischen Familie in den 1960er-Jahren aus der Tschechoslowakei nach Frankfurt am Main übersiedelt ist. Edita Koch begann sich während ihres Studiums der Germanistik, Slawistik und Judaistik für die deutsche Exilliteratur zu interessieren. Dabei musste sie feststellen, dass für eine eingehende Beschäftigung mit dem Thema selbst die Universitätsbibliothek in Frankfurt kaum Exilschriften und nur wenig Sekundärliteratur zur Verfügung stellen konnte. Nach dem Examen beschloss Edita Koch, eine Zeitschrift ins Leben zu rufen, die sich der Literatur der Exilanten widmen sollte, war das Exil im Nationalsozialismus doch damals ein in der Bundesrepublik unterbelichtetes Forschungsgebiet.

Unterstützung fand sie bei einem ihrer Dozenten, bei Ernst Erich Noth, der als Honorarprofessor an der Universität Frankfurt lehrte. Dem Schriftsteller war 1933 die Flucht erst nach Frankreich, dann in die USA gelungen. Auch Siegfried Unseld, in dessen Suhrkamp-Verlag die Studentin erst ein Praktikum absolvierte und ab 1976 in Festanstellung war, zuletzt als Leiterin des Verlagsarchivs, legte ihr bei ihrer Nebentätigkeit keine Steine in den Weg. Im Gegenteil. Sogar ihre Anregung, die Gesammelten Werke des Schriftstellers und jüdischen Emigranten Ernst Weiß ab 1980 bei Suhrkamp zu verlegen, wurde umgesetzt. „Ein gutes Geschäft waren die 16 Bände für Suhrkamp leider nicht“, so Edita Koch rückblickend. Sie

selbst wurde 1983 mit einer Dissertation über die Korrespondenz im Exil am Beispiel von Ernst Weiß bei Professor Norbert Altenhofer an der Frankfurter Universität promoviert. Als Suhrkamp 2009, vor dem Umzug von Frankfurt nach Berlin, das Verlagsarchiv dem Deutschen Literaturarchiv Marbach übergab, schied Edita Koch bei Suhrkamp aus und widmet sich seitdem in Vollzeit dem „Exil“. Der Sitz des Verlages ist ihre Privatwohnung.

Hier hatte sie gemeinsam mit ihrem Ehemann Joachim H. Koch, einem Texter in der Frankfurter Niederlassung der internationalen Werbeagentur Young & Rubicam, die Zeitschrift gestartet – parallel zu ihrer Tätigkeit bei Suhrkamp. Die erste Ausgabe erschien im Dezember 1981 in einer Auflage von 200 Exemplaren. Kurz vor der Drucklegung der letzten Ausgabe des 1982er-Jahrgangs starb der überarbeitete Joachim Koch an einem Herzinfarkt. Die Witwe beschloss, den Versuch zu wagen, das Projekt allein weiterzuführen. Ihr zur Seite stand der „Exil“-Autor Frithjof Trapp. Der Hamburger Germanist hatte sich kurz vorher mit einer Überblicksdarstellung zur deutschen Exilliteratur in den Jahren 1933 bis 1945 habilitiert. „Ohne ihn hätte ich es nicht geschafft und ich bin ihm bis heute dankbar“, so die Verlegerin im Gespräch.

Trapp war bis zu seiner Emeritierung maßgeblich an der Redaktion der Zeitschrift beteiligt. Er steuerte viele Artikel bei, und das Institut für Exilliteratur der Universität Hamburg, dem er vorstand, fungierte eine Zeitlang als Mitherausgeber der Zeitschrift. So wurden Institutionen und renommierte Wissenschaftler auf „Exil“ aufmerksam und viele Forscher ließen sich als Mitarbeiter gewinnen. Das führte zu dem glücklichen Umstand, dass der „Exil“-Verlag thematisch passende Tagungsberichte edieren konnte, so etwa 1987 einen Sammelband über „Realismuskonzeptionen der Exilliteratur zwischen 1935 und 1941“ sowie 1991 einen Band „Exiltheater und Exildramatik 1933-1945“.

In einem Eigeninserat in „Exiltheater und Exildramatik 1933-1945“ warb der Verlag mit dem hehren Anspruch, mit der Zeitschrift „Exil“ beizutragen, eine Lücke in der Forschung zu schließen: „Zur Ergänzung der deutschen Literaturgeschichte: *Exil*, die Zeitschrift für deutsche Exilliteratur.“ Als der Deutsche Literaturfonds die ersten Schritte des jungen Periodikums 1982 mit einem Druckkostenzuschuss förderte, wurde hervorgehoben, dass in ihm „fruchtbare Anregungen für die Germanistik“ gegeben werden. Aber vor allem lobte der Literaturfonds, dass die Zeitschrift „bislang vernachlässigte Seiten der Exilforschung durchleuchtet“. In der Tat. Dieser Teil der redaktionellen Arbeit ist besonders interessant. Im redaktionellen Themenspektrum fallen neben den Artikeln über Exilautoren der ersten Reihe (Gebrüder Mann, Brecht, Feuchtwanger, Seghers u. a.) vor allem die Artikel über das Wirken von emigrierten Nicht-Literaten auf, etwa von Juristen, Medizinerinnen, Architekten, Filmemachern, Komponisten und Kabarettisten. Und besonders hervorzuheben: Überdies wird auf die Lebensumstände von emigrier-

ten „Normalbürgern“ eingegangen.

Der Zeitschrift geht es nicht allein um die wissenschaftliche Aufarbeitung des Exils 1933 bis 1945. Exilanten sollen nicht zuletzt selbst in „Exil“ vertreten sein, mit eigenhändig eingereichten Beiträgen oder mit Fundstücken aus Archiven und Nachlässen. Deshalb finden sich in „Exil“ Erstdrucke in Hülle und Fülle von bekannten und weniger bekannten Exil-Autoren, etwa von Kurt Tucholsky, Ernst Weiß, Joseph Roth, Hermann Broch, Alfred Kantorowicz, Lion Feuchtwanger, Stefan Zweig, Sigmund Freud, Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Jo Mihaly und Egon Erwin Kisch.

Unter den Erstdrucken gibt es so manche Entdeckung. So veröffentlichte „Exil“ Auszüge aus den unveröffentlichten Tagebüchern von Ernst Toller im Spanischen Bürgerkrieg (erstmalig 1990 in „Exil“). Tollers Tagebücher in Gänze zu publizieren, dazu fand sich bisher kein Verlag bereit. Ungedruckt im Archiv verbleiben bis zum heutigen Tage die Memoiren des jüdischen Bankiers Hugo Simon (1880-1950). Auf das Manuskript stieß die Verlegerin Anfang der 1980er-Jahre, als sie die beiden Überlebenden der Familie aufsuchte. Simon war nach der Novemberrevolution 1918 als USPD-Mitglied Finanzminister im preußischen Rat der Volksbeauftragten. Diese Zeit als linkssozialistischer Politiker verarbeitete Alfred Döblin in seinem Roman „November 1918“. Simons autobiografisches Manuskript betitelt „Seidenraupen“ (der emigrierte Bankier widmete sich in seinem Exilland Brasilien der Seidenraupenzucht), findet man in Teilen nur in „Exil“.

Zu den Erstdrucken, die mir beim Blättern auffielen, gehören bis dahin unveröffentlichte Briefe von Gustav Regler (Heft 2 des Jahrgangs 1989). Sie dokumentieren die Querelen innerhalb der politisch heterogenen Exilanten-Szene, die weit über das Kriegsende hinausreichten. So erfährt man, dass Regler den Autor Egon Erwin Kisch für einen „Clown“ hielt. „Er soll letzte Woche krepirt sein, meine Freunde sagen, viel zu guter Tod“ (Undatierter Brief, Anfang April 1948). Anna Seghers, Johannes R. Becher, Alfred Kantorowicz und Bodo Uhse, die aus allen Himmelsrichtungen zurück nach Deutschland reisten, in die sowjetische Besatzungszone, gehörten für Regler jetzt zu „den neuen Berliner Staatsdichter(n)“. Sie seien von nun an lebende „Leichen“ (Brief, 29. Mai 1947). Hier klingt die Verbitterung eines inzwischen Vergessenen an, denn aus den Westzonen erklangen selten Aufrufe zur Rückkehr, schon gar nicht waren sie an Linkssozialisten gerichtet. Seine Artikel in den Medien der frühen Nachkriegszeit unterzubringen, war für Regler mehr als mühsam – wie er in den Briefen beklagt.

Die Briefe von Gustav Regler waren an Hans Sahl adressiert, der von New York aus bis zum seinem Tod 1993 Verbindung zu den Herausgebern der Zeitschrift „Exil“ hielt – wie zahlreiche andere Emigranten ebenfalls. Denn da sich „Exil“ vergleichsweise früh dem Thema des deutschen Exils widmete, war es für das Ehepaar Koch noch möglich, mit Zeitzeugen persönlich zu sprechen. Sie besuchten

Rückkehrer, aber darüber hinaus jene, die im Ausland geblieben waren, und baten sie, Beiträge für „Exil“ zu verfassen. Für die Kontaktaufnahme war der biografische Hintergrund der Herausgeberin hilfreich. Edita Koch hatte einen leichteren Zugang zu den Exilanten, „denn manche wollten mit Deutschen, auch aus der Nachkriegsgeneration, nicht sprechen“, schreibt sie in einem Beitrag über das 40-jährige Bestehen ihrer Zeitschrift (Heft 1-2 des Jahrgangs 2021). Der Austausch mit Zeitzeugen und ihren Nachfahren war und ist eine Bereicherung für die Zeitschrift. Aus manchen Begegnungen entstanden lebenslange Freundschaften.

Als eine „Bühne der emigrierten Autoren“ bezeichnete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den „Exil“-Verlag in einem Artikel (Heinz Riebsamen: Bühne der emigrierten Autoren, in: *FAZ*, 31. Dezember 2021, Frankfurt-Teil). Das ist so nicht ganz richtig; aber den Anspruch zugleich eine „Bühne“ für Beiträge der Emigranten zu sein, gab es und gibt es weiterhin. Denn neben den wissenschaftlichen Artikeln zum Thema soll es in „Exil“ um die Lebenserfahrungen der Emigranten gehen und das nicht nur auf der Grundlage von Archivalien. Selbstverständlich kommen prominente Exilanten in „Exil“ zu Wort, aber obendrein berichten Zeitzeugen ohne Wikipedia-Biografie über ihre Erlebnisse in der Emigration. Zu den bekannteren emigrierten Autoren mit Wikipedia-Lemma gehören etwa Hans Sahl (1902-1993), der häufig mit Artikeln vertreten ist, sowie Stella Rotenberg (1916-2013), die Autobiografisches lieferte, sowie die Schriftstellerin Anja Lundholm (1918-2007). Gelegentlich druckt die Zeitschrift Lesenswertes aus dem aktuellen literarischen Schaffen der Emigranten. So kam es dann vor, dass Autoren durch „Exil“ (wieder) entdeckt wurden. Die Lyrikerin und Essayistin Emma Kann (1914-2009) etwa veröffentlichte erstmals in Nachkriegsdeutschland in „Exil“ und zog so die Aufmerksamkeit eines Verlages auf sich. Ihr Vorlass ging auf Vermittlung der Zeitschrift an das Exil-Archiv in Frankfurt.

Das redaktionelle Angebot von „Exil“ wird mit Rezensionen von Neuerscheinungen abgerundet. Jede Ausgabe schließt mit kurzen Buchhinweisen sowie einer Chronik zu Ereignissen rund um das Thema Exil (etwa Gedenktage, Jubiläen, kurze Nachrufe sowie Hinweise auf aktuelle Ausstellungen und Tagungen).

In den letzten Jahren geht die Zeitschrift gelegentlich über das Thema nationalsozialistisches Exil hinaus. So findet sich in der Nummer 1/2-2024 ein Gespräch mit dem Filmproduzenten Klaus Grütz, der mit dem *Zweiten Deutschen Fernsehen* einen Film des iranischen Exil-Regisseurs Sohrab Shahid Saless (1944-1998) produziert hat. Gleichzeitig erschien von Behrang Samsami im „Exil“-Verlag das Buch „Die langen Ferien des Sohrab Shahid Saless. Annäherungen an ein Leben und Werk“. Enger mit der Kernkompetenz von „Exil“ verknüpft ist dagegen die für Anfang 2025 angekündigte Studie über „Die Frankfurter Milliarden“. Der Historiker Ralf Roth hat anhand fast vollständig überlieferter Akten der Frankfurter Finanzämter, die Enteignung von Bankguthaben und Spareinlagen der jü-

dischen Bürger dokumentiert.

Die Auflage von „Exil“ stieg von 200 im Jahr 1981 auf zeitweise 1.500 Exemplare. Anfangs gab es zahlreiche Emigranten unter den Abonnenten. Inzwischen beziehen mehrheitlich Bibliotheken und Institute im In- und Ausland die Zeitschrift. Die verkaufte Auflage sinkt. Da die Zeitschrift seit ihrer Gründung nur selten schwarze Zahlen schrieb, ist es unklar, wie lange das Engagement der Verlegerin und Herausgeberin anhalten kann. Den 50-sten Jahrgang der Zeitschrift zu erreichen, ist jedenfalls ihr Ziel.

Michael Klein

Exil. Forschung, Erkenntnisse, Ergebnisse

Erscheinungsrhythmus: 2 x jährlich. Preis des Einzelheftes: 19 Euro.

Exil Verlag, Postfach 170234, 60076 Frankfurt

www.exilverlagkoch.de / info@exilverlagkoch.de / Telefon: 069/751102

Die Inhaltsverzeichnisse der Jahrgänge 1999-2024 finden sich auf der Verlags-Website: www.exilverlagkoch.de/zeitschrift-exil-inhalte/

Ein Sach- und Personenregister der Artikel der Jahrgänge 2001-2011 lässt sich als PDF unter www.exilverlagkoch.de/zeitschrift-exil-index/ herunterladen.

„Totgesagt“ – eine Hommage an eine Unbeugsame. Vor 125 Jahren wurde Trude Richter geboren

Trude Richter wurde am 19. November 1899 als Erna Johanna Marie Barnick in Magdeburg geboren. Sie bekam von ihren Eltern jede Entfaltungsmöglichkeit für eine gute und vielseitige Bildung eingeräumt. Das war jedoch begrenzt durch das schmale Budget ihres als Oberpostrat beschäftigten ersten Vaters, wie sie ihn bezeichnete. Wissbegierig und, wie die Lehrer bescheinigen, von schneller Auffassungsgabe, lernt sie nebenher Schlittschuhlaufen, Schwimmen und das für Mädchen vollkommen ungewöhnliche Bergsteigen, betreibt Gymnastik, nimmt Tanzstunden- und Klavierunterricht.

Nach Beendigung des Lyzeums gab sie Unterricht an einer Hilfsschule, arbeitete als Gouvernante bei einem Gutsbesitzer, studierte zwischen 1920 und 1924 in Berlin und Frankfurt am Main Germanistik, Geschichte und Kunstgeschichte. Hier fand sie in dem hoch gebildeten Verleger und Antiquar Moritz Sondheim ihren zweiten Vater. 1924 promovierte sie sich über Gerhart Hauptmanns Erzähltechnik.

Nach Erhalt der Lehrbefähigung als Gymnasiallehrerin wirkte Erna Barnick von 1926 bis 1933 als Studienassessorin in Frankfurt am Main, Kassel und Berlin. In dieser Zeitspanne überschlugen sich die Ereignisse, sie begann mehrere Leben gleichzeitig und nebeneinander zu verbinden. Erste literarische Werke erschienen,

„Kaiser Friedrich Barbarossa und Geschichten von Kaiser Friedrich dem Andern“ (1925), „Kaiser Friedrich Barbarossa in der Geschichte“ (1926), „Die bildende Kunst im Rahmen der Deutschkunde“ (1927).

Seit 1926/1927 lebt sie mit Hans Günther, einem marxistischen Nationalökonom, zusammen, von dem sie das erste Mal von Karl Marx und seiner Geldwerttheorie hört. Diese Lebensgemeinschaft darf jedoch nicht formal legalisiert werden, da, obwohl in der Weimarer Republik offiziell Gleichberechtigung herrschte, sie im Falle einer Heirat ihre Arbeit und damit das Einkommen verlieren hätte. Es galt das „Zölibat der Lehrerinnen“, wonach verheiratete Frauen ihre Stellung an Schulen oder Universitäten verheirateten Männern als „Familienernährer“ abzutreten hatten.

1930, Erna Barnack schreibt einen Artikel über eine Lehrertagung für eine Arbeiterzeitung und befürchtet, bei Veröffentlichung unter ihrem Namen entlassen zu werden. Da wird in einem Gespräch mit dem Chefredakteur ihr Pseudonym geboren, gerade so wie im Märchen vom Rumpelstilzchen, wo die Königstochter seinen Namen erraten muss. Der Redakteur schlägt vor: Lotte Müller, Grete Schulze, Trude Richter und sie sagt: „Meinetwegen Trude Richter“.

1931 tritt sie, die vormalig Mitglied der SPD gewesen ist, in die KPD ein und folgt damit Hans Günther, der diesen Schritt 1930 vollzog.

Trude Richter wohnt mittlerweile in Berlin, lernt im Dezember 1931 Johannes R. Becher kennen, der am 19. Oktober 1928 den Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller gründete. In der „Linkskurve“, dem Organ des Bundes seit August 1929, formuliert Becher die Unterschiede zwischen bürgerlicher und Arbeiterliteratur und Anforderungen an die Schriftsteller. Vergleicht man diese mit dem Bitterfelder Weg, wo die DDR 1959 eine neue Entwicklung der sozialistischen Kulturpolitik, um die nach Meinung der Partei wachsenden künstlerisch-ästhetischen Bedürfnisse der Werktätigen zu befriedigen, fordert, lassen sich Analogien nicht übersehen.

Im Januar 1932 übernahm Trude Richter den Posten des ersten Sekretärs des Bundes (damals wurde nicht gegendert). Für die Literaturwissenschaftlerin, Schriftstellerin und Pädagogin eine enorme Herausforderung und Bereicherung, war sie doch nun in ständigem Kontakt mit Johannes R. Becher, Friedrich Wolf, Willi Bredel, Erich Weinert, Hans Marchwitza, Karl Grünberg, Ludwig Renn, Anna Seghers, um nur einige zu nennen. Eine besonders enge Beziehung entwickelte sie zu ihrem dritten Vater, Georg Lukacs, dem ungarischen marxistischen Philosophen, Literaturwissenschaftler und -kritiker, später kommunistischem Politiker. Bedingt durch die enge internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit den russisch/sowjetischen proletarischen Schriftstellern bzw. ihren Werken wie Maxim Gorki, Michail Scholochow, Wladimir Majakowski, Alexander Fadejew, fühlte sie sich diesem Land, seiner Kultur eng verbunden.

Die Machtergreifung der Faschisten 1933 stellte sie wieder in ein anderes Le-

ben, sie versteckte Verfolgte, sammelte Materialien für illegale Veröffentlichungen, erledigte Kurierdienste, bis sie 1934 in die Sowjetunion emigrierte und damit ihrem Lebensgefährten Hans Günther folgte, der seit 1932 in Moskau lebte und dort als Mitarbeiter an der kommunistischen Akademie und als Schriftsteller tätig war.

Sie lehrte am Moskauer Pädagogischen Institut für neuere Sprachen, beendete ihre Habilitationsschrift, fühlte sich in diesem Land als Kommunistin sicher und geborgen, reiste mit ihrem Mann bis in den Kaukasus, empfand eine tiefe Zuneigung zu ihren Studenten, den Menschen, mit denen sie täglich kommunizierte, nahm „ihre Mentalität“ an, so dass sie oft vernahm: „Vy Nascha“ – Sie sind die unsrige. Das machte sie stolz, und sie empfand dies als die Geburtsstunde ihres dritten Ichs, der Gertruda Friedrichowna Richter. Erlebte sie negative Dinge, wie zum Beispiel den Vorwurf, sie betreibe religiöse Propaganda, weil sie zur Veranschaulichung des Gotischen die Bibelübersetzung des Wulfila, den einzigen überlieferten Text in dieser Sprache, benutzte, stellte sie nicht die Unterstellung als falsch in Zweifel, sondern tadelte sich selber, weil sie wohl mit der sowjetischen Wirklichkeit noch unzulänglich vertraut war.

Als Briefe an ihre Eltern den Kurier nicht mehr erreichten, ihr guter Bekannter David Schellenberg verhaftet wurde, analoge Fälle drastisch zunahmen, die öffentlichen Trotzlistenprozesse begannen, Wilhelm Pieck beschwichtigte, obwohl Genossen, die eng mit der Kommintern kooperierten, konterrevolutionärer Verbrechen bezichtigt wurden, nahmen Gertrude Friedrichowna Richter und ihr Mann Hans Günther diese auch für sie lebensbedrohliche Situation als solche nicht wahr. Umso mehr feierten sie, dass ein zustimmendes Schreiben auf ihren Antrag zum Erwerb der sowjetischen Staatsbürgerschaft vorlag und sie am 5. November den neuen Ausweis bei der Miliz abholen sollten. Jedoch am 4. November 1936 wurden beide verhaftet und in das berüchtigte Verließ des NKWD, die Lubjanka, gebracht. Dort wurden sie getrennt, schworen sich: „Was auch mit uns geschehen möge – der Sache bleiben wir treu.“

Wieder ein neues Leben, das wievielte eigentlich, diesmal hintereinander, gerissen aus dem Glück der Zweisamkeit in die Notwendigkeit, Mensch zu bleiben auch unter den widrigsten Bedingungen.

Jahrzehnte später bezeichnet Trude Richter den Zeitraum der Verbannung als optimistische Tragödie. Heute wird hier jeder stutzen ob dieses Adjektivs: Aber Trude Richter deklarierte dem „sich selbst erkennen“, wer und wie man wirklich ist, im Schwebezustand zwischen nicht mehr leben, sondern nur noch vegetieren als Gewinn, als positive Erfahrung.

Eugen Leviné, Revolutionär, KPD-Politiker und Führer der Münchener Räterepublik, zum Tode verurteilt und am 5. Juni 1919 hingerichtet, erklärte vor Gericht: „Wir Kommunisten sind alle Tote auf Urlaub.“

Beide Sichtweisen sind eine Strategie, dem Unentrinnbaren mutig entgegen zu

treten, so different die Ausgangssituationen auch waren.

Jakov M. Sacher, sowjetischer Historiker, 15 Jahre unter Stalin verbannt, beschrieb einem ihm befreundeten Kollegen, der vom faschistischen Volksgerichtshof zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, den Unterschied so: „Ihr, die den Faschisten aus freien Stücken Widerstand geleistet und kämpfend in Gefangenschaft geraten wart, wusstet, warum und wofür, aber wir, die als Kommunisten von Kommunisten gefangen gehalten wurden, unschuldig auf Grund von Repressalien und konstruierten Anschuldigungen, wussten dies nicht. Trotzdem behielten wir unsere kommunistische Überzeugung.“

Nach knapp einem Jahr Untersuchungshaft hörten die weiblichen Gefangenen Klopfsignale aus der über ihnen befindlichen Männerzelle: „Ist T. R. bei Euch?“ Diesen Namen konnte nur einer kennen: Hans Günther. Am nächsten Tag sang Trude Richter am geöffneten Fenster Solveigs Lied, diese zu Herzen gehende Melodie aus „Peer Gynt“ von Edvard Grieg in der von Christian Morgenstern frei nach Henryk Ibsens Text geschriebenen Fassung.

„Der Winter mag scheiden, der Frühling vergehn,
ja der Frühling vergehn.
Der Sommer mag verwelken, das Jahr verwehn,
ja das Jahr verwehn.
Du kehrest mir zurück, gewiss, du wirst mein!
Gewiss du wirst mein.
Ich habe es versprochen, ich harre treulich Dein!
Ich harre treulich Dein.“

Kann man ewige Liebe und Verbundenheit besser bezeugen als durch diese Strophen? Trude Richter ist Solveig, die ein Leben lang auf ihren Geliebten gewartet hat, sich vor ihn stellt und rettet. Sie, diese kleine und doch so unendlich starke Frau will ihrem Hans Günther Kraft geben, ihn beschützen, ihm zeigen, er ist nicht allein, sie ist bei ihm.

Der Güterzug, der die Gefangenen in die Lager bringen sollte, fuhr nach Wladiwostok in ein Zwischenlager, da der Weg in den Norden, nach Kolyma, nicht eisfrei war. Hier sieht sie ihn wieder, abgemagert und schwer gekennzeichnet von Erfrierungen. Ununterbrochenen Erniedrigungen und Schikanen ausgesetzt durch die sie bewachenden Rotarmisten, versuchte sie eine rechtfertigende Begründung für ihre Situation zu finden und machte dafür Hitlers Versuch, „Fünfte Kolonnen“ in die Sowjetunion zu schicken, verantwortlich, was nur mit verschärfter Wachsamkeit bekämpft werden konnte und irrtümlicherweise dabei auch Unschuldige traf, weshalb für sie kein Zweifel bestand, das sich ihr Schicksal und das ihrer Leidensgenossen letztlich zum Guten wenden würde.

Im Frühjahr 1938, unmittelbar vor ihrem Weitertransport nach Magadan, sah sie ihren Hans letztmalig, ein Skelett mit einer Hornbrille, dessen Augen sie aus tiefen Höhlen wie aus einem Totenschädel anblickten. Hans Günther starb am 10. November 1938 an Typhus. Trude Richter heiratete nie wieder.

Werner Krauss, der große deutsche Romanist, Widerstandskämpfer, Mitglied der Roten Kapelle, im Januar 1943 zum Tode verurteilt, der Vollstreckung entkommen, weil seine geliebte Freundin Ursula Goetze alle ihm zur Last gelegten Dinge auf sich nahm und dafür am 5. August 1943 hingerichtet wurde, erklärte im hohen Alter einem engen Freund sein Allein-geblieben-Sein mit den Worten: „So jemanden vergisst man nie.“

Nein, ich werde nicht der Versuchung erliegen, minutiös ihre Leidenszeit der folgenden fast zwanzig Jahre zu schildern, verbracht im Lager des nördlich von Magadan gelegenen „Staatsgutes“ Elgen bis zu ihrer „Entlassung nach Magadan“ im Herbst 1946, dann erneute Verhaftung im August 1949 mit „ewiger Verbannung“ nach Ust-Omschug, von wo sie endlich 1953 die Genehmigung erhielt, nach Moskau reisen zu dürfen, wieder in die Kommunistische Partei aufgenommen und im Januar 1957 endgültig rehabilitiert wurde; nicht ihre unterschiedlichsten Tätigkeiten mit schwerster Feldarbeit, oft von ebenfalls inhaftierten Schwerstkriminellen drangsaliert, als Holzfällerin, Gespannführerin oder nur mit Hacken in den Händen Meliorationsgräben ausheben zu müssen, jedoch auch als Köchin, Putzfrau, Schneiderin, Garderobenfrau und Fremdsprachenlehrerin, ebenso wenig das extreme Klima im fernsten Nordosten Sibiriens beschreiben, die Wechsel zwischen Bösartigkeit und tiefster Solidarität unter den Gefangenen, den Kampf um die spärlichen Essenrationen.

Trude Richter selbst bezeichnet diese entsetzlichen 20 Jahre des gestohlenen Lebens als ihre Universitäten, trotz des Wissens, dass sie ausgelöscht war für alle anständigen Menschen, tot für ihre Genossen in Moskau, Berlin, Paris und wo sie sonst in der Emigration weilten, tot für ihre Schüler, ihre Familie. Dieses Los teilte sie mit allen als „Volksfeinde“ deportierten Menschen in den Gulags.

Sie nimmt ihre Kraft aus den Briefen von Rosa Luxemburg, die Sophie Liebknecht 1917 aus dem Breslauer Gefängnis versichert hatte: „Ich möchte Ihnen meine unerschöpfliche innere Heiterkeit geben. [...] Sonjuscka, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter. So ist das Leben, und so muß man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.“

Fjodor Dostojewski schildert in seinem Roman „Memoiren aus einem Totenhaus“ seine eigenen Erlebnisse des brutalen Vollzuges, die unmenschlichen Bedingungen, denen die Gefangenen zur Zarenzeit ausgesetzt waren. Alexander Solschenizyn, während des Krieges gegen den Faschismus für seine Verdienste mit hohen Orden dekoriert, 1945 wegen Kritik an Stalin verhaftet, bis 1953 im Gulag inhaftiert mit anschließender Verbannung bis 1957, beschreibt in seinen Werken „Der erste Kreis

der Hölle“ und „Archipel Gulag“ ebenso die Torturen, Qualen, den entsetzlichen menschenunwürdigen Umgang, welchen die Inhaftierten ausgeliefert waren.

Fritz Reuter, zum Tode verurteilt und dann zu 30 Jahren Festungshaft begnadigt, beschreibt in „Ut mine Festungstid“ seine Reflektion, die vorzugsweise fast heitere Episoden und Erlebnisse aufgreift. Möglich ist dies nur dann, wenn nicht die Abrechnung mit den Peinigern im Mittelpunkt stehen soll, sondern der Humanismus und das Lob der Freundschaft, die sich in schweren Zeiten bewährt.

Lesen Sie Trude Richters Totgesagt-Erinnerungen – das Buch ist noch erhältlich. Einmal anfangen zu lesen, können Sie sich nicht lösen von dieser Autobiografie. Sie freuen sich und leiden mir ihr, Sie sind gefangen vom Mut und Tapferkeit eines Menschen, der zwar manchmal an der übergroßen Bürde zu zerbrechen scheint, jedoch immer die Kraft findet, sich seine Menschlichkeit, sein Mitfühlen für die Nöte und Verzweiflung politischer Mitgefangener zu bewahren und selbst in dieser menschenfeindlichen unwirklichen Gegend die Schönheit der Natur entdeckt.

Dann können Sie nachvollziehen, weshalb diese liebenswerte, unbeugsame Frau in Moskau den Entschluss fasst, nach Magadan zurückzukehren, als freier Mensch. Sie wird Konzertmeisterin in einem großen Gewerkschaftsclub, ist verantwortlich für die instrumentale Begleitung des Chores, der Gesangssolisten und des Balletts und erfährt, dass man den *Sonntag*, die Wochenzeitung der DDR für Kultur, abonnieren kann. Ab diesem Moment, als sie die ersten Informationen aus dem Teil Deutschlands, der eine sozialistische Gesellschaft aufbauen möchte, erhält, ist ihr klar: Sie muss ihre Chance ergreifen und ein Lebenszeichen schicken. Aber an wen? Sie schreibt an Anna Seghers, ihre Bekannte aus Zeiten ihrer Tätigkeit im Bund proletarischer Schriftsteller. Trude Richter schreibt: „Niemand weiß, wie viel Leben ihm noch bevorsteht. Eines aber weiß ich: Ich will es bei Euch in Deutschland beschließen ...“

Sie rechnete nicht mit einer Antwort, sie war ja seit 20 Jahren tot. Aber Anna Seghers setzte über den Schriftstellerverband der DDR alle Hebel in Bewegung und nach mehr als 23 Jahren brachte der Zug Trude Richter nach Berlin, wo sie auch Johannes R. Becher traf, der sie an das Institut für Literatur nach Leipzig berufen ließ. Sie schreibt: „Dort, in Leipzig, liegt das Ithaka meiner Odyssee.“

Von 1957 bis 1966 lehrte sie an „ihrem“ Institut, sie war Mentorin von Hans Weber, Horst Salomon, Günther Görlich, Max Walter Schulz und Helmut Richter, der Trude Richters Vorlesungen später als an- und aufregend beschrieb.

Wie unterschiedlich die Möglichkeiten der demokratischen Entwicklung der DDR und damit auch die Freiheit der Forschung an den Universitäten und Instituten nach dem 13. August 1961 unter Leipzigs Intellektuellen gesehen wurden, dokumentiert sich beispielsweise einerseits im Weggang des Philosophen Ernst Bloch und des Germanisten Hans Mayer nach Tübingen, andererseits im verstärktem politischem Engagement wie bei Trude Richter, die Mitglied im Vorstand des

Schriftstellerverbandes Bezirk Leipzig sowie im Zentralen Arbeitskreis des Kulturbundes wird und ab 1965 als Stadtverordnete in der Kulturkommission wirkt.

Hier stimmt sie leider auch für die Sprengung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli, die am 30. Mai 1968 vollzogen wurde.

Vielleicht ist eine kleine persönliche Reminiszenz gestattet: Kurz vorher ging meine Klasse der Buchhändlerlehrlinge mit unserem Kunstgeschichtslehrer Dr. Kößling auf den Karl-Marx-Platz, wo er die Schönheit dieses Sakralbaus mit seinem einmaligen Rosettenfenster pries und erklärte: Was für eine Kulturbarbarei ist mit der Sprengung beschlossen. Liebe Trude Richter, er hatte Recht.

1969 erscheint „Das Glück des Bitteren“, 1972 „Die Plakette“ – Teil 1 ihrer Autobiografie und Lebensbeschreibung bis 1936, Teil 2 „Totgesagt“, bereits 1964 in Jalta beendet, darf auf Geheiß der Partei nicht erscheinen, und sie unterwirft sich diesem Diktat.

Ihr ehemaliger Schüler Max Walter Schulz, Chefredakteur von *Sinn und Form*, der Zeitschrift für Literatur und Kultur, herausgegeben von der Akademie der Künste, widersetzt sich 1988 diesem Verbot und veröffentlicht den Abschnitt „Station Kilometer sieben“.

Am 4. Januar 1989 stirbt Trude Richter, die stille Heldin, im Altersheim. Selbst da, hoch betagt, jedoch voller Tatendrang, leitet sie, die noch immer überzeugte Kommunistin und mit hohen staatlichen Auszeichnungen Dekorierte, einen Literaturzirkel zum Werk von Johannes R. Becher.

Ihr war es nicht mehr vergönnt, ihr Lebenswerk „Totgesagt“ als Buch gedruckt in den Händen zu halten, es erscheint erst 1990. Ein Teilnachlass von Trude Richter befindet sich hier in der Stadtbibliothek.¹

Helmuth Markov

1 Die Würdigung trug der Autor in einer Gedenkveranstaltung zum 125. Geburtstag von Trude Richter am 19. November 2024 in der Leipziger Stadtbibliothek vor. Mit dieser Hommage wandte sich das Projekt „Künstlerspur Leipzig“ zum ersten Mal an die Öffentlichkeit. Die von Dagmar Winkhofer-Bülow und Dr. Helmuth Markov 2023 gegründete Initiative widmet sich den Künstlerinnen und Künstlern, die Leipzig ab 1945 und in den Jahren der DDR voller Hoffnung auf eine bessere Welt nach dem Zweiten Weltkrieg kulturell geprägt haben. Sie will Lebenswege und künstlerische Leistungen mit Veranstaltungen, Diskussionen, Führungen und Erinnerungstafeln an den einstigen Wohnorten würdigen.

Das „Weltnest Leipzig“ mit seiner Buchmesse, den vielen Verlagen, der Karl-Marx-Universität, der Hochschule für Grafik und Buchkunst und dem Literaturinstitut hatte innerhalb der DDR eine besondere, eigenständige Bedeutung. Leipzig versichert sich aber bisher zu wenig der Traditionen der Künstlerinnen und Künstler aus der DDR-Zeit. Sie alle haben ihrer Heimatstadt viel gegeben. Warum soll dieses Erbe, das ein Teil der Identität des Ostens war und ist, verloren gehen? Auf die Schriftsteller, die zunächst im Fokus des Interesses standen, sollen in nächster Zeit Maler & Bildhauer, Architekten sowie Schauspieler & Kabarettisten folgen.

Dagmar Winkhofer-Bülow stellte die Initiative und die bereits aktiv Mitarbeitenden vor. Michael Faber und Elli Neuhaus lasen und kommentierten Auszüge aus „Totgesagt“, während Alexandra Rösler das Publikum mit Liedern begeisterte, die Trude Richter geschätzt hat.

Recherche, Vermittlung und kritische Reflexion lokaler Erinnerungsnarrative – Die Darmstädter Geschichtswerkstatt e. V.

Wie, was und vor allem wen eine Gesellschaft erinnert, sagt viel über sie aus. Erinnerungsarbeit ist damit stets politisch und Gegenwart gestaltend. Ihre Träger entscheiden und tragen Verantwortung dafür, in welchem Rahmen Recherchen und Rekonstruktionen öffentlich werden.

Lokale Geschichte – Machtstrukturen, Widerstand und Erinnerung

Von Anfang an verstanden sich Geschichtswerkstätten als Gegenbewegung zur traditionellen Geschichtsschreibung. Sie stellten die Perspektiven marginalisierter, vergessener oder unterrepräsentierter Gruppen in den Mittelpunkt. In diesem Kontext einer „Geschichte von unten“ wurde auch die Darmstädter Geschichtswerkstatt (DGW) Anfang der 1980er-Jahre von engagierten Studierenden und Wissenschaftlichen Mitarbeitenden des Instituts für Geschichte an der Technischen Universität gegründet.

Im Fokus standen und stehen explizit die Menschen: ihr Handeln, ihre Erfahrungen, ihre Biografien. Leerstellen und blinde Flecken in städtischen oder regionalen Narrativen werden durch solche Perspektivwechsel beleuchtet. Kontinuitäten, Widersprüche und Brüche treten so zutage. Die ökonomischen, sozialen oder kulturellen Entwicklungen bekommen in der biografischen Erinnerungsarbeit lokal und regional ein spezifisches Gesicht.

Ihre Arbeitsschwerpunkte legt die DGW auf das 19. und 20. Jahrhundert, speziell auf Industriegeschichte und den Nationalsozialismus. Die Recherchen gelten den regionalen und lokalen Elementen der nationalsozialistischen Entrechtungs-, Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und in diesem Kontext dem Widerstand einzelner Menschen und den mehr oder weniger organisierten Netzwerken, aber auch den Anpassungsleistungen in der sog. „Volksgemeinschaft“. Interessierte erfahren davon durch Stadtrundgänge, Veranstaltungen wie Lesungen und Ausstellungen oder können sich über die Website² informieren.

So thematisiert der Stadtrundgang „Widerstand und Verfolgung in Darmstadt“ das nationalsozialistische Verfolgungs- und Terrorsystem. Dabei immer im Fokus: die Biografien der Verfolgten. Auch beziehen wir sowohl noch heute sichtbare Zeugnisse im Stadtbild als auch verschwundene Orte ein. Ein Beispiel ist das erhaltene Mauerstück des ehemaligen Landgerichtsgefängnisses, an dessen Stelle sich heute das Fraunhofer-Institut befindet. Verschwundene Orte sind etwa frühere Standorte der Gestapo-Zentrale in der Wilhelm-Glässing-Straße, wo sich

2 <https://geschichtswerkstatt darmstadt.de>.

heute ein Wohnhaus befindet, oder das Neue Palais, heute Georg-Büchner-Platz. Stand heute realisierte die DGW umfassende Ausstellungs- und Rechercheprojekte: „Darmstädter Biografien 1933-1945“ / „Biografische Erkundungen 1933-1945“ mit inzwischen über 60 Lebensläufen von Verfolgten des Naziregimes sowie eine eigene Ausstellung zu *Karl Plagge*, einem aus Darmstadt stammenden Hauptmann der Wehrmacht, der in Vilnius mehr als zweihundert Juden und Jüdinnen das Leben rettete.³

Zur Rekonstruktion des Widerstands aus der Arbeiterbewegung

Obwohl bereits in den 80er-Jahren eine umfassende Studie zu „Widerstand und Verfolgung“ für Darmstadt und die Region Starkenburg vorgelegt wurde,⁴ die den Arbeiterwiderstand würdigt, wird dieser in der öffentlichen Erinnerung nach wie vor kaum wahrgenommen. So lässt sich beobachten, dass trotz der seit Jahren bestehenden, durchaus umfangreichen Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung und deren Widerstandsleistungen, die Erinnerungskultur nach wie vor den 20. Juli und ihren zivilen Umkreis fokussiert. In Darmstadt sind der interessierten Öffentlichkeit vor allem Wilhelm Leuschner, Ludwig Schwamb, Theodor Haubach und Carlo Mierendorff bekannt. Die Vielschichtigkeit des Arbeiterwiderstands repräsentieren ihre Biografien jedoch nicht. Das kollektive, regionale Bewusstsein bleibt in Bezug auf den Personenkreis der aktiven Antifaschist:innen in der Darmstädter Arbeiterschaft lückenhaft.

Dass der Widerstand aus den Reihen der Arbeiterbewegung ebenso facetten- und spannungsreich wie die Bewegung selbst war, ist bekannt. Die politischen Überzeugungen von kommunistischen über linkssozialistische, anarcho-syndikalistische und sozialdemokratische Organisationen wichen stark voneinander ab und überlagerten letztlich ihr gemeinsames Interesse: den Antifaschismus. Dies spiegelt auch die lokale und regionale Geschichte wider: Versuche, ein gemeinsames Handeln gegen die neuen Machthaber in Gang zu setzen oder gar zu koordinieren, sind zwar nachweisbar – aber sie blieben vereinzelt und angesichts der Wucht der Verfolgung viel zu schwach. Auch mussten sich die Gruppen nach der „Machtergreifung“ neu organisieren; neue Räume und Wege zur Kooperation finden.

Die DGW erarbeitet daher seit Langem Biografien kommunistischer, sozialdemokratischer und anarcho-syndikalistischer Antifaschist:innen aus der Region. Hierfür werten wir Strafprozess- und Häftlingsakten v. a. aus dem Hessischen Staatsarchiv Darmstadt sowie dem Bundesarchiv Berlin und Entschädigungsakten

3 Neben einem Begleitheft zum Stadtrundgang liegen Hefte zu „Darmstädter Biografien 1933-1945“ und zu Karl Plagge vor.

4 Heinrich Pingel-Rollmann: Widerstand und Verfolgung in Darmstadt und der Provinz Starkenburg 1933-1945 [=Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 54], Darmstadt/Marburg 1985.

aus dem Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden aus und recherchieren – v. a., wenn es um die Fragen des politischen Exils geht – europaweit; besonders in Stockholm/Huddinge⁵ und in Amsterdam⁶. Die Ergebnisse werden in Ausstellungen präsentiert und auf der Website vertieft.⁷

Drei Beispiele für den „vergessenen“ oder wenig bekannten Widerstand aus der Arbeiterbewegung seien hier genannt:

Maria Weingärtner aus Griesheim bei Darmstadt wird 1934 mit zwanzig weiteren Angestellten und Arbeitern wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und verurteilt. Die konspirativen Kontakte hatten hessenweit bestanden – nun sind sie zerschlagen. Weingärtner selbst hatte Kurierdienste übernommen, für die Verbreitung antifaschistischer Schriften wie der *Arbeiterzeitung* gesorgt und die Vernetzung zwischen Darmstadt und Frankfurt unterstützt.

Georg Fröba, Mitbegründer und Leiter der KPD-Unterbezirks Darmstadt hält ab 1937 ein Widerstandsnetz aufrecht, trotz des enormen Verfolgungsdrucks und der weitgehenden Zerschlagung des Arbeiterwiderstands. Er koordiniert die Unterstützung von Verfolgten und organisiert Sabotage in der Rüstungsproduktion. Ein V-Mann der Gestapo verrät ihn und sein Netzwerk. Am 27. Oktober 1944 wird er hingerichtet.

Gustav Doster wird als Kopf der anarcho-syndikalistischen F.A.U.D. in Darmstadt in das KZ Osthofen verschleppt. Nach seiner Entlassung flieht er in die Niederlande, wo er einen Stützpunkt für exilierte Anarchosyndikalist:innen aufbaut. Er wird nach Belgien abgeschoben und flieht anschließend nach Schweden. Im Januar 1937 geht Doster nach Spanien, um sich am Kampf gegen Franco zu beteiligen. Nach den sogenannten Mai-Unruhen kommt er in Haft, kann aber im April 1938 nach Schweden zurückkehren.

Kritische Geschichtsvermittlung durch Archivarbeit

So, wie jede:r Einzelne Spuren hinterlässt, gestaltet auch jede:r Einzelne die Gegenwart. Die DGW ermöglicht Jugendlichen und jungen Erwachsenen in forschungsorientierten Projektarbeiten „biografische Erkundungen“ an unedierten Quellen und eine Autorenschaft.

Doch können Jugendliche das historische Subjekt aus Archivalien herausarbeiten, ohne es auf die Fragmente zu reduzieren, die die Überlieferung bietet? Es

5 ARAB – Arbetarrörelsens arkiv och bibliotek Huddinge.

6 IISG bzw. IISH – International Institute of Social History.

7 Die Ausstellung „Darmstädter Biografien“ umfasst über dreißig Rollups. 2023 erfolgte eine multimediale Neukonzeption. Diese Ausstellung, „Biografische Erkundungen“, arbeitet mit Tri-Bond-Tafeln, Videoinstallation und einer der Ausstellung hinterlegten vertiefenden Website, die über QR-Codes an den Tafeln abrufbar ist.

bedarf natürlich der Anleitung und Begleitung, die Quellen zu lesen, zu erschließen und einzuordnen. Denn – sei es die Sprache der Strafprozessakten oder die Kategorisierungslogik der Lagerbürokratie – immer geht es um die Entschlüsselung der in Täterdokumenten erkennbaren Strukturen und Semantik eines faschistischen Systems mit totalitärem Herrschaftsanspruch. Ein weiteres Ziel ist, Handlungsräume und Ambivalenzen des Einzelnen wahrzunehmen, vergangene – und folglich auch gegenwärtige – gesellschaftliche Wirklichkeiten kritisch zu reflektieren und Mechanismen gesellschaftlich-politischer Herrschaftsverhältnisse zu verstehen.

Auch diese biografischen Recherchen finden ihren Ausdruck in einer Wanderausstellung und thematischen Websites.⁸ Zusätzlich besteht – durch die Zusammenarbeit mit dem Künstler Rainer Lind – die Möglichkeit, digital Erinnerungsräume zu gestalten. Die Projektarbeiten und Präsentationen „bewegen“ sich somit auf drei Ebenen:

1. Die **biografische Ebene der Handelnden in der Geschichte** widmet sich dem Menschen als Subjekt, als jemanden, der Entscheidungen trifft und sein Leben aktiv gestaltet.
2. Die **Ebene der Widerstandsformen und Handlungsräume** unter den Bedingungen des NS-Verfolgungs- und Terrorsystems wird durch die kritische Quellenanalyse offengelegt. Diese Ebene setzt gleichzeitig ein Zeichen gegen die Vereinnahmung des Widerstandsbegriffs durch demokratiefeindliche Gruppen oder dessen inflationäre Nutzung.
3. Auf der **Ebene der Reflexion** berichten die Projekt-Teilnehmenden selbst über ihre Wahrnehmungen und Erfahrungen bei der Entschlüsselung von (Täter-)Dokumenten. Sie unterscheiden zwischen Empathie und Identifikation; beschäftigen sich mit Fragen wie „Was erinnern?“ sowie der „Wirkungsweise von Geschichte“ und erkennen die Eigenständigkeit und Unverfügbarkeit der historischen Subjekte an.

Zusammengefasst: Die DGW engagiert sich in der Erforschung lokalgeschichtlicher Themen und Biografien. Sie hinterfragt dominierende Narrative kritisch und stellt sich der Aufgabe, das Verständnis von Geschichte zu demokratisieren, Erinnerungskultur zu diversifizieren und das Verständnis von Erinnerungsarbeit als kritische Gesellschaftsgeschichte weiterzugeben.

Kirsti Ohr und Bernhard Schütz

⁸ Neben der Homepage der DGW wurden und werden bisher drei solche thematischen Seiten aufgebaut: 1. Zur jüdischen Zwangsarbeit in Darmstadt: <https://recherche.video/recherche-2020/> 2. Zur (Verfolgungs-) Geschichte der Sinti und Roma: <https://sinti-roma.recherche.video/> 3. Zu „Nonkonformität und Widerstand 1933 – 1945“: <https://widerstand.recherche.video/>

Darmstädter Geschichtswerkstatt e. V.
c/o Bernhard Schütz, Elsa-Brändström-Weg 48, 64289 Darmstadt

E-Mail: dageschichtswerkstatt@aol.com

Tel.: Kirsti Ohr - 0151 2048 1499

Bernhard Schütz - 0157 5270 1232

Katja Englert - 0151 6142 4655

<https://geschichtswerkstatt darmstadt.de>

<https://www.facebook.com/darmstaedtergeschichtswerkstatt/>

<https://www.instagram.com/geschichtswerkstatt darmstadt/>



im Hessischen Staatsarchiv Darmstadt

Besondere Zeitdokumente

Die Telebrücke Mainz-Leningrad im Oktober 1987

Das ZDF veranstaltete im Oktober 1987 zum zweiten Mal nach 1985 einen „Sowjetischen Tag“ mit Originalbeiträgen. Eröffnet wurde am Dienstag, dem 13. Oktober 1987, die Fernsehbrücke mit einer patriotischen Dokumentation des sowjetischen Fernsehens „Wir und unser Land“. Die Ankündigung ließ zunächst wenig Gutes ahnen. Text und Musik schwelgten und schwärmten. ZDF-Intendant Stolte kündigte sodann als Höhepunkt der Völkerverständigung eine „Telebrücke“ an.¹ Simultan gedolmetscht diskutierten je 150 Bürger beider Länder, die einen Querschnitt durch die ganze Bevölkerung bilden sollten, aus den Studios in Mainz und Leningrad frei miteinander. Die Fernsehbrücke wurde von 19.30 bis 21.00 Uhr übertragen. Es folgte der im Westen hochgelobte und im Osten sehr umstrittene Film von Tengis Abuladse „Die Reue“, der in der DDR verboten wurde.

Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow informierte Egon Krenz darüber, was die Fernsehbrücke für die DDR so problematisch machte. Ein Bundesbürger fragte die Leningrader: „Wie verhalten Sie sich zur Wiedervereinigung Deutschlands?“ Der Ingenieur Pawlow antwortete: „Wir wollen auch sehr, dass sich Deutschland wiedervereinigt, aber es gibt leider verschiedene objektive Gründe. Ihnen sind diese sicher bekannt. Aber wir glauben, dass sich Deutschland wiedervereinigen wird. Wir wollen ein starkes, ein freundschaftliches Deutschland. Und wir glauben, dass es sich einmal wiedervereinigt.“²

Kotschemassow versicherte Egon Krenz, dass das sowjetische Fernsehen die von ihm genannten problematischen Passagen im Gegensatz zum ZDF nicht senden werde.

Entgegen der Behauptung, dass die Fernsehbrücke bei der Begegnung am 4. Oktober 1987 zwischen Erich Honecker und Michael Gorbatschow nicht angesprochen worden sei³, äußerte sich Gorbatschow dazu sehr kritisch: „Ich denke dabei an die sogenannte Fernschrunde zwischen Leningrad und Mainz. Der Aufruf von Leningrad zur Wiedervereinigung ist ein Skandal. Ihre von Ihnen getroffenen Maßnahmen gegen die Folgen solcher Ereignisse werden von uns begrüßt. Die Haltung der Organisatoren dieser Sendung und Teilnehmer dieser Sendung ist unverantwortlich und gefährlich.“⁴

1 Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 42, 11.10.1987.

2 Zitat aus dem Dokument.

3 Vgl. Furcht vor einem Fallenlassen der DDR, in: *Neues Deutschland*, 18.12.1992.

4 Daniel Küchenmeister (Hrsg.): Honecker – Gorbatschow. Vieraugengespräche. Berlin 1995, S. 178.

Nichts sagte Gorbatschow darüber, warum er zu Ostern 1987 bei der Eröffnung einer Filiale der Deutschen Bank in Moskau in einem günstigen Augenblick deren Chef Friedrich Wilhelm Christians beiseite zog und sagte, er habe für Bundeskanzler Kohl eine Botschaft, die er ihm überbringen möge: Moskau sei bereit, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen, wenn die Deutschen dies so wollten.⁵

Aus Anlass des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution überreichte Gorbatschow Honecker den Leninorden. Er betonte dabei, dass die Sowjetunion kein anderes Verhältnis zur DDR habe.

Vom Standpunkt unseres heutigen Wissens muss an dieser Stelle ein Fragezeichen gesetzt werden.

Siegfried Prokop

5 Vgl. Ferdinand Kroh: *Wendemanöver. Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung*. München, Wien 2005, S. 117.

ZENTRALKOMITEE
HAUSMITTEILUNG

130

An	Genossen Erich Honecker	Mitglied des Politbüros Egon Krenz	Diktatzeitpunkt	Datum 13.10.87	Erdelignungs- vermerk
Uhr:					<i>[Handwritten signature]</i> 14.10.87

Lieber Genosse Erich Honecker!

Am heutigen 13. Oktober rief mich Genosse Kotschemassow um 12.30 Uhr an und bat, Dir folgende Mitteilung des Zentralkomitees der KPdSU zu übermitteln:

Am 5. Oktober 1987 wurde eine Fernsehbrücke Leningrad - Mainz geschaltet. An der Diskussion nahmen in den Studios Leningrad und Mainz jeweils 100 bis 150 Bürger teil. Ein Bürger der BRD stellte an die Leningrader die Frage: "Wie verhalten Sie sich zur Wiedervereinigung Deutschlands?"

Der sowjetische Teilnehmer der Diskussion, der sich als Ingenieur Pawlow vorstellte, antwortete wie folgt:

"Wir wollen auch sehr, daß sich Deutschland so schnell wie möglich wiedervereinigt, aber es gibt leider verschiedene objektive Gründe. Ihnen sind diese sicher bekannt. Aber wir glauben, daß sich Deutschland wiedervereinigen wird. Wir wollen ein starkes, ein freundschaftliches Deutschland. Und wir glauben, daß es sich einmal wiedervereinigt."

Die Teilnehmer an der Diskussion im Mainzer Studio haben diese Erklärung mit Beifall aufgenommen.

Der sowjetische Moderator der Sendung, Genosse Klimentinowski, Moderator bei der Rundfunkstation "Frieden und Fortschritt", sagte abschließend dazu folgendes:

"Ich will mich auf keinen Fall in diese Antwort einmischen, aber ich möchte sagen, daß die sowjetischen Menschen ihrem Wesen nach Optimisten sind. Ich glaube, daß es heutzutage nicht real ist, über die

131

2

Wiedervereinigung zu sprechen. Der Beifall Ihrerseits ist psychologisch selbstverständlich begreiflich. Aber es gibt Dinge, die vorläufig nicht real sind. Diese Frage ist nicht so sehr unsere Frage. Mit dieser Frage müßte man sich an einen anderen Staat, an die DDR wenden. Uns betrifft diese Frage nicht so sehr."

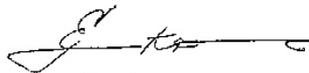
Die Fernsehaufzeichnung wird am 13. Oktober, 21.50 Uhr Moskauer Zeit im 1. Programm des sowjetischen Fernsehens, und 19.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit im ZDF übertragen.

In der sowjetischen Variante der Sendung werden die oben angeführten Äußerungen in bezug auf die Wiedervereinigung nicht gesendet.

Es ist aber zu erwarten, daß das ZDF sie überträgt und entsprechend kommentiert. Dennoch sind wir der Meinung, daß die Tatsache, daß die unreifen Äußerungen von Pawlow und Klimentinowski aus der sowjetischen Variante der Übertragung herausgenommen werden, unsere ablehnende Haltung zu diesen Überlegungen unterstreichen. Gleichzeitig wird im Pressezentrum eine Erklärung veröffentlicht, in der die sowjetische Seite sehr eindeutig zu diesen Fragen Stellung nimmt.

Genosse Katschmassow bat ausdrücklich, Dir diese Information zu übermitteln.

Mit sozialistischem Gruß



Egon Krenz

Vortrag

Eduard Bernstein: Vordenker einer modernen Sozialdemokratie¹

Einleitung

Warum Beschäftigung mit Eduard Bernstein? Ich glaube, dass wir in ihm einen der wichtigsten, wenn nicht den wichtigsten Vordenker eines Demokratischen Sozialismus in der Prägung der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands* sehen müssen. Beispielhaft seien zunächst zwei Zeugen genannt: zum einen der Marxismus-Forscher, Philosoph und Essayist Leszek Kolakowski, Bernstein gegenüber durchaus kritisch eingestellt; er sieht in ihm den eigentlichen „*Schöpfer der Ideologie der Sozialdemokratie*“, wie sie sich „*nach dem Ersten Weltkrieg als Gegensatz zum Kommunismus allgemein*“ durchgesetzt habe.² Zum Zweiten Bruno Kreisky, damaliger österreichischer sozialdemokratischer Bundeskanzler, der 1983 in einem *Spiegel*-Interview noch weiter ging. Für ihn war Bernstein der eigentliche „*große politische Reformator, nicht Marx*.“³

Bernstein war nicht nur einer der Nachlassverwalter für Friedrich Engels, sondern er war, gemeinsam mit August Bebel, Erbe des Manuskript-Nachlasses von Marx und Engels. Und nach Bebels Tod 1913 war er ausschließlich verantwortlich für diese Rechte, die er ausdrücklich und gewissenhaft nur für die und in Absprache mit der SPD wahrnahm.

Vielen von Ihnen, so ist jedenfalls meine Erfahrung, haben vielleicht den Namen des hier vorzustellenden Mannes schon einmal gehört, aber haben doch keine wirklichen Kenntnisse über diese für die Sozialdemokratie so wichtige Persönlichkeit. Daher möchte ich einige Stationen seines Lebenswerkes Revue passieren lassen. Dabei soll klar werden, was die Essenz seines Demokratischen Sozialismus ist und wie sehr seine Vorstellungen sich in der modernen Sozialdemokratie verankert haben.

Geburt und Familie

Eduard Bernstein wurde am 6.1.1850 in eine kinderreiche, dem Reformjudentum angehörende Eisenbahnerfamilie geboren. Sein Geburtshaus stand übrigens

-
- 1 Überarbeitete Fassung eines Vortrages aus der Reihe: Biografische Zugänge zur Geschichte deutscher Oppositionsbewegung. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv/SAPMO am 14.11.2024.
 - 2 Kolakowski, Leszek: Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall. Zweiter Band. Zürich: Buchclub Ex Libris 1982, S. 122.
 - 3 Kreisky, Bruno in einem *Spiegel*-Interview. In: *Der Spiegel* Nr. 14, 1983, S. 126-136, hier S. 132.

in Steinwurfnähe zur heutigen Zentrale der *Sozialdemokratischen Partei Deutschlands / SPD*, dem Willy-Brandt-Haus, hier in Berlin-Kreuzberg, in der Anhaltischen Kommunikation 12. Das ist nach meiner Feststellung heute etwa die Stresemannstraße 44/46. Eduard Bernsteins Vater Jakob, dessen Vorfahren aus Polen stammten, hatte Klempner gelernt und blieb nach seiner Zunftwanderung durch Deutschland ab 1838 ebenfalls in Berlin. Er war, wie alle Berliner Bernsteins, ein liberaler Reformjude, und hatte 1840 die aus einem orthodox-jüdischen Elternhaus in Halberstadt stammende Johanna Rosenberg geheiratet. Zunächst führte Jakob Bernstein eine kleine Klempnerei, war aber wirtschaftlich nicht erfolgreich und konnte 1843 bei der noch jungen *Berlin-Anhaltischen Eisenbahn* als Lehrling anfangen. Zur Zeit der Geburt seines Sohnes Eduard war er Lokomotivführer, der sich durch mutiges Verhalten einen guten Ruf erarbeiten konnte.

Allgemeine Lage und Reformjudentum⁴

Die Familie lebte in einer Mietwohnung in relativ ordentlicher Lage in Kreuzberg. Fleisch gab es nur gelegentlich. Das Wasser musste aus einem Brunnen geschöpft werden. Aber die Kinder der Bernsteins hatten im Gegensatz zu vielen ihrer Mitschüler immer Strümpfe und Schuhe an. Die Juden waren sehr um eine gute Bildung für ihre Kinder bemüht. Zum Judentum der Familie äußert sich Eduard wie folgt: *„Ihr Kultus [der Reformjuden] ... entsprach den Tendenzen des aufgeklärten liberalen Bürgertums des 19. Jahrhunderts, die Religion war den Gottgläubigen zu sehr Verstandessache geworden, ließ aber den kritischen Verstand unbeeinträchtigt.“* Interessant ist, dass die Reformjuden den Sonntag als Schabbat feierten. Vater Jakobs Lieblingsfest war Weihnachten. Verallgemeinernd kann man davon sprechen, dass die Familien des Berliner Reformjudentums, wie beispielsweise die Aron Bernsteins, Onkel Eduards und erfolgreicher Zeitungsgründer und Schriftsteller, sich in einem großen Emanzipations- und Assimilationsprozess befanden, der ihnen gleichzeitig viele Ängste verursachte.

Jugend, Ausbildung, Lehre und Freizeit

Bernstein konnte früh lesen und schreiben und hatte ein exzellentes Gedächtnis. Das wiederum hinderte ihn daran, viel und gut zu lernen, weil ihm alles ‚zuflóg‘. Er war ein analytischer Kopf, synthetisches Denken fiel ihm schwer.

In der Kinder- und Jugendzeit hatte er eine Neigung zur Dichtkunst; wie viele andere junge Menschen seiner Zeit liebte er Schiller – und das bis an sein Lebensende –, und er hatte eine sehr starke Neigung zu allem, was Theater und später Musik zu bieten hatten.

Ab Ostern 1857 besuchte Eduard eine über Schulgeld finanzierte private Knabenschule. Im Sommer 1863 wechselte er auf das humanistische *Friedrichs-*

4 Der für das Reformjudentum wichtige Rabbiner Samuel Holdheim hat seine Vorstellungen publiziert: Holdheim, Samuel: Geschichte der Entstehung und Entwicklung der jüdischen Reformgemeinde in Berlin. Im Zusammenhang mit den jüdisch-reformatorischen Gesamtbestrebungen der Neuzeit. Berlin: Springer 1857.

Werdersche Gymnasium, das er 1866 mit dem Einjährigen [etwa Mittlere Reife] verließ. In diesem Jahr wurde er in der Synagoge in der Johannisstraße 16 konfirmiert.

Ein Studium wäre für die Familie zu teuer geworden. Also suchte ein Verwandter für ihn eine Lehrstelle, und so konnte er Ende Oktober 1866 eine dreijährige Banklehre beim *Bankhaus Gebrüder Guttentag* absolvieren. Er erhielt einen guten Überblick über die für eine Bank damals wichtigen Aufgaben. So verstand er sich nach eigener Aussage

- „auf den Handel mit Wertpapieren und Valuten, einschließlich Arbitrage [Ausnutzung kleiner Preisunterschiede bei Aktien],
- das *Diskontgeschäft* [Erwerb von Forderungen vor ihrer Fälligkeit z. B. Wechsel] und
- das *Kontokorrentgeschäft* [laufende Geschäftstätigkeit].“

In seiner Freizeit kümmerte sich Bernstein um Literatur, Theater und Musik. Aber er musste auch seinen Lebensunterhalt verdienen und konnte um die Jahreswende 1871/1872 in das *Bankhaus S. & L. Rothschild* als Kommis⁵ eintreten, bei dem er bis zum Jahre 1878 arbeitete.

Beginn der politischen Arbeit bis 1878

Der junge Bankkaufmann Bernstein und ein Freund engagierten sich in einem Verein mit jungen Studenten. Man hielt Vorträge und kneipte. Dabei zeigte Bernstein erstes Interesse an dem Schicksal der sehr jungen Sozialdemokratie. Durch persönliche Kontakte zu einigen Sozialdemokraten entschlossen sich die Freunde im Februar 1872 zunächst *Mitglieder der Internationalen Arbeiter-Assoziation IAA*⁶ zu werden und im April des Jahres der Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei / SDAP⁷ und des Demokratischen Arbeitervereins in Berlin beizutreten. Damit standen sie gegen den *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein / ADAV*, der lassallesche Positionen vertrat und in Berlin organisatorisch sehr viel größer war. Bernstein trat danach in und um Berlin herum als Agitator auf Volksversammlungen auf und war in verschiedene Parteiaktivitäten eingebunden. Er agitierte bevorzugt

5 Kommis: Älterer Begriff für einen Kontoristen, Handlungsgehilfen oder kaufmännischen Angestellten.

6 Auch Erste Internationale genannt = marxische Inauguraladresse: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

7 Sozialdemokratische Arbeiter-Partei / SDAP, Eisenacher Programms (ähnlich den Statuten von Marx f. IAA).

in Berlin und südöstlich bis Luckenwalde. Oft dauerten die Fahrten über Land zu den Vortragsorten viele Stunden.

Bernstein berichtet von einer Gelegenheit, wo er in dem Städtchen Dahme, knapp dreißig Kilometer von Jüterbog entfernt, „gepaukt“, also einen Vortrag gehalten hatte, und erst nachts um zwei Uhr wieder in Jüterbog ankam. Dort legte er sich mit seinem Vertrauensmann in das extra für ihn von der Ehefrau des Genossen geräumte Ehebett, das er aber um 6:30 Uhr wieder verlassen musste, um seinen Zug nach Berlin zu erreichen. *„Aber ich war ein junger Kerl, hatte einen gesunden Schlaf, und so hat mir das, wie Figura zeigt, ebenso wenig geschadet, wie eine ziemlich 1 ½ Jahre später in dem an der Berlin-Stettiner Bahn gelegenen Städtchen Bernau nach einer Agitationsversammlung ganz außer Bett zugebrachte Winternacht.“*

Die jungen Sozialdemokraten suchten noch nach der richtigen Sprache. Marx' Werke hatte noch kaum einer von ihnen gelesen. Leichter rezipierbar waren die Schriften des Berliner Philosophen und Nationalökonomen Eugen Dühring. Es gab sogar einen „*Dühringkultus*“, den Bernstein selbst beförderte. Aber mit der Zeit war ihm, auch wegen Dührings starkem Antisemitismus klar, dass dies nicht der Weg der Sozialdemokratie sein konnte.

Der war in jenen Jahren ein ‚Bruderkampf‘. ADAV-Anhänger und SDAP-Mitglieder bekämpften sich auf offener Bühne auch mit antisemitischen Parolen. Trotzdem schafften es Bernstein und einige seiner Freunde, den Blick dafür zu entwickeln, dass nur durch ein Zusammengehen beider Richtungen eine schlagkräftige gemeinsame Partei entstehen könne. Die Justiz und die Obrigkeit allgemein waren gegen die ‚Revolutionsmacher‘ und ‚Umstürzler‘ eingestellt. Häufig gab es strenge Strafen für Äußerungen gegen die Monarchie oder die gegenwärtige Ordnung. Bernstein bezeichnet den Herbst 1874 als die Zeit, in der die *„Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine und Versammlungen Bismarcks Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie vorwegnahm“*. Im Dezember 1874 gab es trotz allen Bruderkzwists eine Einigung über den Weg zu einer gemeinsamen Partei. So trafen sich die Abgesandten des ADAV und der SDAP, darunter auch Eduard Bernstein, in Gotha zu einer Vorkonferenz. Dort verabschiedete man ein (gemeinsames) Parteiprogramm.⁸ Vom 22. - 25. Mai 1875 traf man sich (aus rechtlichen Gründen ohne Bernstein) zu dem Vereinigungskongress.

In der Folgezeit war Bernstein nun für die *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands / SAPD* als Parteitagator tätig. 1877/78 trafen sich junge Sozialdemokraten,

8 Wilhelm Liebknecht, den die Londoner Marx und Engels als ihren Verbindungsmann in Deutschland sahen, musste sich in den berühmten ‚Randglossen‘ von Karl Marx heftige Kritik an diesem Programm gefallen lassen. Der Brief mit dem kritischen Begleittext, der an die Parteiführer der Eisenacher gegangen war, wurde zunächst nicht veröffentlicht. Erst 1891 publizierten ihn Friedrich Engels und Karl Kautsky in der *NZ* Nr. 18 v. 17.01.1891, Jg. 9.1, S. 561-575, allerdings leicht gekürzt. Der ungekürzte Text von Marx findet sich in MEW 19, S. 11-32.

häufig Studenten, in der Mohrenstraße zu einer Diskussions- und Debattierrunde. Es bildete sich der sogenannte ‚Mohrenklub‘. Aus den Begegnungen in diesem virtuellen Klub entstand auch das Berliner *Arbeiter-Bildungs-Institut*, das der Mäzen und ethische Sozialist Karl Höchberg ins Leben gerufen hatte. Bernstein unterrichtete hier Buchführung, weil er sich noch nicht sicher in der sozialistischen Theorie fühlte.

Der erwähnte Höchberg machte Bernstein ein Angebot, für ihn als Sekretär zu arbeiten. Das nahm Bernstein an und fuhr – eine Woche bevor das Sozialistengesetz⁹ der Sozialdemokratie den Garaus bereiten wollte – in die Schweiz zu seinem neuen Arbeitgeber.

Schweiz

Bernstein kam Mitte Oktober 1878 nach Lugano in die italienische Schweiz und verbrachte dort in einem Vorort, Castagnola, einen langen Winter mit Karl Höchberg, dem er als Sekretär zuarbeitete. Höchberg war von dem Neukantianer Friedrich Albert Lange beeinflusst, der einen ethisch begründeten Sozialismus lehrte.

Entscheidend für Bernsteins politische Entwicklung war die Lektüre des „*Anti-Dühring*“ von Friedrich Engels, konkret „*Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft*“,¹⁰ der heute zumeist nach der dritten Auflage von 1894 zitiert wird [MEW 20, S. 1-303].

Im April 1879 siedelten Höchberg und Bernstein nach Zürich um. Von hier war die Arbeit mit Deutschland, und dahin wollte Höchberg mit seiner Agitationsarbeit wirken, gerade im Winter sehr viel leichter. Bei Höchberg lernte Bernstein eine für sein Leben außerordentlich wichtige Person kennen: Karl Kautsky. Der Österreicher tschechischer Herkunft arbeitete schließlich mit Bernstein für

9 In Folge zweier Attentate gelang es Bismarck, die Revolutionsängste bei vielen Deutschen so weit zu schüren, dass der Reichstag am 19. Oktober 1878 mit der Stimmenmehrheit der Konservativen und Nationalliberalen das Gesetz „wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ verabschiedete. Dieses so genannte ‚Sozialistengesetz‘ erlaubte Verbote sozialistischer Parteien, Organisationen und Druckschriften sowie politischer Versammlungen. Bismarcks Intention war es, den zunehmenden Einfluss der Arbeiterbewegung in Politik und Gesellschaft mit polizeistaatlichen Mitteln auszuschalten und die sozialdemokratischen Strukturen zu zerschlagen. URL <https://www.dhm.de/lemo/kapitel/kaiserreich/innenpolitik/sozialistengesetz> (30.11.2024).

10 In dem Winter 1878/79 in Castagnola las Eduard Bernstein den gerade in Buchform erschienenen „*Anti-Dühring*“, der vorher nur jeweils in Teilen im *Vorwärts* abgedruckt worden war. Diese Lektüre war für Bernsteins Entwicklung außerordentlich wichtig, weil er „durch sie zur marxistischen Theorie bekehrt“ wurde. An anderer Stelle erklärte er den Wechsel des Paradigmas dadurch, dass er durch Engels’ „*Anti-Dühring*“ und der in ihr geübten Kritik an Dühring verstanden habe, „wie grundfalsch Letzterer die Marx-Engelssche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung dargestellt hatte. Sie erschien mir in allen wesentlichen Punkten unanfechtbar und ward so zu meinem sozialistischen Credo.“ (EB S. 130)

Höchberg.

Die Partei war offiziell während der Geltung der Sozialistengesetze verboten, es durften auch keine Zeitungen oder andere Schriften veröffentlicht werden. Die Parteimitglieder organisierten sich in Vergnügungsvereinen oder traten bürgerlichen Bildungsvereinen bei. Der Informationsbedarf der Parteigenossen war hoch. Er sollte durch eine Publikation befriedigt werden, die in Zürich hergestellt und durch vielerlei Wege (meist geschmuggelt) nach Deutschland gebracht und dort regional und lokal verteilt und an den ‚Mann‘ gebracht wurde. Die Zeitung, die unter dem Namen *Der Sozialdemokrat* ab Anfang Oktober 1879 erschien, wurde zunächst von dem späteren bayerischen Sozialdemokraten Georg von Vollmar verantwortet.

Ein von Bebel berufener Organisator, Julius Motteler, genannt ‚Der rote Feldpostmeister‘, baute eine eingeschworene Mannschaft von Vertrauensleuten in ganz Deutschland auf, die die Verteilung der eingeschmuggelten Zeitungen und das Kassieren des Verkaufspreises übernahm. Eduard Bernstein wurde, nachdem Bebel ihn den beiden großen Alten, Karl Marx und Friedrich Engels, im Dezember 1880 in London vorgestellt hatte [Kanossagang], mit der Nummer 2.1881 zum quasi Chefredakteur bestellt. Er wusste nicht, dass Wilhelm Liebknecht formal eigentlich sein Chef sein sollte und agierte daher von Anfang an selbständig. Liebknecht hatte so viele Aufgaben als Agitator in Deutschland zu erledigen, dass er lediglich, und das auch nicht sehr zuverlässig, Zulieferungen leisten konnte. Bernstein entwickelte sich mit zunehmender Kenntnis der marxischen Lehre in Zusammenarbeit mit Karl Kautsky und der Kommunikation mit Friedrich Engels, mit dem er gut bekannt war, sich später sogar befreundete, zu einem Marxisten. Er war ein linientreuer, felsenfest in der orthodoxen Nomenklatur der nahenden Revolution stehender Sozialdemokrat, der die Bourgeoisie zum Untergang verdammt sah und der Auffassung war, dass der Sozialismus „*naturnotwendig*“ kommen werde. Mit Karl Kautsky übersetzte Bernstein in Zürich 1883/84 den Titel von „*Karl Marx: Das Elend der Philosophie. Antwort auf Proudhons ‚Philosophie des Elends‘. Deutsch von E. Bernstein und K. Kautsky. Mit Vorwort und Noten von Friedrich Engels. Stuttgart: Dietz 1885.*“

Während seiner Tätigkeit als Blattmacher in der Schweiz arbeitete Bernstein stets auch als Parteifunktionär. In Frankreich, England, Dänemark und in Benelux wirkte er sowohl für die Verbreitung des Blattes als auch als Delegierter auf Parteitag, so z. B. 1883 in Kopenhagen, den er mit einem Pass eines Schweizer Genossen [Conrad Conzett] besuchte, oder 1887 in St. Gallen. Wichtig war seine Vertretung der Minderheitenmeinung im Dampfersubventionsstreit 1884/85 [gegen Kolonialpolitik], die ihm zwar Feinde bei den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag brachte, aber auch Respekt für den ‚Chefredakteur‘ der Parteizeitung schaffte.

In der Schweiz fand der 37-jährige ‚Hagestolz‘ schließlich seine Liebe, die auch gleich für das ganz Leben hielt, 36 Jahre bis zum Tode seiner Frau. Regina ‚Gine‘ Schattner, eine Jüdin aus Posen, die in Berlin ihrem Bruder Ignaz Zadek, den Arzt-Haushalt führte, wurde 1887 Bernsteins Ehefrau.

Regina Schattner lebte bis dato von ihrem ersten Mann getrennt und brachte zwei Kinder mit in die Ehe, die Bernstein wie leibliche Kinder liebte.

Die deutschen Behörden, es galt immer noch das Sozialistengesetz, übten auf die Schweiz einen enormen Druck aus, um die Herstellung des „*Sozialdemokraten*“ zu unterbinden und die gesamte sozialdemokratische Exilorganisation aus der Schweiz ausweisen zu lassen. Nach einigem Hin und Her gelang das auch. Mitte 1888 musste Eduard Bernstein mit drei anderen Zeitungsmachern nach England ausweichen. Nach Deutschland konnte er nicht, da er per Steckbrief von den deutschen Behörden gesucht wurde. In London, nahe bei Friedrich Engels, fanden die deutschen Zeitungsmacher ihren neuen Produktionsort für „*Der Sozialdemokrat*“.

Vereinigtes Königreich / London

Friedrich Engels arbeitete in London an dem Erbe von Karl Marx, der bereits 1883 gestorben war. Mit Engels verband Bernstein eine enge Freundschaft und ebenso zu der Marx-Tochter Eleanor ‚Tussy‘ Marx, die sich 1898 unter tragischen Umständen selbst tötete.

Im Sommer 1889 war Bernstein, auch im Auftrag und in Vertretung von Friedrich Engels, an der Neugründung der *II. Internationale* in Paris beteiligt.¹¹

Nach dem Ende von *Der Sozialdemokrat* Ende September 1890, der sich aus der Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes ergab, arbeitete Bernstein von London aus vor allem als Auslandskorrespondent für *Die Neue Zeit* und ab Anfang 1891 für den *Vorwärts*. Zeitgleich war er für die *Züricher Post* tätig. Durch den häufigen Besuch im *British Museum*, der Bibliothek des Weltwissens im 19. Jahrhundert, erarbeitete sich Bernstein ein enormes theoretisches und geschichtliches Wissen, insbesondere über den frühen Sozialismus.

Ab dem 1. Januar 1891 erschien ein neues Parteiorgan mit dem Titel *Vorwärts. Berliner Volksblatt*, als dessen Chefredakteur Wilhelm Liebknecht bestellt wurde.

11 „Der Kongress beschloss die Schaffung eines wirksamen Arbeitsschutzes, das Verbot der Kinder- und der Nacharbeit für Frauen, einen Regelarbeitstag von acht Stunden und eine zusammenhängende Ruhezeit von mindestens 36 Stunden pro Woche. Vor dem Hintergrund der Industriellen Revolution, die auch in Deutschland in voller Blüte stand, alles hoch wichtige Forderungen. Beschlossen wurde als internationale Manifestation ein Feiertag am 1. Mai und der Grundsatz ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ – auch für Frauen. Der Kongress beendete seine Beratungen am 20. Juli 1889 ... Die SPD konnte dem bevorstehenden historischen Entwicklungsabschnitt wesentlich den eigenen Stempel aufprägen.“ (EB S. 311/312)

Bernstein beteiligte sich mit Karl Kautsky 1890/91 an dem Entwurf eines Parteiprogramms, das als ‚Erfurter Programm‘ in die Parteigeschichte einging und für das Bernstein die praktischen Forderungen formulierte. Karl Kautsky lieferte den theoretischen Teil.¹² Dieser beinhaltete die programmatisch-dogmatische Festschreibung der sogenannten ‚Naturnotwendigkeit‘ der Entwicklung hin zum Sozialismus. Dies führte später zu dem Begriff ‚revolutionärer Attentismus‘¹³ der Sozialdemokratie, der besagt, dass man die Situation reifen lassen müsse und nicht zur Unzeit eine Revolution herbeiführen solle. Der Sozialismus komme mit Naturnotwendigkeit, also sei ruhiges Abwarten angesagt. Bernstein hingegen stand für ein sozialdemokratisches Aktionsprogramm im engeren Sinne und wollte für die Arbeiterbewegung aktuell positive Ergebnisse sehen.

Die Partei trug Bernstein die Erstellung einer Lassalle-Gesamtausgabe an, die 1892/93 erschien. Sie kostete ihn viel Kraft und beeinträchtigte nachhaltig seine Gesundheit. Über Lassalle arbeitete Bernstein später noch in Gesamtausgaben und politisch-biografischen Texten.

In London schrieb Bernstein (der auch als Historiker tätig war), sein wichtigstes geschichtliches Werk, das 1895 erstmals erschien. Dieses trug ab der zweiten Auflage den Titel *„Sozialismus und Demokratie in der großen englischen Revolution“*¹⁴

Drei weitere wichtige historische Bernstein-Werke sind:

- *„Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik“* [1848 Februarrevolution – 1871], das 1898 als Nachtrag zum von Bernstein bearbeiteten Werk eines Schweizer Historikers zur Französischen Revolution erschien,
- *„Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung“* in drei Bänden, die in den Jahren 1907-1910 veröffentlicht wurden, und schließlich 1921
- *„Die deutsche Revolution“*, die den Prozess 1918/1919 beschreibt, der zur Weimarer Republik führte.

12 Kautsky paraphrasierte dabei lediglich den VII. Abschnitt des 24. Kapitels des marxischen Kapitals. MEW 23, S. 789-791. Damit schaffte Kautsky es, seine Sicht auf Marx und den Marxismus als dogmatische zentrale Anschauung in die (mindestens deutsche) Sozialdemokratie zu implementieren.

13 Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt/Berlin/Wien: Ullstein 1974. (Ullstein Buch; 3086).

14 In der ‚Glorious Revolution‘ – der Glorreichen Revolution – von 1688/1689 entschieden die Gegner des königlichen Absolutismus in England den seit Beginn des 17. Jahrhunderts geführten Machtkampf mit dem Stuartkönigtum endgültig zu ihren Gunsten. Sie schufen mit der Durchsetzung der Bill of Rights die Grundlage für das heutige parlamentarische Regierungssystem im Vereinigten Königreich. Quelle: Wikipedia.

Prozess des kritischen Hinterfragens einiger Marx/Kautsky-Dogmen

Bernsteins Grundüberzeugungen der marxischen Lehre begannen sich im Laufe der 1890er-Jahre zu modifizieren. Dadurch löste er sich vom dogmatischen Glauben an den theoretischen Teil des Erfurter Programms. Seine Erkenntnisse, die er ab 1896 in einer Schriftenreihe mit dem Titel „*Probleme des Sozialismus*“ veröffentlichte, liefen darauf hinaus, dass viele Erwartungen seiner Parteigenossen und vor allem die August Bebels, die sich aufgrund der kautskyschen dogmatischen Vorstellungen entwickelt hatten, nicht eintreten würden:

1. Es werde sicher in absehbarer Zeit keinen „Kladderadatsch“ [Bebel] geben; ein Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch sich verstärkende Krisenentwicklungen sei nicht zu erwarten.
2. Eine Verelendung der Volksmassen sei nicht eingetreten; die Lage der Arbeiterschaft habe sich sogar eher verbessert.
3. Die Arbeiterschaft sei keine homogene, einheitliche Menge; im Gegenteil differenziere sie sich stetig weiter aus.
4. Die [von Marx im Kapital I] prognostizierte regelmäßige Entwicklung hin zu Großbetrieben und die Vernichtung der Kleinbetriebe werde nicht in der vorhergesagten Form stattfinden. Tatsächlich sei das Geschehen sehr viel komplexer.
5. Statt der Proklamation eines ständigen Klassenkampfes ‚wir gegen sie‘ gebe es die Notwendigkeit, mit progressiven bürgerlichen Kräften Kompromisse eingehen zu müssen.
6. Die ungelöste Agrarfrage stelle ein Problem dar, und das bedürfe einer spezifischen undogmatischen Lösung für das Eigentum der Kleinbauern an Grund und Boden.
7. Der Staat und dessen Selbstverwaltungskörper seien weiterhin unverzichtbar, ebenso Beamte zur Ausübung der Staatsgewalt.
8. Die Partei müsse sich bei Wahlen und im Parlament konstruktiver verhalten und sich zu einer Volkspartei weiterentwickeln.
9. Der marxische Materialismus benötige eine ethische Unterlegung. Diese nannte Bernstein ein „*moralisches Bewußtsein*“.
10. Die behauptete Determiniertheit/Naturnotwendigkeit der Prozesse sei tatsächlich nicht gegeben. Sie schliege der „*Wirklichkeit ins Gesicht*“.
11. Sozialismus heiße für ihn „*in letzter Instanz*“ Demokratie,¹⁵ *Selbstverwaltung*.

15 Große, ja zentrale Bedeutung hat bei Bernstein sein Verständnis des Begriffes Demokratie. Die Benennung ‚Volksherrschaft‘ sei dafür unzureichend. Demokratie sei die Abwesenheit von Klassenherrschaft und sie sei Mittel und Zweck zugleich. So sei sie das Mittel zur Erkämpfung und gleichzeitig die Form der Verwirklichung des Sozialismus. Die Unterdrückung von Minderheiten durch die Mehrheit sei undemokratisch. In dem heutigen Begriff Demokratie liege eine

12. Im Bedarfsfall müsse es eine sinnvolle Anwendung von demokratischer Gewalt geben; der politische Massenstreik könne durchaus ein Mittel im Kampf um zentrale politische Werte, wie beispielsweise das Wahlrecht, sein.

Die Artikelfolge in der Neuen Zeit gipfelte in einer Aussage, die bis heute vor allem in seiner Kurzform bekannt ist und daher besser im Gesamtzusammenhang zitiert werden soll:

„Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinbin unter ‚Endziel des Sozialismus‘ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Verwirklichung dieses Fortschritts.“

Die behutsam-kritische Sicht auf bestimmte marxische Vorstellungen (in kautskyscher Interpretation) fand 1899 in *„Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“* ihre Zusammenfassung; ein Werk, das bis heute in vielen Sprachen der Welt gelesen wird. Bernsteins Erkenntnisse erhielten das Label ‚Revisionismus‘ angeheftet und er hat das etwas widerspenstig toleriert. Seine Überlegungen¹⁶ riefen eine Reihe von Gegnern auf den Plan. Als die wichtigsten erwiesen sich sein Freund Karl Kautsky, der Parteivorsitzende August Bebel, ein großer Teil der dogmatisch orientierten Parteimitte und natürlich die Parteilinke, die vereinfacht unter dem Namen Rosa Luxemburg subsummiert werden kann.

Bernstein wurde in der Folge in der Partei von vielen Genossen als Parteischädling gesehen. Auf den Parteitag in Stuttgart 1898, stärker noch in Hannover 1899 und am heftigsten 1903 in Dresden musste sich Bernstein stärksten Widerstands erwehren.

Rechtovorstellung eingeschlossen, die davon ausgehe, dass alle Angehörigen eines Gemeinwesens gleichberechtigt seien. Darin finde die Herrschaft der Mehrheit, worauf in jedem konkreten Fall die Volksherrschaft hinauslaufe, ihre Grenze. Ein gesundes demokratisches Leben bedürfe des Wechsels der Zusammensetzung der Mehrheiten und sei daher ohne weitgehende Rechte der Minderheiten undenkbar. Für Bernstein war das parlamentarische System unter Nutzung des Repräsentativsystems das sinnvolle und geeignete Verfahren, den Volkswillen zur Geltung zu bringen. Direkte Formen der Demokratie betrachtete er eher mit deutlicher Zurückhaltung, weil er die Verführbarkeit der Massen kannte und fürchtete. Bei ernsthafter Gefährdung der demokratischen Errungenschaften, beispielsweise bei Einschränkungen des Wahlrechts, sah er sogar das Mittel des politischen Massenstreiks als legitime Abwehrmöglichkeit an (EB S. 1690).

16 Lesetipp für Bernsteins Sicht auf die theoretischen Sozialismus-Grundlagen in späterer Zeit: Der Sozialismus einst und jetzt. Streitfragen des Sozialismus in Gegenwart und Vergangenheit. Zweite, vermehrte Auflage. Berlin: 1923.

Tatsächlich konnte August Bebel lediglich Parteitagbeschlüsse gegen den Revisionismus und gegen Bernstein persönlich mit allerdings großen Mehrheiten initiieren. Dabei vermied Bebel es, offen einen Parteiausschluss anzustreben, um die Spaltung der Partei zu verhindern. Der Anteil von Parteitagsdelegierten, die sich für Bernstein aussprachen, war nicht sehr groß, allerdings war etwa ein Drittel der Delegierten dem Revisionismus gewogen.

Die abweichende Sicht Bernsteins vom ‚Mainstream‘ der Partei und vor allem von Kautsky/Bebel führten dazu, dass Bernstein Ende April 1900 aus der Redaktion von *Die Neue Zeit* austrat. Allerdings hatte er eine (fast) adäquate Ersatzlösung: er veröffentlichte bereits ab Januar 1900 in den *Sozialistischen Monatsheften* des Herausgebers Josef Bloch, der Autoren der reformatorisch-revisionistischen Linie gern zu Wort kommen ließ.

Bernsteins Autorentätigkeit in diesem Organ bestand bis Dezember 1914. Er beendete aus eigenem Antrieb seine Bindung, weil Bloch und weitere Autoren stark antienglisch eingestellt waren, und man im Krieg seine verständnisvolle Haltung den Kriegsgegnern gegenüber nicht mehr akzeptieren wollte.¹⁷

Drei wichtige Detailfragen der Sozialdemokratie im Kaiserreich

Massenstreik

Diese Streikform war in der Sozialdemokratie spätestens seit den 1890er-Jahren ständig wiederkehrendes Thema. Bernstein mied gerne die in der Diskussion meistgebrauchten Begriffe General- oder Massenstreik, sondern nutzt häufig die Formulierung „*politischer Streik*“, was dem Arbeitskampf eine klare Rolle zumaß, die nicht in Richtung Lohnerhöhung oder Verbesserung der Arbeitsbedingungen wies, sondern unter besonderen politischen Umständen eine spezifische Aktion des Klassenkampfes bedeutete. Als Bedingungen nannte Bernstein schon 1894 „*eine geschulte Arbeiterschaft, [und] das Vorhandensein guter Arbeiterorganisationen*“, die in der Lage sein müssten, auf die unorganisierten Arbeiter bestimmenden Einfluss zu nehmen. Seine Haltung war damit Rosa Luxemburg näher als den Deutschen Gewerkschaften, die mittlerweile (Mannheimer Abkommen) für die SPD (fast) gleichrangige Partner waren.

17 Der Herausgeber Josef Bloch verfolgte nicht erst ab diesem Zeitpunkt eine nationale oder gar nationalistische Agenda. Bereits 1905 hatte Richard Calwer in den *Sozialistischen Monatsheften* die Idee eines kontinentalen Europas beschrieben, konkret der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Länder, „ausgenommen bleiben England und Russland“, als einzige Möglichkeit Deutschlands, um „seine wirtschaftliche Position zu behaupten und zu kräftigen.“ Das bedeutete eine besonders enge Bindung an Frankreich. Genau das war auch Blochs Ziel. Er teilte die Abneigung gegenüber den Engländern und er war einer protektionistischen Haltung, wie sie Calwer und Schippel vertraten, sehr verbunden (EB S. 921).

Agrarpolitik

Bernstein sah drei Hauptaufgaben, die die Sozialdemokratie gegenüber der Landbevölkerung zu erfüllen habe:

- Bekämpfung aller noch vorhandener Reste und Stützen der Grundbesitzerfeudalität und Kampf für die Demokratie in der Gemeinde und dem Distrikt.
- Schutz und Entlastung der arbeitenden Klassen in der Landwirtschaft.
- [Moderate] Bekämpfung des Eigentumsabsolutismus und Förderung des Genossenschaftswesens.

Alle Punkte untermauert Bernstein mit detaillierten Vorstellungen, die insbesondere in

- der Abschaffung alter Privilegien, einer deutlichen Stärkung der demokratischen kommunalen Selbstverwaltung [mit Enteignungsmöglichkeiten],
- einem starken Arbeiterschutz,
- einer demokratischen Bodenreform mit Einschränkungen des privaten Bodenbesitzes,
- der Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens zu sehen seien. [Voraussetzungen IV d II Agrarfrage].

Kolonialismus

Bernsteins spätere revisionistische Sicht auf den Kolonialismus war in der Partei hochumstritten. Er stimmte dem Vorschlag des französischen Sozialistenführers Jean Jaurès (einem Bernstein-Bruder im Geiste) zu. Jaurès verfolgte eine Art positive sozialistische Kolonialpolitik,

- die kriegsverhindernd angelegt sein sollte,
- zweitens *„überall für die besiegten Völker und die unterworfenen Rassen die humanste Behandlung und die größten Sicherstellungen“* verlangte und
- versuchte, die ökonomischen Faktoren stärker zu internationalisieren.

Die Besetzung tropischer Länder müsse den Eingeborenen keinen „Schaden an ihrem Lebensgenuß“ bringen, so Bernstein. *„Zudem kann nur ein bedingtes Recht der Wilden auf den von ihnen besetzten Boden anerkannt werden. Die höhere Kultur hat hier im äußersten Falle auch das höhere Recht. Nicht die Eroberung, sondern die Bewirthung des Bodens giebt den geschichtlichen Rechtstitel auf seine Benützung.“* Bernstein berief sich dabei auf Karl Marx, der im Band III des *„Kapitals“* sage, dass niemand persönlich *„Eigenthümer der Erde“* sei, sondern nur deren Nutznießer.

Rückkehr nach Deutschland / Abgeordneter im Reichstag

Im Februar 1901 konnte Bernstein endlich nach Berlin zurückkehren. Bereits

1902 zog er für Breslau-West in den Reichstag. Seine Schwerpunkte in der Parlamentsarbeit lagen in der Handels-, Zoll- und Außenpolitik; hier bemühte er sich insbesondere um den Schutz von Minderheiten und um eine Friedenspolitik. Bereits 1897 kritisierte er in der *Neuen Zeit* die Menschenrechtsverletzungen der Türkei mit dem Begriff „*armenische Greul*“ und ergriff 1902 in den *Germania-Sälen* vor 1.500 Menschen leidenschaftlich für das armenische Volk Partei. Ebenso prangerte er die Leiden der rumänischen Juden an. In der deutschen Armee beklagte er die Behandlung von wirklichen oder vermeintlich Andersgläubigen, in den Möglichkeiten, Offizier werden zu können. Und immer wieder wandte er sich gegen den wabernden Antisemitismus (teilweise auch in der SPD). Auf diese Weise erarbeitete er sich eine nachhaltige Position als Abgeordneter, eckte aber gelegentlich mit seinen revisionistischen Ansichten bei den Breslauer Wählern an, die eher dem kautskyschen Marx-Dogma zuneigten.

Bernstein war nie in Leitungsgremien eingebunden und hat sich auch nicht darum beworben.

Die revisionistischen Anfeindungen und die von einer Parteimehrheit empfundene Bedrohung durch den Revisionismus schwächten sich in der Folge immer mehr ab. Die einstigen engen Freunde Bernstein und Kautsky näherten sich ab den Jahren 1911/12 langsam wieder an und fanden erneut zu einer Freundschaft zurück, die bis an das Lebensende Bernsteins hielt.

Journalist

In den ersten Jahren nach seiner Rückkehr nach Deutschland betätigte sich Bernstein als Herausgeber:

- 1901-1905 gab er die bibliografisch orientierten *Dokumente des Sozialismus* heraus;
- 1904 erschien für ein halbes Jahr *Das neue Montagsblatt*, eine Zeitung, die die Erscheinungslücke des *Vorwärts* am Montag füllen sollte.

Aber Bernstein war wegen seiner theoretischen Ansichten nicht bei allen Parteigenossen wohlgekommen und so gab es viele Widerstände, die ziemlich sicher durch Teile des Parteivorstandes (August Bebel und Paul Singer), vor allem aber von Karl Kautsky und der revolutionär orientierten Rosa Luxemburg und deren Anhängern gestützt und getragen wurden.

Kommunalpolitiker

Anfang 1910 gelang Bernstein in einer fünfjährigen parlamentarischen Reichstagsauszeit von 1907-1912 der Einstieg in die Kommunalpolitik in seinem Wohnort

Schöneberg. Dort war er bis 1919 Stadtverordneter und weitere zwei Jahre nahm er die Aufgaben eines unbesoldeten Stadtrats wahr.

Arbeit für den Frieden

In der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg arbeiteten die SPD und damit auch Eduard Bernstein noch bis wenige Tage vor dem Ausbruch des Großen Krieges mit Massendemonstrationen gegen die aufziehende Kriegsgefahr und für den Frieden. Die Regierung schaffte es dennoch, am 3./4. August 1914 einen großen Teil der SPD-Fraktion und so auch Eduard Bernstein, von der Notwendigkeit eines Kriegseintrittes und der Gewährung von Kriegskrediten zu überzeugen.

Allerdings widersprach schon beim zweiten Verlangen von Kriegskrediten im Dezember 1914 im Reichstagsplenum Karl Liebknecht dem Ansinnen der Regierung. Die Vorgänge bei der völkerrechtswidrigen Besetzung Belgiens, die Verwüstungen in Löwen und deutsche Kriegsverbrechen an der Ostfront brachten auch Eduard Bernstein sehr bald dazu, sich innerhalb der SPD-Fraktion mit anderen Genossen gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten zu stellen.

Mit dem weithin wahrgenommenen Postulat „*Das Gebot der Stunde*“ wandten sich Hugo Haase, Karl Kautsky und Eduard Bernstein 1915 öffentlich gegen den Angriffskrieg, den Burgfrieden und weitgreifende Annexionspläne. Und sie forderten eine schleunige Beendigung des Krieges.

Außenpolitik und Völkerrecht

Im Rahmen einer Diskussion in der Partei forderte Bernstein im Interesse der großen arbeitenden Mehrheit des deutschen Volkes einen Kriegsschluss, der in einen Friedensvertrag münden müsse, der sich in Fragen des Rechts und der Beziehungen der Völker, den Grundsätzen zu entsprechen habe, wie sie im Programm der sozialdemokratischen Partei, den Beschlüssen der Parteitage und der internationalen Sozialistenkongresse niedergelegt seien.¹⁸ Oberster Grundsatz in

18 Konkret: die Haager Staatenkonferenzen müssten zu einem dauerhaften „internationalen Staatenverband“ zur Festlegung internationalen Rechts und für internationalen Schiedsspruch ausgebaut werden. Die Haager Schiedseinrichtungen müssten zu einem ständigen internationalen „Staatengerichtshof“ weiterentwickelt werden. Staaten, die ihre Konflikte mit anderen nicht bilateral lösen könnten, sollten verpflichtet werden, ihr Anliegen vor diesen Staatengerichtshof zu bringen. Alle beteiligten Staaten unterlägen der Verpflichtung, keinen Krieg oder kriegerische Maßnahmen gegen einen Mitgliedsstaat einzuleiten, solange nicht der Staatengerichtshof die Möglichkeit erhalten habe, den Streitfall zu schlichten. Jeder Verstoß dagegen zöge nach sich, dass die anderen Vertragspartner diesen Staat als feindlich anzusehen und zu behandeln hätten. Krieg und Frieden dürften nur durch die Volksvertretungen, also die Parlamente, entschieden werden. Geheimverträge seien zu verbieten. Das Völkerrecht sei in Bezug auf die Kriegsführung und den Schutz der Zivilbevölkerung auszubauen und zu verschärfen. Weiter seien Gei-

den Völkerbeziehungen sei das nationale Selbstbestimmungsrecht. Bernstein sah ein umfassendes System der Kriegsverhinderung vor. Dazu müsse vorderhand das internationale Recht ausgebaut und gekräftigt werden.¹⁹

Wegen seiner Abweichung vom Mainstream der Partei führte Bernsteins Weg

- im März 1916 in die *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft / SAG* und
- Anfang 1917 in die *Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands / USPD*.

Das Kriegsende und die Novemberrevolution erlebte er als USPD-Mitglied. Mit seiner Haltung zur Kriegsschuld, die er den deutschen Militärs und dem Kaiser zuwies, geriet er in der SPD in eine deutliche Minderheitssituation, ja man hielt ihn in Teilen für einen ‚Spinner‘. Unbeirrt focht er diesen Kampf bis an sein Lebensende.

Bernstein hat die Spaltung der Partei nie akzeptieren wollen. Kurz vor Weihnachten 1918 bemühte er sich, ohne aus der USPD auszutreten, zeitgleich um die erneute SPD-Mitgliedschaft. Die USPD erließ daraufhin einen Unvereinbarkeitsbeschluss, so dass Bernstein ab März 1919 ‚nur‘ in der SPD beheimatet war.

Die Revolutionsidee Bernsteins

Eduard Bernstein hatte eine eigene Vorstellung von einem Revolutionsgeschehen. Dabei beeinflusste seine „*revisionistische Wendung*“ diese Einstellung stark. Marx und Engels hätten statt der wirklichen Verhältnisse „*den bloßen Willen zur Triebkraft der Revolution*“ gemacht und alle Bedürfnisse des modernen Wirtschaftslebens vollständig außer Acht gelassen. Bernstein differenziert zwischen zwei großen Strömungen in den sozialistischen Bewegungen:

Die eine erscheine je nach den Zeitverhältnissen utopistisch, sektiererisch und friedlich-evolutionistisch. Dabei knüpfe sie an Reformvorschläge an und sei auf das **Aufbauen** ausgerichtet.

Die andere Richtung, die als konspiratorisch, demagogisch und terroristisch erscheine, schöpfe ihre Inspirationen aus revolutionären Volkserhebungen und ziele im Wesentlichen auf das **Niederreißen** ab. Diese Richtung sei blanquistisch vorgeprägt.

selnahmen, das Seebeuterecht, die Erhebung von Kriegskontributionen und das System der Vergeltungsmaßnahmen aufzuheben. Eine ständige Kommission müsse die Maßnahmen der kriegführenden Parteien auf Einhaltung der Behandlung von Kriegsgefangenen und internierten Zivilpersonen überprüfen können. Die ‚Internationalisierung‘ der länderübergreifenden Eisenbahnverbindungen und der Wasserstraßen sei ebenso notwendig, wie die Einführung des Systems der ‚offenen Tür‘ für alle Kolonien und Schutzgebiete. Alle diese Maßnahmen seien in die Verfassungen der Vertragsstaaten einzufügen (EB S. 1072).

19 Dowe, Dieter (Hrsg.): Protokolle der Sitzungen des Parteiausschusses der SPD. 1912 bis 1921. Band I. Mit einer Einleitung von Friedhelm Boll. Berlin, Bonn: Dietz 1980, S. (196)-(197).

Der Beigeordnete Bernstein

Die Revolutionsregierung 1918 hatte, mangels Planung und eigener Kräfte, die Fachebenen in den einzelnen Ministerien beibehalten und bei einigen wichtigen Ressorts dem (alten) Fachminister einen Beigeordneten an die Seite gestellt, der diesen Fachmann ‚beaufsichtigen‘ sollte. Den ehemaligen Bankangestellten Bernstein hatte man dem Staatssekretär im Reichsschatzamt Eugen Schiffer beigeordnet. Mit ihm (und vice versa) kam Bernstein sehr gut zurecht.²⁰

Wie gefährlich in den Tagen des Januaraufstandes 1919 das Leben eines Beigeordneten in den Büros am Wilhelmplatz sein konnte, kann einer knappen Meldung in einem Extrablatt des *Vorwärts* vom 11.01.1919 entnommen werden. Das *Vorwärts*-Gebäude in der Lindenstraße 3 in Kreuzberg und weitere wichtige Einrichtungen, wie das Polizeipräsidium am Alexanderplatz, war von Anhängern der KPD und der USPD besetzt worden, die die Wahl zur Nationalversammlung verhindern wollten und die Errichtung einer Räterepublik forderten. Also musste das Extrablatt des *Vorwärts* extern gedruckt werden. Überall in der Innenstadt musste mit Waffengebrauch gerechnet werden, aber natürlich nicht in den Büros des Schatzamtes. „Genosse Eduard Bernstein ist glücklicherweise einer Lebensgefahr entronnen. Eine Gewehrkegel schlug in sein Arbeitszimmer im Reichsschatzamt am Wilhelmplatz, während er und sein Bruder darin weilten.“ Das Geschoss flog etwa einen Meter über Bernsteins Schreibtisch und schlug in einen Aktenband in einem Wandregal ein, „wo sie [die Kugel] noch in den Akten ihrem revolutionärem Beruf tüchtig Genüge leistete.“²¹

Görlitzer Programm

1921 entstand unter führender Beteiligung Eduard Bernsteins das deutlich revisionistisch orientierte ‚Görlitzer Programm‘. Es hatte allerdings durch die Vereinigung von USPD und SPD zur *Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands / VSPD* nur eine kurze Überlebensdauer bis 1925 zum ‚Heidelberger Programm‘. So konnten Bernsteins Vorstellungen letztendlich erst 1959 im Godesberger Programm nachhaltig zur Geltung kommen.

20 Schiffer war der Ansicht, dass diese Regierung keine sofortige Sozialisierung vornehmen werde und hatte dieses am 9.11.1918 vor der Berliner Handelskammer in einer Rede erklärt. Die Volksbeauftragten hatten ihn sogar autorisiert, „allen Banken, Sparkassen und Kreditinstituten, ‚die Weiterarbeit auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form‘“ zuzusichern. Für beide Haltungen hatte Bernstein volles Verständnis gezeigt. Seiner Meinung nach war die Verstaatlichung von Betrieben eine enorm komplexe Angelegenheit in einer hochentwickelten Industriegesellschaft und es bedürfe daher einer gewissen Zeit, wenn denn Sozialisierungen überhaupt stattfinden müssten.

21 Extrablatt *Vorwärts* Nr. 5 v. 11.01.1919.

Sachverständiger in Kriegsfolgenfragen

Während der Weimarer Republik wurde Eduard Bernstein in drei Bereichen in Sachen Krieg / Kriegsfolgen als Beteiligter eingesetzt bzw. eingeplant:

- In der *Kommission Schücking*.

Sie befasste sich mit ‚Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung von Kriegsgefangenen‘.

- *Im Beirat der Friedensdelegation für Versailles*.

Bernstein beendete seine Mitwirkung an dieser Aufgabe sehr bald ohne überhaupt nach Versailles fahren zu können, da er seiner Auffassung nach nicht zum Handeln gekommen wäre. Er habe festgestellt, dass diese Großkaufleute und Großindustriellen mit denen er dort zusammengekommen sei, „eigentlich in der Politik Kleinkrämer sind, daß sie die Grundsätze, die sie im Geschäftsleben beachten, in der Politik nicht verstehen. Man wollte an allem herumkramen und hat sich damit das Spiel verdorben.“

- Als **Sachverständiger in Kriegsursachenfragen**.

Bernstein urteilte zu Fragen der deutsch-englischen Beziehungen zur Kaiserzeit. Er kam zu dem Schluss, dass die deutsche Politik die große Charakterprobe, die Dinge zu sehen, wie sie waren „und sich den Notwendigkeiten der Lage zu unterwerfen“ nicht bestanden habe. Dabei benannte er ausdrücklich den deutschen Kaiser Wilhelm II. und dessen Weltmachtgehebe und Flottenbestrebungen.

Tod Regina Bernsteins, Suizid Käte Chajes und Bernsteins Krankheit

Der Tod seiner Frau Regina 1923 und der Suizid seiner Tochter Käte Chajes 1925 beeinträchtigten den Schöneberger Sozialdemokraten nachhaltig. Ab dem späten Frühjahr 1923 ließ ihn die Fraktionsspitze im Reichstag bis zu seinem Ausscheiden 1928 nicht mehr als Redner im Plenum sprechen. Bernstein war keine Führernatur. Er hatte weder in der Partei noch in der Fraktion eine leitende Position inne und mit der Zeit stand er mit seinen oft pointierten Positionen den Fraktionsgenossen ‚im Wege‘.

Alfred Grotjahn, sozialdemokratischer Arzt und Gesundheitspolitiker, schreibt über Eduard Bernstein: Der „hochbetagte, aber immer noch sehr rüstige“ Schöneberger Genosse sei ohne Zweifel, „die ehrwürdigste Erscheinung innerhalb der Fraktion“ gewesen. Bernstein, der „das volle Vertrauen der verehrten Kirchenväter des deutschen Sozialismus genossen hatte,“ sei eine lebendige Chronik der Partei gewesen, dessen Kenntnisse bis in die Zeit vor dem Sozialistengesetz Bismarcks zurückgereicht hätten. „Seiner großen persönlichen Wertschätzung entsprach jedoch nicht mehr sein politischer Einfluß, der innerhalb der Fraktion nur mäßig“ gewesen sei. Er habe „in den Fraktionssitzungen komplizierte Erörterungen und komplizieren-

de Vorschläge [vordoziert], die mit Achtung angehört aber niemals befolgt wurden. An politisch gefährlichen Tagen wurde der alte Herr geradezu überwacht, damit er nicht in seiner Ehrlichkeit und Offenheit Abgeordneten anderer Parteien gegenüber plaudert und der eigenen Partei zum grand-père terrible wurde.“

Im Parlament wurden Zwischenrufe zu seinem Markenzeichen. 1925 erlitt Bernstein einen ersten Schlaganfall. Ab diesem Zeitraum war er bis zu seinem Tod 1932 auf die Hilfe einer Pflegerin und Haushälterin angewiesen. Er erholte sich soweit, dass ihm Schreibarbeiten und der regelmäßige Besuch des Reichstags möglich wurden. In dieser gesamten Zeit war Bernstein trotz aller Einschränkungen in Zeitungen, Zeitschriften und als Redner und Agitator weiter tätig und präsent. Zum 75. und 80. Geburtstag wurden ihm Anerkennung und Lob für seine Person und sein Wirken in der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie gezollt.

Tod und Beisetzung

1932 gab es über sechs Millionen Arbeitslose. Paul von Hindenburg wurde erneut zum Reichspräsidenten gewählt. Der Reichstagswahlkampf 1932 erlebte eine Gewaltwelle, die ihren Höhepunkt im ‚Altonaer Blutsonntag‘ Mitte Juli mit 18 Toten fand. Die NSDAP stellte Ende Juli 1932 die eindeutig größte Fraktion. Die Nazis standen in, nicht vor der Tür.

Am 18. Dezember 1932 starb Eduard Bernstein gegen 14.00 Uhr in der Bozener Straße 18, seiner Wohnung seit dem letzten Kriegsjahr, an Altersschwäche. Die Meldung über den Tod des international bekannten und anerkannten Schöneberger Sozialdemokraten verbreitete sich schnell in ganz Deutschland und weit darüber hinaus. Die beiden Parteivorsitzenden Otto Wels und Hans Vogel suchten am Montag, den 19.12.1932, das Trauerhaus in Schöneberg auf.

Am Freitag, den 6. Januar 1933, verabschiedeten die gesamte Arbeiterbewegung und befreundete demokratische Kräfte Eduard Bernstein mit der Beisetzung seiner Asche auf dem Friedhof Maxstraße. Dieser gewaltige Demonstrationszug wurde zur letzten großen sozialdemokratischen Veranstaltung vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten in Berlin.

Wenige Tage später, am 30. Januar 1933, ergriffen die Nationalsozialisten die Herrschaft in Deutschland. Sie setzten auch Bernsteins Werke auf den Index der verbotenen Bücher.

Nachher

Heute befindet sich das Grab Eduard Bernsteins auf dem Friedhof Eisackstraße in der Nähe des Innsbrucker Platzes. Nach einigen Jahren, in denen man ver-

säumt hatte, den Ehrengrabstatus des Berliner Senats zu verlängern, gelang es, diesen doch wieder bestätigt zu bekommen. Zudem hat der Bezirk Tempelhof-Schöneberg an Bernsteins Wohnhaus eine Gedenktafel anbringen lassen. Um die Grabpflege kümmern sich hilfsbereite und geschichtsbewusste Genossinnen aus dem Bezirk Friedenau. Bei Auflassung des Friedhofes wäre eine Umbettung auf den Sozialistenfriedhof Friedrichsfelde in direkter Nähe zu seinem Freund Ignaz Auer eine angemessene und verdiente Lösung.

Eduard Bernstein hat von seiner Partei insbesondere nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute nicht die Anerkennung erhalten, die er verdient hat. In Staaken, einem Ortsteil von Spandau, gibt es ein winziges 130 m langes Straßenstück, das nach Bernstein benannt worden ist, während seine totalitären, räterepublikanisch und kommunistisch orientierten (zeitweisen) ‚Parteifreunde‘ lange und prominente Straßenzeilen und Hauptstraßen mit ihren Namen schmücken dürfen. Selbst in der SPD ist lediglich einem kleinen Teil der Mitgliedschaft der für die Entwicklung der Partei hin zu einer modernen Sozialdemokratie zentrale Genosse Eduard Bernstein ein Begriff.

Zusammenfassung

Bernstein hat, von Gotha kommend, aktiv über Erfurt und Görlitz, den Weg für das Godesberger Programm geebnet und frei gemacht. Damit hat er als erster das moderne sozialdemokratische Politikverständnis formuliert:

- Unter Wahrung des Erbes von Marx und Engels, so Bernsteins Selbstverständnis, unter Beachtung der gesellschaftlichen Realitäten, also einer permanenten Gesellschaftsanalyse, was die stete Revision aller sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Theorien, auch die von Marx, bedeutet (Revisionismus), hat der Schöneberger Sozialdemokrat die Sozialdemokratie,
- weg von einer „revolutionären Diktatur des Proletariats“, die ihm eine jakobinische Anarchie war, wie sie schon Marx im „Kommunistischen Manifest“ vertreten hatte,
- auf den Weg zu einer kompromissorientierten demokratischen Sozial- und Gesellschaftspolitik gebracht,
- um damit mittel- bis langfristig zu einem – von einer Mehrheit gewollten – konstruktiven demokratischen Sozialismus zu kommen, in dem kurzfristiges Profitstreben und unlegitimierte Machtkonzentration zurückgedrängt werden müsse.
- Dabei solle die Politik auf eine reformpolitische Praxis der globalen Humanität und einer durchgehenden Demokratisierung aller Lebensbereiche (Reformismus) ausgerichtet sein,
- weg von jeglicher imperialistischer Außenpolitik unter der Inkaufnahme von

Krieg,

- bei Wahrung des Selbstverteidigungsrechtes jeder Nation, hin zu internationaler Verständigung auf Basis des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und einer friedenspolitischen Orientierung, wie sie die SPD traditionell pflegt.
- Dabei solle sich die SPD von einer Klassen- zu einer Volkspartei wandeln.
- Gewerkschaften und Genossenschaften seien auf diesem Wege unverzichtbare inhaltliche und organisatorische Partner.

Tatsächlich war es Bernstein, der die Freiheit für alle Andersdenkenden und nicht nur für die revolutionsgläubigen Genossinnen und Genossen erkämpfen wollte, und mit seinen Mitteln der Feder und des Wortes hat er genau dafür ein langes Leben lang ohne Eitelkeit und immer mit fairen Mitteln gekämpft. Sein Motto war: Der Weg ist das Ziel.

Klaus Leesch

Zentrale Quelle, neben den Nachweisen in Fußnoten, dieses Textes ist: Leesch, Klaus: Eduard Bernstein (1850-1932). Leben und Werk. Frankfurt/New York: campus 2024. Zitiert als EB.

Zur Person: Klaus Leesch, Dr. phil., ist Diplom-Bibliothekar, Pressearchivar und Historiker und lebt in Berlin.

Berichte

„Digitale Arbeitswelten“. Die 59. Internationale Konferenz der HistorikerInnen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen vom 26. - 28. September 2024 in Linz

Der idyllische Blick auf die Stadt Linz und die sie umgebende Donauschleife war durch den Blick vom über der Stadt gelegenen Jägermayrhof zunächst ungetrübt. Doch so aktuell wie die Wetterkapriolen in Österreich, Polen und Tschechien gestaltete sich die Themenstellung der 59. ITH in Linz. Hier ging es um „Digitale Arbeitswelten“ und ihre Vorgeschichten, rückblickend bis in die Keimzeit der Entstehung der Computerisierung nach dem Zweiten Weltkrieg, wenngleich der Betrachtungsschwerpunkt auf den 1980er- und 1990er-Jahren lag, den Jahrzehnten der „klassischen“ Computerisierung und Digitalisierung der Produktion und der Wissenstransfers. Die Vorbereitungsarbeit hatten neben der ITH-Präsidentin Therese Garstenauer (Wien), Gleb Albert (Luzern), Julia Gül Erdogan (Berlin), Michael Homberg (Potsdam), Stefan Müller (Friedrich Ebert-Stiftung/Bonn) und Laurin Blecha (ITH-Generalsekretär/Wien) übernommen. Die Arbeiterkammern von Oberösterreich und Wien, die Österreichische Gesellschaft für politische Bildung, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Stadt Linz ließen die bewährte Unterstützung zuteilwerden.

Vor der Konferenz fand die ITH-Generalversammlung statt. Nach dem Arbeitsbericht und dem Finanzbericht sowie dem Bericht der Revisoren wurde der bisherige Vorstand einstimmig entlastet. Finanziell steht die ITH auf soliden Füßen. Therese Garstenauer wurde als ITH-Präsidentin genauso wiedergewählt wie ihre Stellvertreter Marcel van der Linden und David Mayer. Auch Laurin Blecha wurde als Generalsekretär und Kassierer einstimmig bestätigt. Gleiches galt für die Wahl der Revisoren, des Kuratoriums und des Wissenschaftlichen Beirats. Die Planung der 60. bis 62. ITH-Konferenzen wurde vorgestellt, die Calls for Papers befinden sich in der Vorbereitung.

Therese Garstenauer eröffnete die 59. ITH-Konferenz mit rückblickenden Bemerkungen auf die Gründung der ITH 1965, schließlich steht das 60. Jubiläum 2025 bevor. Sie unterließ es nicht darauf hinzuweisen, dass das Gebiet um den Jägermayrhof im Februar 1934 Schauplatz der bewaffneten Kämpfe zwischen den Arbeiterwehren („Republikanischer Schutzbund“) und dem austrofaschistischen Dollfuß-Regime war und es zahlreiche Tote auf Seiten der politischen Linken gab. Die Rechtsentwicklung hat schließlich auch Österreich aktuell nicht umgangen. Die Arbeiterkammer Oberösterreich als Mitgastgeber hielt ein Grußwort, die

Stadt Linz ließ die Teilnehmenden begrüßen und richtete traditionell das Abendessen aus.

Das Impulsreferat hielt Mar Hicks (University of Virginia/USA) zum Thema „Geschichte der Arbeit und der Informatik neu gedacht“. Fakt ist, Frauen standen am Beginn der Computerisierung an zentralen Positionen als Programmiererinnen etc., wurden aber nach und nach abgedrängt. Dies erleichterte die Nutzung der Informatik zugunsten unternehmerischer und strategischer Interessen. Heutzutage, im Zeitalter von Künstlicher Intelligenz, racial and sexual profiling etc., dienen die technischen Möglichkeiten vornehmlich den Interessen von Herrschaft und Profitmaximierung, rufen aber immer stärker den Widerstand hervor. Mar Hicks mahnte dringlich zum Widerstand gegen die Entmündigung und Überwachung. Fast schon symbolisch zogen am Abend über Linz dunkle Regenwolken auf.

Der 2. Tag begann mit einem Eröffnungsvortrag von Jamie Woodcock (London). Er fragte, was der Marxismus über die Spieleindustrie aussagen könne, wobei Marx selbst in einem Videospiele auftauchte. Viele wichtige Hinweise und Erkenntnisse konnte Woodcock vermitteln, so zur historischen Funktion von Spielen im Kontext von Herrschaft und Krieg, auch zur Herausbildung einer neuen Klasse von Spielarbeitern, zu Möglichkeiten subversiver Zweckentfremdung, zur Selbstausschöpfung und von den Unternehmern geförderter Individualisierung, sowie zur sich in den letzten Jahren herausbildenden Tendenz autonomer Organisation und zu den sich seit 2018 sichtbar häufenden Arbeitskämpfen. Dieser Vortrag war gewiss ein Höhepunkt der Konferenz. Ihm folgten die Panels I bis IV, beginnend mit „Wissensnetzwerken im digitalen Zeitalter“. Eugene Sensenig berichtete über Netzwerkbildungen im Kontext von Emigranten aus dem Libanon und bezog sich auf die vielen Krisen des Landes und die Versuche, es an die globalen Prozesse anzuschließen, um die Fähigkeit zu Good Governance zu stärken. Ilse Lenz (Bochum) gab Auskunft über Digitalisierung und Reorganisation von Ungleichheiten besonders durch den Vergleich von Geschlechterbildern in der alten BRD und in Japan und über feministische Initiativen zur selbstorganisierten Wissensproduktion. Um paramilitärische Start-ups in der Tschechoslowakei als autonome Hard- und Softwareproduktion im realen Sozialismus als Gegen Tendenz zur ineffektiven staatlichen Computerisierung ging es in dem Vortrag von Jaroslav Svelch (Prag), der ebenfalls auf die subversive Wirkung und, wie die vorausgehenden Beiträge, auf die letztlich dominante Rolle der Männer abstellte (Panel II). Im III. Panel trugen *Anna Baumann* (Bern) und *Christiane Barth* (Graz) Wissenswertes über weibliche Büroarbeit und die dominante männliche Sicht über Fragen des Gesundheitsschutzes bei Bildschirmarbeit (BRD/Schweiz) oder die Rollenverteilung im Büro (Lateinamerika) vor. Bridget Kelly (Witwatersrand) schloss mit einer Betrachtung über die Computerisierung im apartheidlichen Südafrika und die weiße Vorherrschaft bei klassischer Rollenzuweisung an.

Digitale Kompetenzen standen im Fokus des IV. Panels, den Tim Schinschick (Braunschweig) über den holprigen Beginn der Informatikausbildung von Lehrern in Baden-Württemberg einleitete. Anna Katharina Osterlow (Paris) rekonstruierte die Versuche insbesondere von IBM, in Afrika neue Multiplikatoren zur Anwendung und Verbreitung ihrer Computer heranzubilden und wies auf die Widerstände gegen diese Indienstnahme hin. Soziologische Aspekte fanden Eingang bei Walpurga Friedl/Ernst Langthaler (Linz), die die divergenten Diskurse in Zeitschriften österreichischer Arbeitgeber und der Gewerkschaften und Arbeiterkammern auswerten, um festzustellen, dass die neoliberal bestimmten Diskurse vor allem der Kapitaleseite nutzen. Zum Abschluss wurde ein Dokumentarfilm über die Computerisierung der Druckindustrie vorgeführt: „Umbruch“ von Wolfgang Schlumpf (1987).

Der Schlusstag begann mit einem Vortrag von Timo Leimbach (Aarhus) über das Scheitern von Versuchen im Rahmen der EG und der Bundesrepublik, eine automatisierte Softwareproduktion als Antwort auf die technischen Vorsprünge der USA und Japans zu fördern. Als Lehre erwuchs daraus, den Faktor Mensch bei der Softwareproduktion stärker in den Vordergrund zu rücken. *Michele Santoro* (Rom) beschäftigte sich mit der sukzessiven Einführung von Automatisierung und Computerisierung im italienischen Sozialversicherungssystem seit 1948. Auf ihn folgte als letzter Konferenzvortrag Lucas Santos Souza (Rio de Janeiro) mit seiner Studie über die Auswirkungen von Apps auf die Lebensmittelkurier in Brasilien, besonders in Rio. In über 120 Interviews mit Kurierfahrern ermittelte er, dass die Anwendung einer App für die Organisation der Kurier vor allem größere Unfallgefahren, längere Arbeitszeiten, sinkende Einkünfte und einen Verlust von Autonomie durch die Kontrollwirkung der App mit sich brachte. Dennoch gibt es auch bei ihnen Formen des Protestes und der Arbeitskämpfe, die z. B. nicht Streiks, sondern „Unterbrechungen“ genannt werden. Außerdem wurden internationale Vernetzungen entwickelt, auch zu deutschen Lieferdienstkurieren, denken wir an die Praxis von „Lieferando“.

Die Abschlussdiskussion erbrachte die Übereinstimmung, dass die 59. Konferenz eine interessante thematische Bandbreite besaß und viele wichtige Aspekte zur Sprache brachte wie die Ungleichheit, die Benachteiligung von Frauen und Minderheiten, Auswirkungen von Kolonialismus und Rassismus sowie den Fortgang von Ausbeutung mit erneuerten Methoden. Dass die klassischen Industrien zu wenig einbezogen waren, lag auch an der mangelnden Rückmeldung auf die thematischen Anreize im Call for Paper. Mit diesem Resümee schloss Therese Garstenauer die Konferenz und lud zur 60. Tagung im September 2025 ein.

„Politische Objekte“? Die 54. Konferenz der International Association of Labour History Institutions (IALHI)

Auf der Konferenz der IALHI im September 2024 standen erstmalig politische Artefakte im Mittelpunkt des Interesses. In der Generalversammlung des weltweiten Netzwerks wurde vor dem Beginn der Konferenz vor allem über eine Abfrage unter den Mitgliedern beraten. In dieser wurde die weiterhin jährliche Konferenz in Präsenz eindeutig als Kern des Netzwerkaustauschs bestätigt, aber zugleich ein stärker digitaler Austausch eingefordert, neben dem seit einigen Jahren bestehenden Arbeitszusammenhang zur digitalen Langzeitarchivierung. So wurde beschlossen, ab 2025 digitale Kurzmeetings (Brown Bag Lunches) zu veranstalten, in denen in maximal 60 Minuten ein Thema behandelt werden soll, zu dem sich alle interessierten Mitglieder bzw. Mitarbeitende aus den Organisationen direkt austauschen können.

Dass die Konferenz in Präsenz weiterhin das Zentrum des Netzwerks bildet, zeigte sich an der hohen Teilnehmendenzahl von mehr als 80 Personen an den beiden Tagen. Der erste Tag fand bei der ausrichtenden Organisation La Contemporaine (früher Bibliothèque de documentation internationale contemporaine, BDIC) bei Paris statt. Er wurde von Mitgliederpräsentationen dominiert, die sich allerdings bereits größtenteils dem Thema der Konferenz „Dealing with ‚activist artefacts‘ (products of the workers’ movement and social movements: Conservation, Valorisation, History)“ widmeten. Darin ging es um alle erdenklichen Fragen rund um die Sammlung, Bewahrung, Verzeichnung und Erforschung von Objekten. Gleich in den ersten Präsentationen ging es um die Frage danach, wie Objekte in Nachlässe und Organisationsbestände Eingang finden und wie der Umgang damit ist. Als Beispiele seien der Nachlass der japanischen Feministin Hiratsuka Raicho (im Ohara Institute for Social Research), der queeren Gewerkschaftsaktivistin Jackie Lewis (TUC Library Collections) oder die Ausstellung und Forschungsmöglichkeiten an den Objekten im Arbeitermuseum Kopenhagen genannt. Daneben wurde u. a. das Digitalisierungsprojekt „Labour’s Memory“ mit Berichten internationaler Gewerkschaftsverbände zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und ca. 1990 vorgestellt, die ab Sommer 2025 online zugänglich sein und auch als Korpus für Fragen der digital humanities zur Verfügung stehen sollen.

Um sich besser in das Thema einer kooperativen Arbeit an Objekten, deren Bereitstellung und Erforschung einzufinden, stellten sich in einem eigenen Panel zwei Projekte oder Netzwerke vor. Während der französische Arbeitszusammenhang MATOS (Mémoire, Archive et Transmission des Objets militants) schon seit Jahren zusammenarbeitet, befand sich das EU-finanzierte Projekt „ACTI-

VATE“ noch in der Startvorbereitung. MATOS zielt darauf, die Artefakte der Arbeiterbewegung in ihrer Materialität und ihren Entstehungsbedingungen sowie Verwendungspraktiken zu untersuchen, um neue Perspektiven auf die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung und die Mobilisierung der Arbeiter:innenschaft zu gewinnen. ACTIVATE ist eine Art Fortsetzung dieser Fragestellungen in einem europäischen Zusammenhang, in dem darauf abgezielt wird, Sammlungs-, Sicherungs- und Forschungszusammenhänge zwischen Aktivist:innen, Archivar:innen und historisch Forschenden transnational europäisch und v. a. interdisziplinär anzugehen. Das Marie-Curie-Programm sieht einen Austausch vor, der sich sowohl mit der Sammlungsgeschichte seit dem 19. Jahrhundert bis zu aktuellen Fragen der Sammlung ephemerer digitaler Objekte auseinandersetzt, der Definition eines „politischen Objekts“ und seiner Verzeichnung in interoperabler Perspektive widmet und dabei auch Forschungsfragen zur Migration von Objekten und Objektideen und der Nutzung bzw. dem Einsatz der Objekte nachgeht. In den folgenden Präsentationen externer Gäste wurde beispielsweise anhand des Museums der Labiner Republik (Kroatien) vorgestellt, wie die neue Nutzung zuvor vergessener Objekte zu einer neuen Erinnerungskultur beiträgt bzw. wie in Italien ein Forschungsnetzwerk mit gleich zwei Beiträgen zu Museen des Risorgimento ältere Sammlungen durch die Erforschungen der (falsch beschriebenen) Objekte selbst neue Kenntnisse für das Museum erhalten bzw. neue kommunale Museen diese Objekte neu entdecken. Ein weiteres Beispiel mit den dreidimensionalen und audiovisuellen Hinterlassenschaften einer Frauengruppe (Banner, Flyer, Fotos, Interviews), die sich gegen die Schließung des Bergbaus in der kanadischen Provinz Nova Scotia 1999/2000 organisiert hatte, zeigte die Möglichkeiten, wie Deindustrialisierung Mobilisierungen auslöst und in eine Bewegung mündet, die eine eigene Geschichte bildet.

All diese Fragen zu den Zeichen politischer und sozialer Bewegungen (der Linken) fanden sich in dem zweiten Tag der Konferenz wieder, die im Max-Weber-Gebäude der Universität Nanterre stattfand. Nach einer forschungsorientierten Keynote einer (politischen) „Material History“ durch die Historikerin Carlotta Sorba folgten vier Panels, die sich an den verschiedenen Dimensionen der Auseinandersetzung orientierten. So entbrannten gleich in dem ersten Panel zur Definition Auseinandersetzungen darüber, ob Waffen als politische Objekte gelten dürfen und was eigentlich davon auszustellen sei bzw. ob industriell hergestellte Objekte großer Organisationen (Stoffbeutel z. B.) überhaupt als „politisches“ Objekt gelten dürften. Im folgenden Panel zur Sammlung der Objekte wurde u. a. eine sehr spezifische Bannersammlung der Gewerkschaft der Gerüstbauer in Australien im Archiv Jack Munday vorgestellt. Im Panel zur Konservierung und dem Erhalt von Objekten wurden handwerklich-technische Fragen anhand verschiedener Beispiele thematisiert. In der Logik der Prozesskette der Bearbeitung

stand als nächstes die Erschließung auf dem Programm der Tagung. Hier wurde vor allem deutlich, wie sehr sich die verschiedenen Metadatenysteme unter den Objektarten (AV, 3-D-Artefakte aller Art) unterscheiden und wie zusätzlich verschiedene nationale Pfadabhängigkeiten in der Beschreibung eine internationale Zusammenarbeit erschweren. Konkret deutlich wurde dies anhand der Frage, wie man diese Daten zusammenführen könnte. Es müssen zudem weitere Arbeitsressourcen für so manche Objektbeschreibung aufgewendet werden, wenn dem Objekt nicht selbst eine erkennbare Definition als „politisch“ eingeschrieben ist. Damit kam die Konferenz am Schluss auf die Eingangsfrage zurück, was eigentlich unter einem „politischen Objekt“ verstanden werden kann. Jenseits einzelner Zuschreibungen, die selbst wiederum von einem politischen Standpunkt abhängig sein mögen, zeigte sich, dass sich eine offene Definition als produktiv erweist und zudem die Frage der archivarischen Kooperation in Sachen Metadaten für die Erforschung geboten ist.

Nach den zwei Tagen mit dicht gedrängtem Programm von 30 Präsentationen bildete der obligatorische Ausflug am Samstag in das Museum Albert Kahn eine schöne Abwechslung: Dort befindet sich das beeindruckende „Archiv des Planeten“, wie der Philanthrop es zwischen 1909 und 1931 betrieben hatte, als er Fotografen rund um den Globus schickte, um Alltägliches und Besonderes visuell mit einer der ersten Farbkameras einzufangen.

Anja Kruke

Miszelle

Annedore Leber (1904-1968) – Kämpferische Sozialdemokratin im Widerstand gegen den Faschismus¹

Es war Annedore Leber, die viele Jahre die Kohlenhandlung in der Torgauer Straße in Berlin Schöneberg führte. Von dort aus hatte sie mit Julius Leber (1891-1945) Kontakte zu Widerstandskämpfer*innen unterschiedlicher politischer Richtungen aufgebaut. Nach 1945 prägte Annedore Leber als Berliner Stadtverordnete, Bezirksverordnete und Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses den demokratischen Wiederaufbau der Stadt Berlin mit. Ihr Engagement galt dem Einsatz für Demokratie und für die Zukunft der Jugend. Nie wieder sollte sich der Nazifaschismus wiederholen. Aber auch der Widerstand sollte vor dem Vergessen bewahrt werden. In den 1950er-Jahren baute Annedore ein Berufsbildungswerk für sozial benachteiligte Jugendliche, insbesondere für junge Frauen auf.

Wer war Annedore Leber?

In die Geschichtsschreibung ist sie v. a. als Mitwiserin der Pläne von Julius Leber eingegangen. Wie so viele Frauen berühmter Männer war sie weit mehr als die „Frau an seiner Seite“ oder „die Ehefrau von Julius“, wie es in den meisten Veröffentlichungen zu lesen ist.

Kindheit und Jugend (1904-1926)

Annedore Rosenthal wurde am 18. März 1904 in Berlin-Wilmersdorf in eine gut bürgerliche und gut katholische Familie hineingeboren. Sie genoss – wie auch ihr Bruder Helmut – eine typische konservative und strenge, aber behütete Erziehung. Ihr Vater Georg Rosenthal (1874-1934) war Oberstudiendirektor und als Schulreformer bekannt, die Mutter Auguste vermutlich Hausfrau. „Alles wurde mir aus dem Weg geräumt“, schrieb Annedore rückblickend. „Ich wuchs in jeder Hinsicht umhütet und gesichert heran. Was für mich und meine Entwicklung gut erschien, galt als selbstverständlich garantiert, so wie es eben in der wohlgeordneten Welt der Privilegien üblich war.“² 1914 war die Familie nach Fürstenwalde gezogen, weil der Vater die Leitung des dortigen Gymnasiums übertragen bekommen hatte. Vier Jahre später zogen sie weiter nach Lübeck, wo der Vater zum Direktor

-
- 1 Vortrag anlässlich der Tagung des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ am 22.3.2024 in Hamburg: „Verfolgte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Erinnerung bewahren – Demokratie stärken“.
 - 2 Zit. nach: Bettina Michalski: Louise Schroeders Schwestern. Berliner Sozialdemokratinnen der Nachkriegszeit, Bonn 1996, 158 f.

des humanistischen Gymnasiums berufen wurde. Wegen der Schulwechsel hatte Annedore keine Probleme, weil sie nie eine öffentliche Schule besuchte, denn der Vater unterrichtete das Mädchen selbst. Nach dem externen Abitur 1922 begann sie in München Jura zu studieren. Nach dem fünften Semester brach sie das Studium ab, ging nach Berlin und entschloss sich, einen Ausbildungsberuf zu erlernen. Den Abbruch des Studiums erklärte sie später damit, dass es ihr den „Druck, nur Halbes getan zu haben,“ vermittelt hätte. Sie würde eine „den Tag erfüllende Arbeit“ bevorzugen, erklärte sie ihren Eltern und absolvierte eine Schneiderinnenlehre, erlernte also einen für die damalige Zeit typischen Frauenberuf. Später sollte das ihrer Familie zugutekommen. Der Einblick in die sozialen Verhältnisse anderer Menschen ließ sie an der scheinbar heilen Welt ihrer Kindheit zweifeln. „Wer hatte die Schranken zwischen reich und arm aufgerichtet, wer das Recht der Auslese verfügt, wer durfte für sich in Anspruch nehmen, soziale Almosen an die Stelle des Menschenrechtes zu setzten?“, fragte sie sich und andere.

Heirat und erste politische Arbeit (1927-1933)

In Berlin traf sie Julius Leber, der ihr schon aus Lübeck flüchtig bekannt war. 1927 heiratete sie – gegen den Willen ihrer Eltern – den aus einer kleinbürgerlichen Familie stammenden Journalisten, damals Chefredakteur des *Lübecker Volksboten* und seit 1924 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. Sie lebte mit dem „roten Leber“ einige Jahre in Lübeck, wurde im gleichen Jahr selbst Mitglied der SPD und besuchte 1928 ihre erste Maidemonstration. Die Tatsache, dass sie bereits bei der ersten Wahl, die sie ausüben durfte, ihre Stimme den Sozialdemokrat*innen gab, weil sie sich mit ihrem Wunsch, sich für mehr Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit einzusetzen, bei der SPD am besten verorten konnte, zeigt, dass sie schon bevor sie Julius kannte, mit den Sozialdemokrat*innen sympathisierte.

Kampf gegen den Faschismus (1933-1937)

Sie kämpfte bereits vor 1933, also vor der Machtübergabe an die Nazis gegen den sich ausbreitenden Faschismus. Nachdem Julius sofort nach dem Beginn der Nazi-Diktatur verhaftet und in „Schutzhaft“ genommen wurde, musste Annedore, die in der Zwischenzeit geborenen Kinder Katharina (1929-2008) und Matthias (1931-1963) allein versorgen. 1935 zog sie mit den Kindern nach Berlin, weil Julius nicht nach Lübeck zurückkehren konnte. In Berlin hatte sie persönliche und politische Freunde, darunter Gustav Dahrendorf (1901-1954), Ludwig Schwamb (1890-1945), Ernst von Harnack (1914-1945). Zur Sicherung ihrer Existenz legte sie die Meisterprüfung im Schneiderhandwerk ab, eröffnete ein kleines Geschäft

und brachte so sich und ihre Kinder durch die schweren Zeiten.

Bis 1937 war Julius Leber in verschiedenen Gefängnissen und Konzentrationslagern inhaftiert. Annedore tat neben der alltäglichen Arbeit in der Schneiderei und der Sorge für die Kinder alles in ihrer Macht stehende, um ihm das Leben hinter Gittern zu erleichtern und versuchte hartnäckig zunächst die Umwandlung der Schutzhaft in reguläre Untersuchungshaft zu erreichen, was erst lange nach dem Prozess im Juli 1933 gelang. Sie versuchte weiter, seine Befreiung zu erreichen, indem sie Briefe schrieb und Bittgänge unternahm. Sie wandte sich an den Reichsinnenminister, an die Gestapozentrale, an den Inspekteur der Konzentrationslager, an Himmler, an Hitler. Meist erhielt sie keine Antwort.

In ihren Briefen, die sie sich während Lebers Inhaftierung schrieben, reflektierten sie ihren Lebensentwurf. Julius Leber schrieb aus der Haft: „Der Absturz und der Riss in meinem Leben war notwendig. Denn die große Gefahr zog schon drohend herauf, dass mein Leben einfach eine Versorgung für mich und meine Familie würde, ohne große weitere Kämpfe, Wagnisse und Gefahren. Um schließlich in einem bescheidenen Pensionsdasein im Kreis der Enkelkinder endgültig zu verrotten. Und ich wäre zeitlebens die Scham vor mir selber nicht losgeworden: das also ist das Resultat dieses Lebens, das mit solchem Sturm, solchem Willen und solchem Anlauf begann? Und der einzige Trost: Bier und Zigarren.“ Annedore mag über diese Haltung zunächst erschrocken sein, aber sie konnte sie verstehen. Schließlich hatte sie es nicht immer leicht mit Julius. Auch die Tochter Katharina bezeichnete das Zusammenleben ihrer Eltern, soweit sie das erleben konnte, als „nicht ganz glücklich“. Annedore hätte daran gedacht, sich scheiden zu lassen. In der Zeit der Haft entstand jedoch eine große Nähe zwischen den beiden. Für Annedore stellten sich durch die Faschistisierung neue Aufgaben: „Man sollte es nicht für möglich halten: Ich werde allmählich ein Asyl für Trostbedürftige, denen es rein äußerlich gesehen meist besser geht als mir. Warum kommt man gerade zu mir? Es kann doch wohl nur so sein, dass man spürt, dass mein Leben von einer Idee erfüllt ist und von ihr getragen wird, also, will man doch wohl von mir das, was man Mut und Kraft nennt,“ schrieb sie in einem Brief vom 6. Juni 1933 ins Gefängnis. Für Julius Leber wurde sie vom „Saulus“ zum „Paulus“, nachdem sie – durch die Beziehung zu ihm – über die emotionalen Beweggründe ihres bisherigen Widerstandes hinaus zu ihrer sozialdemokratischen Überzeugung gelangt war. „Mein lieber Paulus“ – so sind viele Briefe aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern von Julius an Annedore Leber überschrieben.³ Er selbst unterschrieb oft mit Jülie oder Julie.

Annedore schickte ihm Manuskriptpapier, Tinte und Federhalter, Streichhölzer und Lebensmittel, Zeitungen und Bücher, wie er es auch in seinen Briefen verlangte. Schließlich gelang es ihr, dass Julius am 5. Mai 1937 nach viereinhalb

3 Warum er einen Männernamen für sie gewählt hat, weiß man nicht wirklich.

Jahren in Konzentrationslagern, davon ein Jahr in Dunkelarrest, aus dem KZ Sachsenhausen entlassen wurde.

Eine Kohlenhandlung in Schöneberg

Sofort nach seiner Entlassung setzten beide ihre Widerstandsarbeit scheinbar ungebrochen fort und nahmen die alten politischen Kontakte wieder auf. Als Journalist oder Politiker konnte Julius nun nicht mehr arbeiten. Mit der Hilfe von Gustav Dahrendorf fand er in der Kohlenhandlung Bruno Meyer Nachf. in Berlin-Schöneberg, Torgauer Straße 7, Arbeit als Kohlenhändler; 1939 wurde er Teilhaber des Betriebes. Durch die Verbindung zu den sozialdemokratischen Freunden fand er später zum Kreisauer Kreis. Die unauffällige Kohlenhandlung war bald nicht nur Mittel zu einem Mindestmaß an materieller Sicherheit, sondern wurde zum idealen konspirativen Treffpunkt für die widerständigen GenossInnen und ab 1943/44 vor allem für die „führenden Köpfe“ der Verschwörergruppe des 20. Juli, zu deren engerem Kreis Julius Leber gehörte. Selbst sozialdemokratische Freunde kannten die Lebers nur als Kohlenhändler. Daneben arbeitete Annedore im Büro des Deutschen Verlags, wo sie die Schnittmusterabteilung leitete. Mit Schnittmustern verdiente der Verlag damals viel Geld, weil viele Frauen ihre Kleidung und die ihrer Kinder selbst nähten.

Arbeit im Widerstand gegen den Nationalsozialismus (1937-1945)

Julius Leber beteiligte sich mit den oppositionellen Militärs und dem Kreisauer Kreis⁴ an den Vorbereitungen für den Umsturz des Nazi-Systems und den Planungen des Attentats vom 20. Juli 1944. Lebers wichtige Rolle lässt sich ablesen, wenn man erfährt, dass er für die Zeit nach dem Sturz des Regimes als Reichsinnenminister vorgesehen war. Stauffenberg hätte ihn angeblich am liebsten als Reichskanzler gesehen.

Am 24. März 1944 wurde das Grundstück der Kohlenhandlung durch Bomben schwer getroffen und das Gebäude schwer beschädigt. Das Büro zog gegenüber in das Erdgeschoss des beschädigten Hauses, während der Betrieb weiterlief. Aus den Umsturz-Hoffnungen wurde nichts. Vierzehn Tage vor dem Anschlag auf Hitler wurde Julius Leber anlässlich eines konspirativen Treffens mit Widerstandskämpfern, von denen einer ein Spitzel war, am Abend des 5. Juli 1944 in der Kohlenhandlung von der Gestapo verhaftet. Annedore musste eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen.

Sie sollte verhört werden, schlief allerdings vor dem Verhör im Vorzimmer ein,

4 Benannt nach dem Gut des Grafen von Moltke in Kreisau in Sachsen, in dem mehrere konspirative Treffen stattfanden.

weil sie so erschöpft war und wurde wieder frei gelassen. Nach dem missglückten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 wurden zwischen sechshundert und siebenhundert Personen, darunter auch Annedore Leber, verhaftet. Sie kam am 7. August 1944 mit den meisten anderen Frauen der Widerstandskämpfer ins Frauengefängnis Moabit in „Sippenhaft“. Rund neun Wochen saß sie im Gefängnis Moabit in Berlin ein, ohne verhört zu werden. Die Kinder der Widerstandskämpfer wurden aus ihren Familien genommen und in ein Kinderheim in Bad Sachsa verschleppt. Dort mussten sie ihre richtigen Namen ablegen, bekamen fremde Namen zugewiesen und sollten dann in NS-treuen Familien nationalsozialistisch erzogen werden. Damit wollten die Nazis die Erinnerung an den Widerstand auslöschen. Noch 1944 wurden die Kinder wieder nach Hause entlassen. Der Grund dafür ist bis heute nicht bekannt. Annedore konnte ihre Kinder nach der eigenen Entlassung aus der Familie eines Gestapo-Mannes zurückholen. Wieder versuchte sie auf endlosen Behörden- und Bittgängen die Freilassung ihres Mannes zu erreichen. Andere Frauen der Verschwörer des 20. Juli 1944 wurden ebenso aktiv. In einem letzten Briefwechsel versicherten sich Julius und Annedore Leber ihrer großen Liebe. Annedore schrieb: „Glaube und vertraue mir: Durch den großen Reichtum unserer Ehe habe ich die Kraft und die Stärke, die das Schicksal von mir fordert. Und Deine tiefe Kraft, die mir aus Deinen wunderbaren Worten entgegenflutet, trägt und stützt mich heute und in den Jahren, die vor mir liegen.“ Julius Leber wurde nach schweren Folterungen, die ihn nicht zum Sprechen bringen konnten, am 5. Januar 1945 in Plötzensee hingerichtet.

Nachlassverwalterin des Widerstands (1945-1968)

Die letzten Monate des Zweiten Weltkrieges verbrachte Annedore Leber zurückgezogen in Berlin. Anfang der 1950er-Jahre ließ Annedore Leber das Gebäude der Kohlenhandlung auf den alten Fundamenten etwas solider wieder aufbauen. Sie führte die Kohlenhandlung bis zu ihrem Tode. Das war nicht nur aber auch ein symbolischer Akt. Einerseits betrieb sie die Kohlenhandlung weiter, weil sie Geld brauchte. Andererseits vergaß sie nicht, dass sie versprochen hatte, Kraft und Stärke zu bewahren. Der durch die sowjetischen Truppen aus dem Zuchthaus Brandenburg-Görden befreite Gustav Dahrendorf soll sie ermutigt haben, Politikerin zu werden.

Sie verstärkte ihre Aktivitäten in der SPD und wurde im Oktober 1945 bis zum Zusammenschluss von SPD und KPD die Leiterin des Frauensekretariats und Mitglied des (ausschließlich männlich besetzten) Zentralausschusses der SPD in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Im Februar 1946 trat sie von diesem Amt zurück, um bei der Urabstimmung über die Frage der Vereinigung zwischen SPD und KPD zur SED mit zu kämpfen. Die Abstimmung am 31. März 1946

erbrachte in den Westsektoren eine überwältigende Ablehnung der sofortigen Vereinigung. Im gleichen Jahr wurde Annedore Leber Mitglied im Hauptausschuss „Opfer des Faschismus“ und der ersten Stadtverordnetenversammlung in West-Berlin. Dort hielt sie am 29. Juni 1948, wenige Tage nach dem Beginn der Berliner Blockade, eine Rede, mit der sie gemeinsam mit Lucia Krüger (1901-1986 / CDU) und Ella Barowsky (1912-2007) von der Liberalen Demokratischen Partei (LDP) um Unterstützung eines Appells an die Vereinten Nationen bat. „Möge die Welt diese Stimmen hören und sich ihrer Verantwortung bewußt werden!“ schrieb die damalige amtierende Oberbürgermeisterin der Stadt, Louise Schröder (1887-1957) in ihrem Vorwort zur Broschüre, die die Debattenbeiträge der drei Frauen zusammenfasst. Die Stadt Berlin war nicht nur abgeriegelt, ihr Parlament war auch an der Ausübung seiner demokratischen Pflichten gehindert worden. Es war abzusehen, dass die Versorgung über die Luftbrücke nicht ausreichen würde. In einer Rede bezog sich Annedore Leber auf die Zeit des Nationalsozialismus: „Wer ein Prinzip hat, darf nicht meinen, daß altes Unrecht durch neues Unrecht gesühnt werden kann. Er darf auch nicht einmal dulden, daß neues Unrecht begangen wird, umso weniger, als nämlich dem deutschen Volk von der freien demokratischen Welt zu Recht der Vorwurf gemacht wird, es habe stillschweigend Übeltaten und Menschlichkeitsvergehen geduldet und sich dadurch mitschuldig gemacht.“

Annedore Leber hatte viele Ämter inne, die hier nicht alle aufgezählt werden können. 1949 unterbreitete sie praktische Vorschläge „im Kampf gegen die immer bedrohlicher werdende Unsicherheit in der ‚Sowjetzone‘. Sie schlug u. a. vor, einen „Ausschuss für Menschlichkeitsfragen, der sich aus erfahrenen und bewährten Kämpfern gegen die in der Sowjetzone herrschende Unmenschlichkeit zusammensetzt“ zu gründen. Zu seinen Aufgaben sollte die Sammlung der Namen verschleppter Personen, die Nachforschung nach deren Verbleib, die Sicherung sozialfürsorglicher Maßnahmen für die Familienangehörigen, Anschub von Hilfsmaßnahmen, Internationalisierung der Suche und Klärung rechtlicher Fragen gehören.

Die Frauen der Widerstandskämpfer sind sehr unterschiedlich mit ihren Erfahrungen umgegangen. Annedore war eine der ersten, die über den deutschen Widerstand zu sprechen und zu schreiben begann. Sie machte sich zur Nachlassverwalterin des Widerstands. Sie fasste den Entschluss, sicherzustellen, dass die Männer des Widerstands nicht vergebens gestorben sein sollten und nicht vergessen werden sollen: Sie wollte die Ideen, für die Julius Leber und andere und nicht zuletzt auch sie selbst gekämpft hatten, für den neuen (west-)deutschen Staat fruchtbar machen. Einige Genossen der SPD, u. a. Willy Brandt (1913-1992), der Leber aus dessen Lübecker Zeit kannte, unterstützten sie dabei. Drei Jahre nach dem Aufstand vom 20. Juli 1944 wehrte sie sich dagegen, dass „Übereifrig“

den Tag bereits zum „Aufstand des Militärs“ abgestempelt hatten. Sie fand, dass durch solche Berichte das Unternehmen der Männer des 20. Juli „nicht nur in den Reihen unseres Volkes, sondern auch in den Augen der Weltöffentlichkeit diskreditiert“ wurde. Ihr lag daran zu vermitteln, „daß sich (...) aus allen Schichten des deutschen Volkes Menschen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus zusammenfanden, ein Tatbestand, der gerade im Hinblick auf den Vorwurf der Welt gegen das deutsche Volk nicht unterschätzt werden darf“. Das schrieb sie in der Lübecker *Freien Presse* vom 20. Juli 1947. Mit den Informationen einer Widerstandskämpferin, sozusagen aus erster Hand, wollte Annedore darüber informieren, dass es auch widerständige Deutsche gab. Auch wollte sie dem damals bereits verbreiteten Schweigen über die zwölf Jahre der nazifaschistischen Herrschaft und der bagatellisierenden Einstellungen von MittäterInnen und MitläuferInnen gegenüber den Massenmorden eine kritische Position entgegensetzen. Der Jugend wollte sie nahebringen, dass „der höchste Lebenszweck des Menschen in einem verantwortungsvollen Wirken für die Mitwelt liegt.“ Dazu brauche der junge Mensch „nicht nur das Wissen um historische Auseinandersetzungen früherer Perioden, sondern auch das Wissen um aufwühlende Geschehnisse aus unserer jüngsten Vergangenheit“, schrieb sie später.

Bereits 1946 erschien in Berlin ihr Buch: „Den toten, immer lebendigen Freunden – Eine Erinnerung zum 20. Juli 1944“. Ihr Buch „Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand“, das sie gemeinsam mit dem Politologen Karl Dietrich Bracher und mit Willy Brandt erarbeitet hatte, erschien zehn Jahre nach dem Attentat auf Hitler in ihrem eigenen Verlag. Den Titel hat sie vermutlich gewählt, um darauf hinzuweisen, dass es für alle, die im Widerstand arbeiteten, ein höheres Recht als das Strafgesetzbuch gibt. Ebenso wie mit dem 1962 erschienenen Buch: „Das Gewissen entscheidet – Berichte des deutschen Widerstandes von 1933 – 45 in Lebensbildern“. Diese Bände fanden durch die teilweise erschütternden Bilddokumente und die Lebensläufe der Personen aus dem Widerstand und deren Einordnung in die sozialen und historischen Zusammenhänge große Aufmerksamkeit in Teilen der Öffentlichkeit und wurden auch von anderen Verlagen aufgenommen. Sie behandelte darin viele Aspekte des deutschen Kampfes gegen die Nazi-Herrschaft und berücksichtigte den Arbeiterwiderstand ebenso wie den des Militärs und der ChristInnen und Kommunist*innen, der Intellektuellen oder der Mitglieder politischer Splittergruppen. Ihnen allen setzte sie ein Denkmal zu einer Zeit, in der sich die Republik bereits angeschickt hatte, die jüngste deutsche Vergangenheit mit dem Mantel des Schweigens zu verhüllen.

Bemerkenswert ist vor allem in ihren frühen Veröffentlichungen, die sie den bis dahin fast vollständig unbeachtet gebliebenen Frauen und Kindern der Opfer, den Witwen und Waisen, die das NS-Regime verursacht hatte, widmete. Sie schildert

dort Lebensumstände, die Frauen, wie auch sie selbst, und ihre Kinder hatten er-leiden müssen. Es waren Frauen, die „nicht kapituliert haben“, Frauen, die „stär-ker blieben als die Gestapo“, wie sie 1952 in einem Zeitungsartikel schrieb. Ihre Veröffentlichungen können leider nicht alle aufgezählt werden.

Am 28. Oktober 1968 starb Annedore nach längerer Krankheit in Berlin. Im Waldfriedhof Zehlendorf befindet sich ihr Grab. Die Kohlenhandlung wurde von der Tochter verkauft.

Schlussbetrachtungen

Annedore Leber hinterließ eine große Anzahl von Zeitungsartikeln und Redema-nuskripten. Um sie nicht zu sehr zu glorifizieren, schließlich war auch ihr Le-ben voller Brüche und Widersprüche, möchte ich zuletzt ihre Tochter Katharina Christiansen-Leber (gestorben 2008) zu Wort kommen lassen. Sie beschrieb 1994 in einem Artikel zum fünfzigsten Jahrestag des 20. Juli 1944 ihre zunehmend kritische Haltung gegenüber dem „Heldentod“ des Vaters: „Als Vater zum Tod verurteilt worden war, wollte Mutter uns mit einem Satz trösten, den er ihr bei seinem letzten Besuch mit auf den Weg gegeben hatte: ‚Jetzt kann ich für meine Kinder nichts mehr tun, als für sie zu sterben.‘ Ich war damals sehr jung, sehr unglücklich; aber es war ein erhebendes Gefühl, einen Vater zu haben, der den Tyrannenmord angezettelt hatte. [...] Mit den Jahren wurde ich der ganzen Sache gegenüber immer kritischer. Ich fand heraus, dass Vater am allerwenigsten für meinen Bruder und mich, sondern für die anderen Deutschen, die den Krieg überlebt hatten, gestorben war. Auch für Nazis und Mitläufer. [...] Mein Bruder hat das schlecht verkraftet; er nahm sich später das Leben. Ich selbst hatte meine Last mit den Ansprüchen, die von allen Seiten an mich gestellt wurden. Nichts, was immer ich anfang, war eines Heldenvaters würdig, den ich nicht mal mehr zur Verantwortung ziehen konnte. Hat er doch die Ehre der Nation dem Glück seiner Familie vorgezogen. Eine Nation, die sich zwar heute mit ihm schmückt, aber seine Ziele – Toleranz, Mut, Gleichheit, Brüderlichkeit – nur notgedrungen ernst nimmt. So gesehen, geliebter Vater, bist du umsonst so schrecklich gestorben.“ Das ist ein hartes Urteil. Vielleicht hat Annedore mit ihren Veröffentlichungen ihre Helden zu sehr glorifiziert. Auch die Biografien der „Helden“ haben Brüche. Schließlich hatte sich Julius Leber aus „Liebe zum Vaterland“ freiwillig für den Kriegeinsatz zum Ersten Weltkrieg gemeldet. Das war nicht ungewöhnlich. Auch Kurt Schuhmacher und andere wichtige SPD-Genossen haben das getan. Leber ist nach dem Kapp-Putsch aus der Militär-Karriere ausgestiegen und hat für die Demokratie gekämpft. Das gälte es zu würdigen. Jedoch wäre es nicht notwen-dig gewesen, dass zum 50. Jahrestag der Hinrichtung (zu dem auch der Artikel der Tochter geschrieben wurde), die größte deutsche Kaserne der Bundeswehr in

Berlin nach Julius Leber benannt wurde. Zufällig ist die Adresse der Kurt-Schumacher-Damm im Wedding. Darauf hatten weder Julius noch Annedore Leber Einfluss, auch Schumacher nicht, weil sie alle tot waren. Die Tochter war bei der Benennung dabei. Nicht zufällig ganz in Schwarz. Es ist nicht bekannt, wie sich Annedore zur Wiederaufrüstung der Bundesrepublik verhielt. Als der Widerstand zahlreicher SPD-Genossen gebrochen war, wurde Annedore nach der Gründung der Bundeswehr am 12. November 1955, eine von 38 Mitgliedern des für die höheren Offiziere zuständigen Personalgutachterausschusses für die Streitkräfte. Erst am 16. September 2016 wurde ein Grünzug in der Nähe der Kohlenhandlung in Annedore-Leber-Park umbenannt.

Gerade wegen dieser Ambivalenzen ist es umso wichtiger, dass dort wo die Kohlenhandlung war, ein Lern- und Gedenkort entsteht.⁵ Die Initiative geht von der Geschichtswerkstatt Schöneberg aus. Der *Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber* soll ein Gesamtstädtischer Erinnerungsort für zivilgesellschaftlichen Widerstand werden und an die Menschen erinnert werden, die hier ein und aus gingen. Das Gebäude soll zum Treffpunkt für Information, Bildungsarbeit und Veranstaltungen werden.

Gisela Notz

⁵ Mitglieder und Vorstand unseres Förderkreises besuchten am 23. Oktober 2024 den entstehenden Lern- und Gedenkort und informierten sich über die Initiativen der Geschichtswerkstatt Schöneberg.

Aus dem Vereinsleben

Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2024 Vorlage zur 34. Jahresmitgliederversammlung am 26.4.2025

Das Geschäftsjahr 2024 wurde weiterhin von den internationalen Krisen und den sozialen Folgen des Eingreifens der Politik in die allgemeine Lage beeinflusst. Dies kam in den Editorials der Hefte 65 und 66 zum Ausdruck.

Insgesamt konnte der Förderkreis auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen, die *Mitteilungen* haben sich auf einem hohen Qualitätsstandard behauptet. Weitere Veranstaltungen des Förderkreises konnten realisiert werden. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich 2024 sowohl auf die wissenschaftliche und kulturelle Publizistik als auch auf die Begleitung der Debatte um die Zukunft der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv.

1. Öffentlichkeitsarbeit

1.1. Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung (MFK)

Im März und September erschienen die Hefte 65 und 66 der Mitteilungen unter der redaktionellen Federführung von Elke Reuter und Alexander Amberger. Unterstützt wurde die Redaktion von Jochen Gester (Satz/Layout) und Rainer Knirsch (Korrektur) vom Verlag DIE BUCHMACHEREI. Die Auflage stabilisierte sich bei 200 Exemplaren, die vollständig ausgegeben bzw. veräußert werden konnten. Unsere Zeitschrift leistete auch im letzten Jahr weitere Beiträge zu den Debatten zur Geschichte der DDR, zur deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, zum Widerstand gegen die NS-Diktatur, zur Friedensbewegung und zur Nachkriegsgeschichte im Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten. Dazu trugen die dokumentierten Quellen, Dokumente, Vorträge und Forschungsberichte (Gisela Notz, Alicia Gorny, Siegfried Prokop, Thomas Schubert) wie auch Diskussionsbeiträge, Besprechungen, Interviews und Berichte bei. Den öffentlichen Vortrag vor der 33. Jahresmitgliederversammlung am 27.4.2024 hielt Dr. Gisela Notz (Berlin).

Fortgesetzt wurde das Vorstellen von Archiven, Bibliotheken und Erinnerungsstätten, die sich mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, der demokratischen Bewegungen und der DDR beschäftigen. So wurden z. B. im Heft 65 das Luise-Otto-Peters-Archiv in Leipzig, das Archiv der Vereinigung der Verfolgten

des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (Berlin/Köln), das Archiv der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und das Finale des Zeitgeschichtlichen Archivs in Berlin-Marzahn vorgestellt, in Heft 66 das Archiv-Aktiv in Hamburg. Das Karl-Marx-Haus in Trier präsentierte seine neue Gestaltung, der Verlag Edition AV, der Gedenkort Kohlenhandlung Annedore und Julius Leber stellten sich vor, der Arbeitskreis Blumen für Stukenbrock schilderte die Bemühungen um die Realisierung des Gedenkstättenkonzepts, das von konservativer Seite immer wieder behindert wurde. Heft 65 präsentiert ein Register der Beiträge aus den Rubriken Archive und Bibliotheken, Übersichten und Findmittel, die in den Heften 51 bis 65 vorgestellt sind.

Unsere Interviewreihe wurde mit Matthias Dohmen und Christoph Stamm fortgesetzt. Gleiches gilt für die Rubrik „Neues aus der Forschung“, die sich großen Interesses erfreut und seit Langem ein Kennzeichen unserer *Mitteilungen* ist. Hier kamen 2024 Beiträge zum Frühwerk Rudolf Bahros und ein Promotionsprojekt zum nicht immer einfachen Engagement von Gewerkschafterinnen in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (1945-1998) zum Abdruck.

Die *Mitteilungen* wurden 2024 weiter beim „Schaltungsdienst Lange Buchdruck“ in Berlin gedruckt. Die Heftstärken betragen im vergangenen Jahr 118 Seiten (Heft 65) sowie 82 Seiten (Heft 66). Es zeichnet sich weiterhin positiv ab, dass neue und jüngere Autorinnen und Autoren gewonnen werden können und dass die Verbreitung der *Mitteilungen* in weitere Regionen des Staatsgebiets zunimmt. Die geschwächte Situation der Rosa-Luxemburg-Stiftung vor allem macht es schwieriger, junge Kolleginnen und Kollegen für Werkstattberichte zu gewinnen. Der Kreis der uns wahrnehmenden Zeitschriften und Zeitungen hat sich indes nicht erweitert. Ohne Eigeninitiative wären wohl kaum Besprechungen zu Stande gekommen. Das Anbieten von Anzeigen bzw. des Anzeigentauses könnte hier weiterhelfen.

Der 2019 errichtete „Wissenschaftliche Beirat“ der *Mitteilungen* unterstützte uns bei der Qualitätssicherung, bei der Gewinnung neuer Autorinnen und Autoren und bei der Mitgliederwerbung. Kommunikation und Kooperation verliefen in der Regel solidarisch und positiv. Es wurde bestätigt, dass das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten unser „Markenkern“ bleiben soll. Eine Blattkritik soll es auch zur 34. Jahresmitgliederversammlung geben.

Der Vorstand bedankt sich bei allen Mitgliedern des Vereins und des „Wissenschaftlichen Beirats“, die zum Erfolg unserer Arbeit beigetragen haben.

1.2. Veranstaltungen / Vorträge

Im Vereinsjahr 2024 konnten wir unsere öffentlichen Veranstaltungen fortsetzen.

Am 14.12.2024 referierte im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe von

SAPMO-BArch, Förderkreis und Johannes-Sassenbach-Gesellschaft, Dr. Klaus Leesch zum Thema „Eduard Bernstein – Vordenker einer modernen Sozialdemokratie“. Die Veranstaltung fand im großen Vortragssaal des Benutzungszentrums des Bundesarchivs Berlin statt und wurde von ca. 55 Personen besucht.

Am 27.4.2024 hielt anlässlich unserer 33. Jahresmitgliederversammlung Dr. Gisela Notz (Berlin) den öffentlichen Vortrag zum Thema: „August Bebel oder: der revolutionäre Sozialdemokrat“.

1.3. Webseite

Seit dem Jahreswechsel 2020/21 betreut Ingo Müller unsere neugestaltete Homepage. Die notwendigen Aktualisierungen wurden von ihm zeitnah vorgenommen. Durch die Webseite konnte Autorinnen und Autoren ein weiteres Publikationsangebot gemacht werden. Unsere Veranstaltungen wurden auf der Webseite angekündigt und zum Teil nach ihrer Durchführung mit Bild- und Textmaterial dokumentiert. Die Digitalisierung der Mitteilungen ist abgeschlossen. Die Vereinschronik wurde bis zum Jahresende 2024 auf den aktuellen Stand gebracht.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden die Einträge des Förderkreises und der Mitteilungen bei Wikipedia zeitnah aktualisiert.

2. Zusammenarbeit mit der SAPMO-BArch und Interessenvertretung der Mitglieder

Die gemeinsame Vortragsreihe mit der SAPMO-BArch und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft konnte 2024 erfolgreich fortgesetzt werden. Für 2025 sind Termine bereits anberaumt, eine Zoomkonferenz der Beteiligten der Vortragsreihe fand im November statt. Der von uns verantwortete Beitrag zur Vortragsreihe „Frauen in der DDR“ wird im März 2025 von Dr. Gisela Notz zum Thema „Das internationale Jahr der Frau 1975 in der DDR und in der BRD“ stattfinden.

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO-BArch wurde fortgesetzt. So fand die 34. Kuratoriumssitzung am 18.4.2024 statt. Über die Sitzung wurde im Vorstand gesprochen, die entsprechenden Berichte erschienen in den *Mitteilungen*. In Sachen Zukunft des Areals in Lichtenberg berichtete Prof. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, dass es hinsichtlich des Standorts Berlin-Lichtenberg keine neuen Entwicklungen gebe. Wohl aber wurden Alternativplanungen, wie etwa in Lichterfelde den Schwerpunktstandort zur DDR-Geschichte zu bilden, in Angriff genommen: Im November 2024 wurde seitens des Bundesarchivs eine Abteilung DDR (incl. SAPMO) mit einer Neustrukturierung der Referate geschaffen, die kommissarisch der Vizepräsidentin des BArch unterstellt ist. Zur Klärung strittiger Rechtsfragen hinsichtlich der Einhaltung der für die SAPMO 1992 geschaf-

fenen gesetzlichen Bedingungen wird es im Januar 2025 ein Gespräch mit Dr. Gregor Gysi geben.

Der Förderkreis jedenfalls wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Betroffenenvertretungen tätig werden, wo es sich gebietet. Insbesondere mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Johannes-Sassenbach-Gesellschaft bestehen gute Arbeitskontakte.

3. Beziehungen zu anderen Vereinigungen

3.1. Zeitgeschichtliches Archiv

2024 beschäftigte uns der Verbleib der Sammlungen des Zeitgeschichtlichen Archivs (ZGA). Mittlerweile konnte der Hauptteil des Archivs nach Shanghai verbracht werden, wo er hoffentlich bald digitalisiert zur weltweiten Nutzung zur Verfügung stehen wird. Einzelne Bereiche sind durch Übernahmen innerhalb der Bundesrepublik gesichert worden. Dr. Harald Wachowitz verfasste darüber einen spannenden Beitrag für Heft 65.

3.2. ITH

Die 59. ITH-Konferenz mit dem Leitthema „Digitale Arbeitswelten“ fand vom 26.9. bis 28.9.2024 in Linz statt. Für den Förderkreis nahm sein Vorsitzender Dr. Holger Czitrich-Stahl an der Tagung teil. Der Bericht über die Konferenz erscheint 2025 im Heft 67 der *Mitteilungen*. Der Bericht über die 58. ITH-Konferenz (2023) erschien im Heft 65.

3.3. IALHI

Im Jahr 2024 erschien der Bericht über die 53. IALHI-Jahreskonferenz (2023) im Heft 65 der *Mitteilungen* aus der Feder ihrer Präsidentin Dr. Anja Kruke (Bonn). Wenn möglich, sollte demnächst ein Vorstandsmitglied zumindest online an den IALHI-Konferenzen teilnehmen.

3.4. Andere Vereinigungen und Publikationen

Es bestehen Arbeitskontakte zur Friedrich-Ebert-Stiftung, zur Hellen Panke e. V., zum Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zur Rosa-Luxemburg-Stiftung im Bund und in Sachsen, zur Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft, zum Koordinationskreis Unvollendete Revolution 1918

und zur Paul-Löbe-Stiftung bzw. Hugo-Preuß-Stiftung. Dieses Netzwerk zur Kultur- und Wissenschaftsvermittlung sollte ausgebaut werden.

Verlagskontakte besitzen wir besonders zur Edition Bodoni, zum Trafo-Verlag und zum Verlag Die Buchmacherei, Redaktionskontakte bzw. redaktionelle Mitarbeit in anderen Fachzeitschriften erfolgen durch Dr. Rainer Holze (Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung; Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung) und Dr. Holger Czitrich-Stahl (Arbeit – Bewegung – Geschichte). Kontakte wurden geknüpft zur Initiative Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber in Berlin-Schöneberg.

4. Vereinsangelegenheiten

2024 mussten wir wieder Abschied nehmen. Es verstarb Prof. Dr. Rolf Badstübner am 2.6.2024 im 96. Lebensjahr, und im November 2024 unser langjähriges treues Mitglied Helga Brangsch.

Am 27.4.2024 führten wir unsere 33. Jahresmitgliederversammlung im Stadtteilzentrum „Kreativhaus“ in Berlin-Mitte durch. Es mussten die vom Vorstand bestellten Kassenprüfer Dagmar Goldbeck und Andreas Grunwald nachgewählt werden, was einstimmig vorgenommen wurde.

Die Vorstandssitzungen wurden am 14.3., am 20.6., am 19.9. und am 14.11.2024 durchgeführt. Die zwischenzeitliche und nachfolgende Koordination der Vorstandsarbeit erfolgte schriftlich, postalisch und fernmündlich. Wie in den vergangenen Jahren, so wurde auch im Berichtszeitraum auf den Sitzungen und in der Vorstandskorrespondenz den *Mitteilungen* und den anderen Vorhaben und Publikationen des Förderkreises große Aufmerksamkeit gewidmet. Weiterhin besprachen wir die Zukunft des Vereinsarchivs und ein mögliches Symposium.

Günter Benser und Andreas Grunwald standen dem Vorstand mit Rat und Tat in Sachen SAPMO-BArch zur Seite.

Keith Grünewald organisierte den Vertrieb der *Mitteilungen* und wurde dabei bei Bedarf von Dagmar Goldbeck unterstützt. Christoph Stamm unterstützte die Redaktion durch die Begutachtung archivwissenschaftlicher Beiträge.

Elisabeth Ittershagen legte die Finanz- und Mitgliederentwicklung dar. Rainer Holze unterstützte u. a. die Redaktion bei der Gewinnung von Anzeigen, Themen und Rezensenten für die Mitteilungen und bei der Vernetzung mit anderen Multiplikatoren. Ingo Müller betreute die Webseite des Fördervereins, Jochen Gester und Rainer Knirsch unterstützten die Redaktion bei Korrektur, Layout und Satz und hielten den Kontakt zur Druckerei.

Auf jeder Sitzung und in seinem Schriftverkehr thematisierte der Vorstand weiterhin die aktuellen Entwicklungen zur Zukunft der SAPMO-BArch und das entsprechende Vorgehen zur Vertretung der diesbezüglichen Vereinsanliegen. Be-

sonders die bereits vorgenommenen Umstrukturierungen innerhalb des BArch und die Schlussfolgerungen für den Rechtscharakter der SAPMO standen im Vordergrund.

Nachdem der Leipzig-Besuch im April mangels Teilnehmerzahl abgesagt werden musste, besuchten wir am 23.10.2024 den „Lern- und Gedenkort ehemalige Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber“ in der Torgauer Straße in Berlin-Schöneberg. Vor-Ort-Exkursionen lassen sich einfacher organisieren als Fernfahrten und könnten ein gutes Angebot für das Vereinsleben sein.

5. Vereinsarchiv

Vereinsarchiv und Findbuch (USB-Stick) wurden weitergeführt. Eingearbeitet in den Aktenbestand werden die fortlaufenden Unterlagen. Solange keine andere Lösung seitens des Vereins angestrebt wird, verbleibt das Vereinsarchiv beim Vorsitzenden.

Einladung zur 34. Jahresmitgliederversammlung

Liebe Vereinsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren,
der Vorstand unseres Förderkreises hat die diesjährige Jahresmitgliederversammlung
für Samstag, den 26. April 2025, einberufen.

Folgende Tagesordnung wird vorgeschlagen:

1. Regularien
 - 1.1. Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
 - 1.2. Wahl einer Versammlungsleitung
 - 1.3. Bestätigung des Protokolls der 33. Jahresmitgliederversammlung
2. Berichte
 - 2.1. Erläuterungen zum Geschäftsbericht 2024
 - 2.2. Kassenbericht
 - 2.3. Bericht der Kassenprüfer
3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
4. Wahlen
 - 4.1. Wahl einer Wahlleitung
 - 4.2. Wahl der/des Vorsitzenden und des Vorstandes
 - 4.3. Wahl der Kassenprüfer
5. Informationen
 - zur Entwicklung der SAPMO

- des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen*
Anschließendes Gespräch und Diskussion
6. Schlusswort (gegen 15 Uhr)

Die Jahresversammlung führen wir dieses Mal im Kieztreff Leipziger Straße, Leipziger Straße 58, 10117 Berlin, durch. Beginn: 12.30 Uhr.

Vor unserer Jahresversammlung wird wie üblich ein öffentlicher Vortrag stattfinden. Es spricht

Dr. Inge Pardon (Berlin): „Tulpanow. Stalins Macher und Widersacher“.

Beginn: 10.30 Uhr

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorstand

Anmerkungen zur Tagesordnung und organisatorische Hinweise

Das von der Versammlung zu bestätigende Protokoll der 33. Jahresmitgliederversammlung finden Sie in Heft 66 (September 2024), den zur Diskussion und Abstimmung stehenden Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2024 in Heft 67 (März 2025).

Verpflegung wird vor Ort zur Verfügung stehen.

Vor den Veranstaltungen und während der Pausen haben Sie die Möglichkeit, Ihren Mitgliedsbeitrag zu entrichten.

Anträge und Vorschläge richten Sie bitte an die Adresse unseres Vorsitzenden:

Dr. Holger Czitrich-Stahl, Beethovenstraße 51, D-16548 Glienicke/Nb.–Tel.: 033056-77417 – E-Mail: czitrich-stahl@arcor.de

Verkehrsverbindung

Sie erreichen den Tagungsort „Kieztreff Leipziger Straße“ über folgende Verkehrsverbindungen: U 2, Spittelmarkt; Bus 200, Jerusalemer Straße.

Der Zugang ist barrierefrei.

<https://www.kreativhaus-berlin.de/standorte/kieztreff/>

Weitere Informationen entnehmen Sie gegebenenfalls unserer Homepage

<http://archive.fabgab.de/>

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Leo Kofler: Interventionen. Kleine Schriften zur marxistischen Theorie und Praxis. Dietz, Berlin 2024, 256 Seiten.

Westlicher Marxismus in Bochum

Für ein besseres Verständnis von Leo Kofler (1907-1995) ist zunächst ein kurzer Überblick über seine Biografie sehr hilfreich. Geboren wurde der marxistische Gesellschaftstheoretiker und Sozialphilosoph in Ost-Galizien, das heute zur Ukraine gehört und damals ein Teil von Österreich-Ungarn war. Im Verlauf des ersten Weltkriegs floh die Familie nach Wien, wo er Vorlesungen des Sozialphilosophen Max Adler besuchte. Als Folge des „Anschlusses“ Österreichs an das faschistische Deutschland flüchtete die Familie 1938 nach Basel. Dort setzte Kofler seine wissenschaftliche Ausbildung fort, die schließlich in seinem 1944 unter dem Pseudonym Stanislaw Warynski erschienen Werk „Die Wissenschaft von der Gesellschaft. Zur Methodenlehre einer dialektischen Soziologie“ resultierte. Darin befasste er sich erstmals mit den für den Marxismus grundlegenden Herausforderungen von Theorie und Praxis – einem Thema, das im Großteil seiner Veröffentlichungen und damit auch in dem vorliegenden Werk eine zentrale Rolle spielt.

1947 übersiedelte Kofler nach Halle an der Saale, wo er sich mit seinem zweiten Hauptwerk „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ habilitierte und anschließend an der dortigen Universität als Professor für Mittlere und Neuere Geschichte lehrte. In den folgenden Jahren äußerte sich Kofler immer wieder sehr

kritisch über das bürokratische und stalinistische Marxverständnis der SED, fiel infolgedessen bald in Ungnade und floh Ende 1950 nach Köln. Bis zu Beginn der 1970er-Jahre übte Kofler Lehrtätigkeiten an verschiedenen Hochschulen aus; ab 1972 hatte er einen Lehrstuhl für Soziologie an der Universität Bochum inne, wo er bis Sommer 1991 tätig war. Aufgrund seiner thematischen Ausrichtung und der engen Zusammenarbeit mit Georg Lukács und Ernst Bloch gilt Leo Kofler als Vertreter des Westlichen Marxismus.

Die in der vorliegenden Anthologie veröffentlichten 47 Texte setzen mit dem Jahr 1951 ein und umfassen den Zeitraum bis 1984. Dabei lassen sich vier Phasen unterscheiden, in denen die „Interventionen“ maßgeblich von den jeweiligen zeithistorischen Ereignissen beeinflusst sind.

Die erste Phase umfasst 34 Kommentare – von denen nahezu die Hälfte in der Zeitschrift *Die Andere Zeitung* erschienen sind – und erstreckt sich von 1951 bis 1959. Gleich der erste Text trägt den für Kofler programmatischen Titel „Theorie und Praxis“. Erst wissenschaftlich-theoretisches Denken, so seine These, ermögliche bei Erkenntnisobjekten zwischen Schein und Wesen zu differenzieren (24). Eine Betrachtung der Oberfläche neige zu „Tatsachenfetischismus“ und „Praktizismus“ (25): Nur die Theorie ermögliche es, die Strukturen und damit die Zusammenhänge der gesellschaftlichen Totalität zu erfassen. Ohne Theorie lasse sich die Gesellschaft nicht erkennen und vor allem nicht verändern (27).

Ein weiterer Schwerpunkt in Koflers

Texten ist der „sozialistische Humanismus“, dem er sich in den 1950er-Jahren in zwei Texten widmete. Für die bürgerlichen Kräfte der Aufklärung, bei denen Kofler Wurzeln des modernen Humanismus verortet, stand die „unumschränkte Handlungsfreiheit des Individuums“ (30) im Vordergrund. Das Ziel der „Humanisten und Enzyklopädisten der Aufklärungszeit (war) die Wiederherstellung der im Laufe der Geschichte zerstörten menschliche Individualität“ und damit „(der) Entwicklung dessen, was sie Persönlichkeit nannten“ (30).

Die Aufklärer erkannten Kofler zufolge jedoch nicht den Widerspruch zwischen einem „blinden kapitalistischen Materialismus“ und ihrem „humanistischen Idealismus“ (31). Vernunft und Rationalität sind auch heute noch bedeutende Werkzeuge für Philosophie und Wissenschaft; siehe ausführlich dazu: Leo Kofler, „Die Wissenschaft von der Gesellschaft“, 3. Auflage, Frankfurt am Main 1971. Seine Ausführungen zum sozialistischen Humanismus verdeutlichen: Für Kofler ist der Marxismus mehr als ein ökonomisches System, zu dem er sich allerdings nur sehr sporadisch äußert. Ohne humanistische Perspektive würde die Abschaffung der Ausbeutung sinnlos (34).

Einen dritten Schwerpunkt der ersten Phase bilden die Aktivitäten und Aufgaben von Gewerkschaften sowie der Wandel der Sozialdemokratie von einer programmatisch durchaus marxistischen zu einer ethisch-sozialistischen Partei. Mitte der 1950er-Jahre kam es zu heftigen Richtungskämpfen in den Gewerkschaften. Auf dem DGB-Kongress 1954 forderte Viktor Agartz, Ko-Geschäftsführer des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, zum

offenen Kampf „gegen die konservativ-reaktionäre Adenauer-Regierung“ auf. Er konnte sich mit seiner Position jedoch nicht durchsetzen, wurde in der Folgezeit in der Gewerkschaftsbewegung isoliert und Ende der 1950er-Jahre aus dem DGB und der SPD ausgeschlossen. Mitte der 1950er-Jahre gründete Agartz zusammen mit Gleichgesinnten *Die Andere Zeitung*, in der Kofler immer wieder publizierte, etwa die in der vorliegenden Aufsatzsammlung abgedruckten Texte „Gewerkschaften im bürgerlich-liberalen Staat“ (127 ff.) und „Die Rückwandlung des Gewerkschaftsbürokraten in den Volkstribun“ (134 ff.).

Bereits in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* vom August 1952 (S. 467), verwies Agartz darauf, dass die Gewerkschaften, „entgegen der liberalen Auffassung staatlich festgesetzte(r) Rechtsansprüche“, vor allem im Bereich der Sozialversicherungen erhebliche Verbesserungen erreicht hätten. Weitere Fortschritte in Richtung einer Demokratisierung und paritätischen Beteiligung in Leitungsgremien seien jedoch nur durch eine Verschiebung der Machtverhältnisse erreichbar. Mehrheitlich wollten die Gewerkschaften in den 1950ern diesen Weg nicht gehen und blieben laut Kofler in einer „vulgärsoziologischen und verbürgerlichten Ideologie“ (130) verhaftet.

Ab Mitte der 1950er-Jahre distanzieren sich große Teile des DGB und der SPD von der Idee einer Wirtschaftsdemokratie. Zudem setzte bereits 1956 ein Prozess der Stigmatisierung innerparteilicher Kritiker durch die SPD-Parteiführung ein, den Kofler als einen „ethisch-sozialistischen Antimarxismus“ brandmarkte (62 ff.). Diese Entwicklung gipfelte schließlich im Godes-

berger Programm der SPD von 1959 mit einer Absage an marxistische Bezüge und der Hinwendung zu einer „linken Volkspartei“.

Die zweite Phase von Texten umfasst die Zeit von 1964 bis 1966. Hervorstechend ist hier die Polemik, mit der Kofler gegen Habermas und dessen Aufsatzsammlung „Theorie und Praxis“ zu Felde zieht, die dieser im Vorwort zur ersten Auflage als „historische Vorstudien zu einer Untersuchung des Verhältnisses von Theorie und Praxis in den Sozialwissenschaften“ charakterisiert. Kofler dagegen wirft in „Herrn Habermas Umwälzung des Totalitätsbegriffs“ (225) diesem „eine Verwechslung des dialektisch-methodologischen Totalitätsbegriffs mit der historischen Erscheinung der ‚globalen Einheit‘“ vor (ebenda).

In der dritten Phase analysiert Kofler in einem kurzen Text („Zum Thema Technokratie“) eine „wertideologisch gebunden(e) ... Verselbständigung der Technokratie“ (231); gemeint sind damit die immer wieder repetierten „Sachzwänge“. Auch hier grenzt Kofler sich – diesmal allerdings zu Recht – von Habermas (und Wolfgang Streeck) ab. Ihnen wirft er vor, dass sie die widersprüchlich vermittelten Zusammenhänge von ökonomisch-politischen Technologielösungen und der zugrundeliegenden und sich verselbstständigenden Ideologie völlig unzureichend erfassen. Zu Details der Koflerschen Argumentation siehe dessen Studie „Beherrscht uns die Technik? Technologische Rationalität im Spätkapitalismus“, Hamburg 1983.

In zwei Texten der vierten Phase befasst Kofler sich kurz und prägnant mit den Begriffen Totalität und Historischer Materialismus. Auch wenn Hegel wichtige

Voraussetzungen eines adäquaten Begriffs der Totalität geschaffen habe, sei es ihm nicht gelungen, diesen aus metaphysischen Zwängen eines „Endzeitlichen“ zu befreien (247 f.). Marx und Engels betonten explizit, dass es in der Geschichte keinen teleologischen Endzustand gibt. Sie verdeutlichen damit gleichzeitig die Kritik an mechanistischen, ökonomistischen und anderen heilsgeschichtlichen Vorstellungen (252). Diese Position macht auch Kofler sich zu eigen.

Zusammengefasst bieten die in dem Band veröffentlichten Aufsätze einen gelungenen Einblick in das von Kofler im Verlauf von vier Jahrzehnten bearbeitete Spektrum von Themen, die in diesem Zeitraum in der BRD die Debatten rund um Theorie und Praxis prägten. Als weiterführende Lektüre empfehle ich zusätzlich zu den oben erwähnten Werken: Leo Kofler: Geschichte und Dialektik, 4. Auflage, Essen 2004, sowie Christoph Jünke: Leo Koflers Philosophie der Praxis, Hamburg 2015.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Philippe Bourrinet: Biografisches Lexikon des deutschen Rätekommunismus 1920-1960. Die Buchmacherei, Berlin 2024, durchge. und erw. Auflage, 324 Seiten, 18 €. ISBN 978-3-9825440-0-7.

Der deutsche Rätekommunismus blieb während seiner recht kurzen und immer wieder durch Spaltungen oder historische Brüche und Katastrophen geprägten Geschichte stets eine Erscheinung am Rande der Arbeiterbewegung. Im Gegensatz zur SPD und später zur USPD und zur KPD erlangte keine seiner Organisationen dauerhafte Stärke oder Massenwirkung. Doch

darf dieser Gesamtblick nicht darüber hinwegtäuschen, dass gerade in den Jahren 1919-1923 der Rätekommunismus Teil der Revolutionsbewegung war, der eine „zweite Revolution“ nach der Novemberrevolution erkämpfen wollte und an entsprechendem Erhebungen wie der „Märzaktion“ 1921 in Mitteldeutschland oder an den Rätebewegungen an Rhein und Ruhr teilnahm und über weitere Zentren in Hamburg, Braunschweig oder Magdeburg verfügte. Zu ihren Hochzeiten, so Bourrinet, zählte die „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“ (KAPD) bis zu 80.000 Mitglieder, worin die ihr angeschlossenen Organisationen wie die „Kommunistische Arbeiter-Union“ einbezogen sein dürften. Die KAPD gründete sich im April 1920, nachdem auf Betreiben der KPD-Führung um Paul Levi die „Linksradikalen“ seit Oktober 1919 aus der KPD ausgeschlossen wurden, darunter bekannte Persönlichkeiten wie Otto Rühle, Heinrich Laufenberg oder Fritz Wolffheim. Doch besaß der Rätekommunismus seine Wurzeln in der Sozialdemokratie des Kaiserreichs. Julian Borchardt gründete 1913 die Zeitschrift *Lichtstrahlen* als Forum des Linksradikalismus, Otto Rühle stand als Gegner der Bewilligung der Kriegskredite früh an der Seite Karl Liebknechts. Als zur Jahreswende 1918/19 die KPD gegründet wurde, traten viele dieser Strömungen und Persönlichkeiten der Partei korporativ oder individuell bei und bewirkten jenen Beschluss, der die Anfangsphase der KPD folgenswer prägen sollte: Entgegen den Positionen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht oder Paul Levi wurde der Boykott der Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 beschlossen, stattdessen

setzte man alles auf die revolutionäre Karte. Als im März 1921 die KPD in Mitteldeutschland zum revolutionären Aufstand aufrief – es war um Ostern herum –, versuchten KPD und KAPD gemeinsam vergeblich, die Arbeiterinnen und Arbeiter zu mobilisieren, der „Osterputsch“ bzw. die „Märzaktion“ endete mit einer totalen Niederlage, die die KPD schwer erschütterte und die KAPD mehr und mehr in die Bedeutungslosigkeit trieb. Seitdem gab es verschiedene, meist gescheiterte Wellen von Wiederbelebungsversuchen, im Widerstand gegen den Nazifaschismus wirkten Rätekommunistinnen und -kommunisten mutig und opferreich mit. Als 1946 die SED gegründet wurde, traten ihr auch sie bei, wurden aber schnell marginalisiert oder drangsaliert. In der BRD erlebte der Rätekommunismus eine kurze Phase der Aufmerksamkeit im Kontext der „1968er“. Dass er so lange überdauerte lag wohl daran, dass die „Homogenisierungsprozesse“ der KPD auf Betreiben der Komintern immer wieder auch prominente dissidente Kommunistinnen und Kommunisten ausgrenzten, die sich im Oppositionskontext ihrer Zeit befanden und dort weiterwirkten.

Philippe Bourrinet hatte den Urtext 2017 auf der Webseite libcom.org veröffentlicht. Das Editionsteam von „Die Buchmacherei“ überprüfte, ergänzte und korrigierte seine Quellen und fügte notwendige Informationen hinzu. Der Eigenanteil der Editorinnen und Editoren ist ansehnlich und zu würdigen. So finden sich zu fast 600 Personen Eintragungen sehr unterschiedlicher Länge. Sind es bei vielen Genannten lediglich der Name und vielleicht rudimentäre Daten, so nehmen

die Informationen zu den bekanntesten und wichtigsten Rätekommunistinnen und -kommunisten auch mehrere Spalten oder sogar Seiten ein. Zu ihnen gehören James Broh, Minna Fasshauer¹, Max Hölz, Willy Huhn, Karl Korsch, Paul Mattick², Heinrich Laufenberg, Hans Marchwiza, Karl Minster, Franz Pfemfert, Otto Rühle und Alice Rühle-Gerstel, Adam Scharrer und Wilhelm Zaisser, um nur einige hervorzuheben. So vielfältig ihre Herkunft, so auch ihr Lebenslauf. Viele wurden von den Nazis ermordet, andere fielen im Exil bei der KPdSU und später bei der SED in Ungnade; Max Hölz starb unter ungeklärten, wohl aber auf frühe Säuberungen zurückzuführende Umstände in der UdSSR. Interessant ist auch, dass spätere Berliner SPD-Linke wie Erwin Beck oder Ernst Fröbel, die auch in der außerparlamentarischen Opposition gegen die Adenauer-BRD aktiv waren, ihre politische Sozialisation im Rätekommunismus besaßen. Sind auch bei näherer Prüfung in ganz wenigen Fällen Ergänzungen unterblieben oder wurden nicht korrekt ausgewiesen³, so schmälert dies kei-

nesfalls die Grundeinschätzung, dass hier eine biografische Publikation vorliegt, die zu weiteren Forschungen über eine radikale Strömung der Arbeiterbewegung einlädt, deren Impulse für eine räte demokratische Alternative zum Gegebenen nicht ignoriert werden sollten.

Holger Czitrich-Stahl

Vincent Streichhahn (Hrsg.): Feministische Internationale. Texte zu Geschlecht, Klasse und Emanzipation 1832-1936. Dietz Verlag, Berlin 2024, 235 Seiten.

Vincent Streichhahn versammelt in seiner Anthologie Schriften von 25 Aktivistinnen der proletarischen Frauenbewegung aus 13 Ländern und einem Zeitraum von 100 Jahren. Besonders interessant sind hier die bisher wenig oder unbekanntenen Emanzipationskämpferinnen, während die vereinzelt Texte bekannter Größen eher zum Vergleich der Positionen von Interesse sind. Ein wenig erstaunt zunächst der Titel des Buches, da keine der vorgestellten Frauen sich in ihrem Text als feministisch identifiziert und der Begriff auch in den Resolutionen der vier Internationalen Frauenkonferenzen, die das Buch ergänzen, nicht vorkommt. Von „den Feministinnen“ war vielmehr die Rede, wenn es um Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung ging, gegen die sich einige besonders heftig abgrenzten, während manch andere sich

- 1 Zu Minna Fasshauer siehe Heide Janicki, Minna Fasshauer – Volkskommissarin für Volksbildung und Volkswohlfahrt während der Novemberrevolution im Land Braunschweig, in: *Mitteilungen*, Heft 59 (März 2021), S. 39 ff.
- 2 Zu Paul Matticks Sohn gleichen Namens siehe folgende Rezension von Jürgen Wasem-Gutensohn: Paul Mattick, Die Rückkehr der Inflation, in: *Mitteilungen*, Heft 66 (Sept. 2024), S. 74 ff.
- 3 So heißt es zu Ernst Fröbel, dass eine Gedenktafel in der nach ihm benannten Gesamtschule in Berlin-Glienicke existiere. Mit der Namensgebung nach seinem Tod sollte Fröbels Einsatz für die Versöhnung mit Lidice gewürdigt werden. Doch wurde

die Gesamtschule Ernst Froebel bereits nach wenigen Jahren geschlossen und entwidmet und das Gebäude der Grundschule zur Verfügung gestellt. Dadurch ist die Erinnerung an Ernst Fröbel leider verblasst.

eher moderat von deren naturgemäß anderen Interessen distanzieren und eine sogar dazu aufrufen, sich im Kampf gegen die Vorherrschaft der Männer mit der bürgerlichen Frauenbewegung zusammenzuschließen. Wenig überraschend sind die teils massiven Abgrenzungen, obwohl oder vielleicht gerade, weil keineswegs alle Aktivistinnen selbst Arbeiterinnen waren, ja nicht einmal unbedingt aus der Arbeiterklasse stammten und in späteren Jahren sogar einige Akademikerinnen vertreten sind. Nichtsdestotrotz waren ihre Kämpfe und Bestrebungen aus heutiger Sicht ohne Zweifel „feministisch“, auch und gerade unter dem kapitalismuskritischen, sowie (bei den Abolitionistinnen und der einzigen schwarzen Frau) auch unter dem antirassistischen Aspekt.

Zu den ersten und grundlegendsten Kritikpunkten, die sich von den Frühsozialistinnen bis ins Japan des frühen 20. Jahrhunderts durchziehen, gehört die Unwissenheit, in der Frauen gehalten und in eine sklavische Unterordnung hineinerzogen würden, was sie einerseits hinderte, für ihre Rechte zu kämpfen, was andererseits in einer Art Täter-Opfer-Umkehr zum Argument wurde, ihnen diese vorzuenthalten, sie in Abhängigkeit von Männern zu halten und ihnen bessere Löhne zu verweigern. Entsprechend gehörte die Forderung nach Bildung zum Wichtigsten, wenngleich nicht immer allein im Sinne der Frauen und ihrer Emanzipation. Zum Teil diente sie auch dazu, die Solidarität der Genossen zu beschwören mit dem Argument etwa, es sei auch im Sinne der Männer, gebildete Partnerinnen oder im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts gebildete Mütter zu haben, und zur Stärkung des Klassen-

kampfs gleichberechtigte Kameradinnen.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frauenarbeit, die Frage zum einen ob, zum anderen, was und unter welchen Bedingungen Frauen arbeiten sollten. Von Arbeitern und Gewerkschaftern wurde die Frauenarbeit zeitweise als Konkurrenz abgelehnt und mit dem Vorwurf der Lohndrückerei sowie, um noch eins draufzusetzen, der Zerstörung der Familie, massiv bekämpft – wobei nur die Fabrikarbeit infrage gestellt wurde, nicht die der Bäuerinnen oder Hausangestellten. In den Gegenreden der Aktivistinnen werden immer wieder die erbärmlichen Lebensverhältnisse des Proletariats überhaupt und der Frauen insbesondere skandalisiert. Der Frauen, die darauf angewiesen waren, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen, weil ein Lohn zum Überleben der Familie nicht reichte, oder weil sie als Alleinlebende, gar mit „unehelichem“ Kind, selbst für sich sorgen mussten und nicht in die Prostitution gezwungen werden sollten. Eine der wichtigsten Forderungen für die lohnarbeitenden Frauen mit ihren zusätzlichen Familienpflichten war dann die Verkürzung der Arbeitszeit (auf 8 Stunden!), später auch der besondere Schutz der Frauen, v. a. der Mütter (und Kinder). Wobei der damaligen Vorstellung der Geschlechter und ihrer Aufgabenteilung von diesen Vertreterinnen, mit einer Ausnahme, nicht grundlegend widersprochen wurde.

Das Wahlrecht wurde ab den 1890er-Jahren eines der wichtigsten Ziele. Sahen es die einen schlicht als ihr Menschenrecht an, so andere als nur recht und billig, als inzwischen wesentlicher Wirtschaftsfaktor an der Gestaltung der Gesetze und Bedingungen teilzuhaben. Wieder andere sahen

das Wahlrecht als notwendigen Machtfaktor, um ihre arbeitsrechtlichen Forderungen durchsetzen zu können. Während die meisten es bei Appellen beließen, rief die einzige hier vertretene Suffragette Annie Kenney die Frauen zu drastischeren Maßnahmen auf, etwa Schaufenster einzuwerfen, Briefkästen zu zerstören und Londons Geschäftsviertel „ungemütlich“ zu machen.

Auffällig zieht sich der Konflikt der proletarischen Kämpferinnen mit den Genossen durch den Zwiespalt in der Frage des gemeinsamen Kampfes, um die Abschaffung der gesellschaftlichen Hierarchien einerseits und der Erkenntnis, wie sehr auch die Arbeiter und ihre Anführer ebendiese und die Überzeugung ihrer Überlegenheit selbst verinnerlicht haben, die sie oft sehr gewalttätig gegen ihre Frauen wendeten, und die sie von solidarischem Handeln gegenüber den Genossinnen abhielten. Am radikalsten wandte sich die Frühsozialistin Jeanne-Victoire Jacob dagegen, am deutlichsten die spanische Anarchistin Lucia Sanchez Saornil mit ihrer Kritik an Genossen, die den internalisierten Macho nicht überwinden können, und von der bengalischen Dichterin Begum Rokeya mit ihrer utopischen Matriarchatserzählung.

Jeder der sehr unterschiedlichen Schriften – darunter Briefe, Reden, Manifeste und eine utopische Erzählung – ist ein halbseitiges Bild mit einer kurzen Vorstellung der Autorin vorangestellt. Ergänzt wird der Band mit den Anträgen der ersten beiden internationalen Frauenkonferenzen zum Wahlrecht, dem Friedensappell der dritten Konferenz und dem Manifest der ersten Konferenz kommunistischer Frauen, die die Spaltung der damaligen

Bewegung besiegelte. In der Einleitung geht der Herausgeber knapp auf die Arbeiterbewegungen ein, in deren Rahmen sich die Aktivistinnen bewegten, allerdings v. a. die in Deutschland. Wünschenswert wäre eine etwas breitere Perspektive gerade auch auf die Länder gewesen, über deren Bewegungs- und Emanzipationsgeschichte weniger bekannt ist, wie Japan, Indien oder Neuseeland. Auch eine Aufstellung der in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlichen Stufen und Zeiten der Erteilung des Wahlrechts wäre interessant gewesen, sowie eine Einordnung der Bedeutung des Anarchismus und der Suffragetten-Bewegung in der proletarischen Frauenbewegung.

Das Bemühen eine möglichst internationale Breite darzustellen, bewirkt den Eindruck einer gewissen Zufälligkeit der Auswahl, in der den dominierenden Sozialistinnen aus Westeuropa und USA z. T. nur einzelne Vertreterinnen anderer Länder oder politischer Richtungen hinzugesellt werden, darunter auch die japanische Anarchistin Sugako und die Kolumbianerin Cano, bemerkenswerte Persönlichkeiten, aus deren Texten aber keine feministischen Ziele herauszulesen sind. Trotz dieser Mängel ist das Buch eine wertvolle Erweiterung des Wissens über die weltweiten Vorkämpferinnen für Emanzipation und soziale Gerechtigkeit.

Eveline Linke

Christoph Jünke (Hrsg.): Viktor Agartz oder: Ein Leben für und wider die Wirtschaftsdemokratie, Dietz Verlag, Berlin 2024, 222 Seiten, 14 €. ISBN 978-3-320-02422-2.

Viktor Agartz (1897-1964) ist ein heutzutage

tage nahezu unbekannter Akteur der Gewerkschafts- und bundesrepublikanischen Zeitgeschichte. Der „sozialdemokratisch-sozialistische Wirtschaftspolitiker und führende Gewerkschaftsintellektuelle“ (S. 9) habe jedoch die „Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt“ (ebd.), so Herausgeber Jünke. Agartz tauche, und das sei kein Zufall, weder als Person noch mit seinen Texten in vielen Publikationen und Dokumenteneditionen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung auf, hinzukomme, dass die Überlieferung seiner Texte und die Literaturlage allgemein schwierig sei. Jünke, der seit mehreren Jahren zu Agartz forscht, hat eine knapp 60 Seiten umfassende biografische Einleitung verfasst und anschließend acht wichtige Texte von Agartz aus den Jahren 1945 bis 1959 in „zumeist gekürzter Form“ (S. 72) neu publiziert.

Agartz wächst in einer sozialdemokratischen Familie in Remscheid auf, studiert in Marburg, wo er unter anderem Gustav Heinemann und Wilhelm Röpke trifft, und in Köln. Er arbeitet anschließend ab 1925 für eine Konsumgenossenschaft und engagiert sich, wie auch im Studium, im linkssozialdemokratischen Milieu. Er ist wirtschaftlich etabliert, heiratet eine Kinderärztin, fährt jedes Jahr in die Schweiz in Urlaub, bleibt aber „weiterhin ein organischer Teil der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Gegen- und Alternativkultur der Weimarer Zeit“ (S. 18). Beruflich kann er bis 1938 „ungestört“ arbeiten, dann schult er zum Wirtschaftsprüfer um und arbeitet bis Kriegsende bei einer „unverdächtigen“ Treuhandgesellschaft in Köln.

1946 wird er sozusagen der erste sozialdemokratische Wirtschaftsminister auf

Landesebene, da er als bekannter „Wirtschaftsfachmann“, quasi als „sozialistischer Manager“, zum Leiter des in Minden/Weser ansässigen und für die britische Zone zuständigen Zentralamtes für Wirtschaft ernannt wird. Auf dem ersten Parteitag der SPD im Mai 1946 hält er eine vielbeachtete Rede, in der er, über die Vorstellungen zur Wirtschaftsdemokratie der Sozialdemokratie der Weimarer Zeit hinausgehend, eine Enteignung von Schlüsselindustrien und Banken, die Schaffung einer Gemeinwirtschaft und die Einführung von Elementen der Planung und Lenkung fordert. Hier und auch im Zeitraum danach wird deutlich, dass Agartz nicht nur eine „Verstaatlichung“, sondern – durch Räte auf allen gesellschaftlichen Ebenen – eine, so würde es heute genannt werden, Vergesellschaftung will. Er selbst spricht und schreibt stets von „Wirtschaftsneuordnung“ oder einer „sozialistischen Planwirtschaft im demokratischen Rechtsstaat“, und sehr selten von Wirtschaftsdemokratie. Agartz will auch später keine Mitbestimmung, die letztlich nur eine (korporative) Mitwirkung sei, und die auf der Vorstellung einer Partnerschaft von Arbeit und Kapital aufsetze.

Agartz beteiligt sich 1946/47 an der Gründung des *Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts (WWI)* des DGB, dessen Leiter er 1949 wird, und wirkt in diesem Jahr am ersten Programm des DGB mit. Vielen innerhalb der Gewerkschaften, gerade auch aus dem katholischen Milieu, sind seine Positionen zu radikal, und der Gegenwind wird stärker. Die Kapitalseite hat ihn eh im Visier; und die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes und des Personalvertretungsgesetzes 1952 ist eine Niederlage für

Agartz. Die Gewerkschaften agieren fortan erfolgreich mittels der vielzitierten „dynamisch-expansiven Lohnpolitik“. Ab Ende der 1950er-Jahre gab es „zwar noch starke Gewerkschaften, aber keine sozialistische Partei und auch keine alternative Gegenkultur einer klassenbewussten, kämpferischen Arbeiterbewegung mehr“ (S. 65).

Agartz tritt 1955 von der Leitung des WWI zurück, gibt dann ab Frühjahr 1956 bis 1961 die neugegründete linkssozialistische Zeitschrift *WISO. Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* heraus. Als sich bereits früh herausstellt, dass *WISO* auch aus der DDR finanziert wird, wird Agartz 1957 wegen Landesverrats angeklagt und vor dem Bundesgerichtshof freigesprochen. Die SPD schließt den jahrelangen Gegenspieler von Konrad Adenauer und Ludwig Erhard⁴ im Dezember 1958 aus (Faksimile samt Unterschrift von Herbert Wehner, S. 69), die Gewerkschaft 1960. Die Zangenbewegung von KPD-Verbot 1956, Godesberger Programm 1959 und noch mehr die boomende Wirtschaft der Bundesrepublik marginalisierten die Positionen, für die Agartz kämpfte. Er stirbt Ende 1964, nachdem er sich schon im Frühjahr 1961, als auch die *WISO* ihr Erscheinen einstellen muss, aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte. Eine biografische Zeitleiste, ein kleines Personenglossar und sehr hilfreiche Literaturhinweise schließen den Band ab.

Christoph Jünke hat dem bis 1955 sehr wichtigen Protagonisten aus den Reihen des

Linkssozialismus dem Vergessen entrissen, seinem Buch ist schon aus historischem Interesse Verbreitung zu wünschen.⁵ Ob und inwiefern es hilfreich ist, heutige gesellschaftliche Konflikte oder programmatische Debatten besser zu verstehen, steht auf einem anderen Blatt. Seine Lektüre zeigt jedoch, ob gewollt oder ungewollt, welche Illusionen heutigen Debatten um Wirtschaftsdemokratie teilweise innewohnen.

Bernd Hüttner

Klaus Leesch: Eduard Bernstein (1850-1932). Leben und Werk. 2 Bde., Campus Verlag, Frankfurt/New York 2024, 1.789 Seiten. 189 €.

Unser Vereinsmitglied Dr. Klaus Leesch hat mit diesem opulenten Werk über den sozialdemokratischen Theoretiker Eduard Bernstein seine Dissertation an der Fernuniversität Hagen, betreut von Prof. Dr. Peter Brandt, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen*, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dass sich hinter diesen 2 Bänden mit 1.789 Seiten mehr verbirgt als eine reine Biografie, versteht sich von selbst. Es ist eine Auseinandersetzung mit Bernsteins Gesamtwerk, die nicht zuletzt auch den Drang des studierten Bibliothekars und langjährigen Dokumentaristen

⁴ Erhard ist in der Leitung des Zentralamtes für Wirtschaft der Nachfolger von Agartz. Dieses war Ende 1947 nach Frankfurt/Main verlegt worden.

⁵ Eine erste Rehabilitation von Agartz fand 13. Dezember 2007 statt, als aus Anlass seines 110. Geburtstages die Böckler-Stiftung zusammen mit der RLS NRW eine Tagung veranstaltete, die in Reinhard Bispinck/Thorsten Schulten/Peeter Raane (Hrsg.): *Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik*. Zur Aktualität von Viktor Agartz, Hamburg 2008, dokumentiert ist. Das Buch ist bei VSA open Access erhältlich.

und Archivars beim *Westdeutschen Rundfunk* (WDR) nach vollständiger Erfassung und Rekonstruktion eines in diesem Fall langen Lebens und einflussreichen Wirkens seines Protagonisten repräsentiert. Diese Aufgabe hat Klaus Leesch mit Bravour bewältigt! Im Rahmen der gemeinsamen Vortragsreihe von SAPMO, Johannes-Sassenbach-Gesellschaft und unserem Förderkreis konnte er seine Erkenntnisse am 14.11.2024 im Bundesarchiv vorstellen. Der Vortrag ist in dieser Ausgabe zu lesen.

Zwei Rezensionen ganz unterschiedlicher Länge liegen dieser Besprechung zugrunde. Michael R. Krätke setzte sich in *Der Freitag* mit der Bernstein-Biografie auseinander und konzentrierte sich auf die Grundzüge des Wirkens Bernsteins und dessen Rezeption. Viel umfangreicher konnte sich Peter Steinbach um einen Gesamtblick und eine historiografische Würdigung, aber auch um die Wirkungsgeschichte des in Berlin 1850 geborenen und in den 1870er-Jahren zum „Eisenacher“ gewordenen Bernstein bemühen.⁶ Beiden Besprechungen ist das äußerst positive Fazit gemeinsam, mit dem sie die Arbeit des Verfassers würdigen. Leesch selbst konnte im sozialdemokratischen *Vorwärts* die Erinnerung an Eduard Bernstein

wieder auffrischen.⁷

Krätke würdigt zu Recht Leeschs gründliches Quellenstudium und seine Sichtung der Nachlässe in Amsterdam, Moskau und Berlin und attestiert ihm, nichts ausgelassen und jedes biografische Detail mit Belegen vorgestellt und erörtert zu haben. Steinbach, der hier eine wirklich klassische essayistische Rezension verfasst hat, betont, dass die Opulenz des Werkes durch ein differenziertes dreizehnseitiges Inhaltsverzeichnis strukturiert wird, das Zugang und Lektüre erleichtert. Das mehr als achtzigseitige Literatur- und Quellenverzeichnis widerspiegelt nicht nur die Gründlichkeit des Vorgehens Leeschs im quantitativen Sinne, sondern seinen Versuch, Bernstein durch alle Wandlungen der sozialdemokratischen Entwicklungen und der Zeitläufe hindurch mit dessen eigenem Blickwinkel zu Wort kommen zu lassen und zu verstehen.

Eduard Bernstein wurde stets als „der“ Revisionist schlechthin beurteilt, meistens abgeurteilt. Dass es ihm aber nicht um die Absage an das sozialistische Ziel ging, sondern vor allem um die Korrektur der teleologischen Vorstellung von der Naturnotwendigkeit des Zusammenbruchs des Kapitalismus, zugleich um „Abschlagszahlungen“ einer Gesellschaft der Freien und Gleichen, arbeitet Leesch akribisch auf rund 200 Seiten im zentralen achten Kapitel heraus. Dabei kontrastiert er Bernsteins Positionsbestimmungen und sein Agieren immer wieder mit denen seines großen Kontrahenten im Revisionismusstreit, Karl

6 Michael R. Krätke: Eduard Bernstein: Erzvisionist oder Vordenker einer modernen Sozialdemokratie? (6.1.2025), in: <https://www.freitag.de/autoren/michael-kraetke/eduard-berstein-erzvisionist-oder-vordenker-einer-modernen-sozialdemokratie> [12.1.2025]; Peter Steinbach: Zur zweibändigen Biografie von Klaus Leesch über Eduard Bernstein, in: *Perspektiven DS*. Zeitschrift für Gesellschaftsanalyse und Reformpolitik, Heft 2/2024, Marburg, S. 105-116.

7 Klaus Leesch: Eduard Bernstein: Der Vordenker einer modernen Sozialdemokratie, in: <https://vorwaerts.de/geschichte/eduard-berstein-der-vordenker-einer-modernen-sozialdemokratie> [12.1.2025].

Kautsky. Dieser warf ihm u. a. vor, dass seine Vorstellung von einer „sozialen Umgestaltung“ eine „Vollendung des Liberalismus“ sei (Bd. 1, S. 652). Der Verfasser stößt dabei quasi „naturnotwendig“ auf die Grundschwäche der parteioffiziellen Vorstellung vom baldigen „großen Kladderadatsch“ des Kapitalismus und der Haltung, die Entwicklung komme, wie sie kommen werde, und die Aufgabe der Arbeiterpartei sei es, die Organisation zu stärken und das Proletariat auf den Tag der sozialen Revolution vorzubereiten: Dieter Groh hat es einmal als „revolutionären Attentismus“ charakterisiert, Leesch schreibt, das Revolutionäre liege in der Sprache und das Abwarten sei Methode (S. 653). Steinbach urteilt mit Respekt: „Leesch revidiert gleichsam den Revisionismus und verstrickt sich nicht in Philologien und Rechthabereien, sondern präsentiert das Ringen eines Zeitgenossen, der nicht nur Produkt, sondern auch Gegensatz seiner Zeit war, auf eine Weise, die nicht nur historische, sondern auch gegenwärtige Fantasie herausfordert.“⁸ Der „große Kladderadatsch“ ist ja tatsächlich ausgeblieben, der Kapitalismus hat, wie schon zu Zeiten Bebels, Bernsteins, Kautskys und Rosa Luxemburgs, immer wieder Veränderungen durchlaufen, die ihn aufs Neue stärkten. Insofern war Bernsteins eher empirisches und zugleich gegenüber Dialogen und Gegenargumenten offenes Vorgehen ein methodischer und programmatischer Gegenpol zu seinen eher revolutionär-autopoetisch argumentierenden Kontrahentinnen und Kontrahenten. Dass dies so war, hing nicht zuletzt mit den Besonderheiten seiner Lebensgeschichte zusammen.

Der Autodidakt Bernstein, 1850 in Berlin in einem jüdischen Elternhaus geboren, „hat nie eine Universität besucht, eine Zeit lang arbeitete er in einer Bank, bevor er durch Fleiß, Talent und enorme Belesenheit den Aufstieg zum Journalisten und zu einem der führenden Intellektuellen der Sozialdemokratie schaffte. Ein richtiger Politiker wurde er nie, Parlamentarier war er nur wenige Jahre als Abgeordneter für Berlin-Schöneberg im Deutschen Reichstag“, beschreibt Krätke eine markante Fährte des Lebensweges.⁹ Eine gewiss für Bernsteins Denkentwicklung prägende weitere Lebensphase bildete sich im Exil in der Schweiz und vor allem in England aus, wo er auf Friedrich Engels traf und von diesem stark beeinflusst wurde. Hier fasst Steinbach sehr prägnant zusammen: „Er integrierte so Traditionen, Erfahrungen und Erwartungen, wurde vom Lassalleaner und Höchbergianer zum Marxisten in der Engelschen Variante. Er konnte tolerant gegenüber wechselnden Parteimeinungen sein, weil er einen Standpunkt hatte, der stark durch Engels geprägt war und sich in den Differenzen mit Wilhelm Liebknecht festigte, ohne ihn zu verhärten.“¹⁰ Bernstein polarisierte durch seine unorthodoxe Kritik zwar, blieb aber trotzdem integrationswillig und -fähig. Nie gingen die Vertreter des „marxistischen Zentrums“ um Bebel und Kautsky so weit, ihn der Partei zu verweisen, die Kritik war natürlich scharf formuliert und zuspitzend, aber dies zeigte, dass Bernsteins Positionen eine enorme Herausforderung darstellten. Und er wurde wohl auch deshalb anerkannt, weil er als Person

8 Steinbach, vgl. Fn. 1, S. 107.

9 Krätke, a. a. O.

10 Steinbach, S. 111.

zuvorkommend und freundlich, als Redner und Konzeptionist überzeugend war. Wilhelm Dittmann, der spätere Novemberrevolutionär (ab 1917 USPD), der ihn 1902 für zwei Vorträge nach Solingen und Ohligs holte,¹¹ beschrieb ihn folgendermaßen: „Er war damals Anfang der Fünfziger und machte auf mich einen äußerst günstigen Eindruck durch seine Freundlichkeit und besonders auch durch die Sachkenntnis und Gediegenheit seiner beiden Reden, die für mich sehr belehrend waren.“¹²

Bernstein gehörte, so wertet Steinbach, „zu den programmhistorisch nicht nur Herausfordernden, sondern zu den programmgeschichtlichen Schwergewichten, den – historisch ungemein gebildeten – theoretisch und philosophiegeschichtlich grundgelehrten Sozialdemokraten.“¹³ Und er genoss stetige Anerkennung, weil er auch zur Überprüfung und Veränderung vormals formulierter, nun aber verworfener Vorstellungen in der Lage war, man denke nur an die Frage der Kolonialpolitik, die Leesch ebenfalls thematisiert (I / S. 869 ff.). Die Vorstellung von einer „sozialistischen Kolonialpolitik“ verwarf er und fand zu einer prinzipiellen Unterstützung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker auf Basis des Völkerrechts. In der die Sozialdemokratie aufwühlenden und schließlich zerreißen-

den Frage der Kriegskredite zählte er schon Ende 1914 zur internen Opposition in der Fraktion. Die SPD und die USPD wollte er nach 1917 schnellstmöglich wieder einlenken. Die Gewerkschaften und die SPD in der Weimarer Republik sahen in ihm als Mitautoren des „Görlitzer Programms“ von 1921 einen Verfechter einer tatsächlichen sozialen Demokratie.

Leesch führt den Gedankenbogen fort und betrachtet Bernstein als einen Vordenker des „Godesberger Programms“ der SPD, das den demokratischen Sozialismus als Tagesaufgabe definierte. Das heißt gewiss beileibe nicht, dass Bernstein der seitherigen Entwicklung der SPD stillschweigend gefolgt sein würde.

Nur einiges aus dieser materiell wie thematisch voluminösen Biografie, die auch ausufernde Momente besitzt, konnte angeschnitten werden. Dass unserem Vereinsmitglied Klaus Leesch ein richtig großes Werk und ein inhaltlicher Anstoß zum Nachdenken über einen demokratischen Sozialismus auch in einer krisenhaften Umbruchzeit wie der jetzigen gelungen sind, soll an dieser Stelle herausgestellt und quasi doppelt unterstrichen werden.

Holger Czitrich-Stahl

Wolfgang Harich: Neuruppiner Jugendjahre. Schriften aus dem Nachlass Wolfgang Harichs. Band 16. Mit weiteren Dokumenten und Materialien, herausgegeben von Andreas Heyer. Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2023, 689 Seiten. ISBN 978-3-8288-4574-9.

Der ursprünglich auf sieben Bände ge-

11 Bei Leesch, Bd. 1., S. 786, ist nur von der Veranstaltung in Solingen die Rede (8.11.1902), einen Tag später (9.11.1902) sprach er in Ohligs, siehe *Bergische Arbeiterstimme*, 10.11.1902, S. 2 u. 11.11.1902, S. 1 f.

12 Wilhelm Dittmann, *Erinnerungen*. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Frankfurt/M./New York 1995, Band 1, S. 82.

13 Steinbach, S. 113.

plante Harich-Nachlass wird nun mit dem 16. Band (als 20. Teilband) abgeschlossen, allerdings immer noch nicht vollständig. Der Herausgeber musste akzeptieren, dass der Verlag einen Schlussstrich ziehen wollte. Zwei Bände, auf die jetzt schon hingewiesen werden kann, werden an anderer Stelle erscheinen: Ein Nachtragsband und ein Band mit Registern.

Der vorliegende Band enthält zwei Texte Harichs. Im Hauptteil wird das einzige erhalten gebliebene Fragment seines zweiten autobiografischen Abrisses dargeboten. Seinen ersten Versuch, den Ahnenpass, hielt Harich für gescheitert. Mit Wibke Bruhns als Interviewpartnerin versuchte Harich erneut, seinen Lebensweg zu skizzieren. Aus dem gewaltigen Textkonvolut ist allerdings nur der Abschnitt über die Familiengeschichte in Neuruppin erhalten geblieben.

Harichs Leben spielte sich ab 1928 abwechselnd zwischen Neuruppin, Berlin, Königsberg, Allenstein und dem Ostseebad Rauschen ab. Dieses Pendeln nach Ostpreußen hörte 1939/1940 auf. 1939 starb sein Großvater Alexander Wyneken in Königsberg, 1940 starb sein Großvater Ernst Harich in Allenstein. Sein Vater Walter Harich war schon im Jahre 1931 gestorben. Der jüdische Arzt der Familie Harich, Dr. Jacoby, wurde etwas später sein Stiefvater. Seit 1939/1940 lebte er nur noch in Berlin. Das war anders, wenn er verhaftet wurde: „Dann ging es immer nach Sachsen. Das war einmal der Fall unter Hitler, 1943/1944, da ging es nach Torgau in Sachsen, und das war das andere Mal unter Ulbricht, da ging es dann in den fünfziger Jahren, Anfang der 60er Jahre, da ging es nach Bautzen.“ (S. 111) Harich verkündete

mit Stolz, dass es einen echteren Preußen als ihn nicht geben könne, geboren in Königsberg, aufgewachsen in Neuruppin und Berlin, beim Militär sei er gewesen in Potsdam, Strausberg und Döberitz, und dann wieder in Berlin. Ausführlich geht Harich auf seinen Aufstieg vom Jungenschaftsführer bis hinauf zum Fähnleinführer 1937/1938 ein. Besonders gern habe er Reden gehalten. Diese mussten einen nazistischen Inhalt haben. Sie seien geschult gewesen am Beispiel Adolf Hitlers und am Beispiel Josef Goebbels, am Beispiel von Baldur von Schirach. Er sei dann in eine schizophrene Situation geraten, denn gegenüber seiner Mutter und Dr. Jacoby konnte und wollte er nicht den Nazi herauskehren: „Ich war zu Hause kein Nazi!“ (S. 298) Ausführlich beschreibt Harich, warum er Ende 1938 dem Nazitum den Rücken kehrte. Die Reichskristallnacht und die Sudetenkrise, die an den Rand eines Krieges führte, spielten dabei eine große Rolle. Harich spart auch Übertreibungen nicht aus. Um seine große Begeisterung für den Film mit Marlene Dietrich „Der blaue Engel“ zu betonen, schrieb er: „Ich habe mir kaum je einen Film entgehen lassen, die ganze langjährige Liaison mit Gisela May ist irgendwo eine Ersatzbefriedigung dafür, dass ich Marlene Dietrich nicht kriegen kann.“ (S. 127) Neuruppin hielt Harich für die „wichtigste Stadt der Welt“ (S. 123). In dieser kleinen Stadt (20.000 Einwohner) seien zwei so große Männer geboren wie Theodor Fontane und Karl Friedrich Schinkel: „Ich behaupte Neuruppin ist im Grunde genommen das Vorbild von New York.“ (S. 125)

Ausführlich geht Harich auf sein Verhältnis zu seiner Halbschwester Susanne

Kerckhoff ein, der Tochter aus der ersten Ehe seines Vaters mit Eta Harich Schneider. Zu ihr entstand 1939 während des Urlaubs in Kampen auf Sylt eine innige Freundschaft. Susanne hatte sich vorher auch wegen seiner Rolle als Jungvolkführer von ihm ferngehalten: „Und unmittelbar nach unserer Heimkehr aus Kampen brach dann mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Polen der Zweite Weltkrieg aus, dem wir, meine Mutter, meine Schwester Gisela und ich und auch die Kerckhoffs von der ersten Stunde an bis zum Ende ablehnend gegenüberstanden, stets den Feindmächten den Sieg wünschten, unter fast täglichem Abhören von *BBC-London* und später auch von *Radio Moskau*.“ (S. 257)

In den Anhang I nahm Heyer Harichs 1992-1993 verfassten Versuch einer Rechtfertigung der Entwicklungen von 1956 auf: „Die Ereignisse aus meiner Sicht.“ In diesem Text formulierte Harich eine Frage, die ihn bis an sein Lebensende gequält hat. Ob, mit anderen Worten, ob es auf Seiten der SPD 1956 nicht verantwortungslos gewesen sei, „in diesem Fall überhaupt ihr Ostbüro einzuschalten“. (S. 535) Weder Willy Brandt noch Egon Bahr konnten 1979/1980 Harichs Frage beantworten. Allerdings gelang Manfred Rexin der Nachweis, dass es sich bei dem in den Memoiren von Markus Wolf genannten „Freddy“ (ein hoher SPD-Funktionär, der mit dem MfS zusammenarbeitete) um Josef Braun, den stellvertretenden SPD-Vorsitzenden von Westberlin, handelte. An diesen hatte sich Harich am 1. November 1956 gewandt.

Anregend ist auch Heyers Übersicht zu den Höhepunkten der bisherigen Harich-Forschung im Anhang II. Ein Gesamtin-

haltsverzeichnis von Band 1-16 schließt den Band ab.

Siegfried Prokop

Inge und Michael Pardon: Tulpanov. Stalins Macher und Widersacher. Die Biografie. Edition Ost, Berlin 2024. 256 Seiten, 28 €. ISBN 978-3-360-01886-1.

Inge Pardon gehörte zu den Gründungsmitgliedern unseres Förderkreises und zu den Aktivistinnen und Aktivisten der ersten Stunde. Sie leitete das Zentrale Parteiarchiv der SED und sorgte durch vielfältige Initiativen und mit viel Geduld und Geschick dafür, dass dessen Bestände geschlossen in die Stiftung Archive der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch) überführt werden konnten. Über diese Jahre des Umbruchs, in denen aus dem Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED das – zum 31.3.1992 per Treuhandbescheid geschlossene – Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung¹⁴ und die SAPMO hervorgingen, berichtete Inge Pardon in einem ausführlichen Interview in den *Mitteilungen*, Heft 59.¹⁵ Mit ihrem 2023 verstorbenen Mann Michael Pardon, Absolvent der Leningrader Militäarakademie für Nachrichtenwesen und u. a. habilitierter Fachmann für Mikroelektronik in der Rechentechnik,

¹⁴ Vgl. Günter Benser: Aus per Treuhandbescheid. Der Überlebenskampf des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2013.

¹⁵ 30 Jahre Förderkreis: Ein Interview mit Dr. Inge Pardon, geführt von Dr. Holger Czitrich-Stahl und Dr. Rainer Holze, *Mitteilungen*, Heft 59 (März 2021), S. 75-92.

Datenverarbeitung und -übertragung, begab sie sich auf eine jahrelange Suche nach Quellen, Dokumenten und Zeitzeugen des sowjetischen Militärs und Wirtschaftswissenschaftlers Sergej Iwanowitsch Tulpanow (1901-1984). Leider konnte Michael Pardon das Erscheinen der Biografie nicht mehr erleben, ihm ist das Buch gewidmet.

Schon der Klappentext verrät, was den Biografen wichtig ist. Tulpanow gehörte zu den wichtigsten Nachkriegspolitikern in Deutschland, ist aber im Gegensatz zu Lucius D. Clay nahezu vergessen, dabei war er eine Schlüsselfigur in der sowjetischen Deutschlandpolitik, wie es weiter heißt. Das wussten auch seine westalliierten Kollegen: „Oberst Sergej Tulpanow [...] bleibt eine höchst einflussreiche Figur mit offenbar großer Entscheidungsfreiheit“, schrieb Robert Murphy, Politischer Berater der Militärregierung in Deutschland 1946 an den damaligen US-Außenminister James F. Byrnes (S. 81). Es war Marschall Georgi K. Schukow als oberster Chef der Sowjetischen Militäradministration (SMAD), der ihn mit dem Aufbau einer Verwaltung Propaganda unter ihrem Dach beauftragt hatte (S. 71). Doch wer war dieser Mann?

Dass Inge und Michael Pardon ein persönliches Motiv besaßen, Tulpanows Biografie zu schreiben, liegt auf der Hand. Er war ihr Doktorvater in Leningrad, mit Michael zusammen waren sie häufig bei den Tulpanows eingeladen und pflegten über die Jahrzehnte und seinen Tod hinaus die Freundschaft zwischen den Familien. Das strukturiert natürlich auch den Blick auf Tulpanow und soll es auch. Insofern ist die Biografie nicht nur eine Rekonstruktion des Lebens und Wirkens eines Protagonisten,

sondern an vielen Stellen auch eine persönliche Erinnerung an einen Menschen, der die beiden geprägt hatte.

Sie konnten das Privatarchiv Tulpanows sichten und so Wertvolles über ihn erfahren. Die SAPMO war ein weiterer Fixpunkt der Recherchen, denn der Kulturbund der DDR hatte von Tulpanows Witwe Irina Kirillowna einen Teil des Nachlasses erhalten, der in die Bestände der SAPMO einging.¹⁶ Weitere Archive in Russland konnten ebenfalls aufgesucht werden. Wichtig waren auch die Gespräche mit Zeitzeugen, worunter auch zahlreiche, auch zwischenzeitlich verstorbene, Mitstreiter aus dem Förderkreis oder seinem Umfeld zu finden sind.¹⁷ Mehrheitlich aber handelt es sich um Familienangehörige oder Kollegen Tulpanows. Zu den letzteren zählt der Historiker Jakow S. Drabkin (1918-2015). Sie und alle benutzten Archive und das Literaturverzeichnis sind in dem knappen Anhang benannt (S. 241 ff.). Vorangestellt ist der Biografie ein Vorwort von Moritz Mebel (1923-2021), der als Freiwilliger in der Roten Armee gegen die Hitler-Wehrmacht kämpfte und nach 1945 in der SMAD tätig war. Seine Mutter war mit zwei Kindern vor den Nazis in die Sowjetunion emigriert. Dies, und daran erinnern sein Vorwort und auch verschiedene Bemerkungen der Pardons, schlägt den Bogen zwischen einer Zeit eines barbarischen Raubkrieges gegen die Sowjetunion zu einer Gegenwart, in

16 Für Interessierte wäre es vielleicht hilfreich gewesen, die Signatur des Nachlasses in der SAPMO anzugeben: NY 4580.

17 Es werden u. a. Heinrich Gemkow, Gerd Kaiser, Thomas Kuczynski, Hans Modrow, Karl-Heinz Schulmeister, Günter Benser und Siegfried Prokop aufgeführt.

der das Verhältnis zu Russland in eine seit dem Kalten Krieg nie wieder so spürbare Gefahrenzone abgeglitten ist. Selbst wenn der Unilateralismus der Ära Bismarck heute einem Multilateralismus gewichen ist, der außenpolitische Alleingänge erheblich erschwert: Das deutsch-russische Verhältnis war und ist eine besonders schwierige und vor allem wichtige Komponente der Sicherheit auf unserem Kontinent und damit in der Welt. An Bismarcks Rückversicherungsvertrag von 1887 zu erinnern heißt, in diesem Falle auch Gerhard Schröder zu würdigen, der sich der Teilnahme deutscher Truppen am Irakkrieg 2002 verweigerte. Zurecht betont der Klappentext eine weitere Konstante der deutsch-russischen Geschichte: „Feindschaft ist überwindbar, Freundschaft immer möglich – wenn beide Seiten es wollen.“ Der auch von den Pardons abgelehnte Ukrainekrieg wird in näherer Zukunft Geschichte sein, und vielleicht eine gute Gelegenheit für einen vorsichtigen Neubeginn. Willy Brandt hat es vorgemacht.

Sergej I. Tulpanow wurde am 3.10.1901 (bzw. 20.9.1901 nach julian. Kalender) in der Nähe der nordwestrussischen Stadt Pskow geboren, unweit der Grenze zu Estland und knapp 300 km von St. Petersburg entfernt. Sein Elternhaus, in dem es auch deutsche Wurzeln gab, ermöglichte seinem Bruder und ihm eine gute Schulbildung, die deutsche Sprache und deutsche Literatur waren wohl keinesfalls randständig (S. 38 ff.). Im Herbst 1919 meldete er sich zur Roten Armee und kämpfte im Bürger- bzw. Interventionskrieg gegen die Truppen der Gegenrevolution an mehreren Fronten und übernahm zunehmend Aufgaben, die kon-

zeptionelles Denken und organisatorisches Geschick voraussetzten. Er studierte und promovierte in Leningrad und lehrte an der Militärpolitischen Akademie, am Leningrader Technologischen Institut und an der Forsttechnischen Akademie. Mit seiner Versetzung in die Reserve endete auch seine wissenschaftliche Tätigkeit (S. 49).

Es war die Zeit der Säuberungen, in der auch Tulpanow beinahe verhaftet wurde, der Vorwurf lautete „Kosmopolitismus“. Er tauchte unter, die Umstände und sein Verbleib während dieser Zeit sind im Dunkeln geblieben. Rätsel ranken sich um eine mögliche geheimdienstliche Tätigkeit Tulpanows, die ihn auch nach Deutschland geführt haben könnte. Letztlich kam er mit einer Parteistrafe davon, durfte ab Herbst 1938 wieder seine Lehrtätigkeit aufnehmen. Seine Mutter allerdings wurde vermutlich 1940 in Moskau erschossen, sein Vater starb in der Verbannung. Nach dem Beginn des deutschen Angriffs auf die UdSSR kämpfte er in Leningrad gegen die mörderische Belagerung der Stadt. Immer wieder vernahm er deutsche Soldaten, seine Kenntnis des Deutschen half ihm dabei, einen differenzierten Blick auf die deutschen Soldaten zu gewinnen. 1942 wurde er nach Stalingrad abkommandiert, wo er in der Gegenpropaganda mit gefangenen Deutschen aktiv wurde. Kontakte besaß er auch zu Friedrich Wolf, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Erich Weinert. Hieraus entwickelten sich seine Vorstellungen von einem künftigen antifaschistisch-demokratischen Deutschland nach der Besiegung der deutschen Aggressoren. Sie sollten sich von denjenigen Stalins nicht nur in Nuancen unterscheiden. An der Zurückdrän-

gung der Wehrmacht hatte Tulpanow als Kommandeur an der Ukrainischen Front Anteil. Sie drang von Südosten her nach Deutschland vor und stand bei Kriegsende vor Prag. Im Juni 1945 wurde Tulpanow nach Berlin abkommandiert, um für die Umsetzung der alliierten Beschlüsse von Jalta und dann von Potsdam zu sorgen. Nun war die SMAD in der Sowjetischen Besatzungszone sein Wirkungsgebiet. In Berlin baute er die *Verwaltung Propaganda der SMAD* auf, die im Mai 1947 in Informationsverwaltung umbenannt wurde. Sie bestand bis in den November 1949 hinein; die DDR war ja am 7. Oktober 1949 gegründet worden, wachte über die Zulassung und Arbeit der Verlage, Sender und andere Organe der Meinungsbildung und begleitete so die antifaschistisch-demokratische Umgestaltung in der SBZ nach zwölf Jahren von „Gleichschaltung“ und Krieg. Sie machte z. B. der Bevölkerung die von den Nazis unterdrückte und gehasste demokratische Kultur wieder zugänglich. Doch zog er sich das Misstrauen Stalins und seiner Getreuen in Moskau zu, die – im Gegensatz zu Schukow und Sokolowski – eine strenge Sowjetorientierung der Propaganda und die Ablösung Tulpanows forderten und betrieben, oft mit fragwürdigen oder unwahren Anschuldigungen. Nur wenige Tage nach der DDR-Gründung waren seine Kontrahenten am Ziel, mit seiner Ablösung war auch ein Ausreiseverbot in die DDR verbunden (S. 111 ff.). Zu seinen Verdiensten gehörte sicher der Aufbau des *Kulturbundes*, dem er eine wichtige Rolle auf dem Weg zu einem neuen Deutschland zuerkannte, da, und das sahen viele führende Kommunisten in Moskau und

Berlin anders, die SED nicht die Mehrheit der Intelligenz von einer grundlegenden Umgestaltung überzeugen könne (S. 112 f.). Tulpanow äußerte später in einem Gespräch mit Thomas Mann die Auffassung, dass sich die Volksdemokratie durchgesetzt habe und man den Deutschen erlauben könne, ihren Weg unabhängig fortzusetzen (S. 118). Dazu gehörten die Gründung der SED und der anderen Parteien in der SBZ, vor allem aber die Verständigung zwischen den Deutschen, den Russen und den Angehörigen der Sowjetunion. Seine Rolle im politischen Prozess der Jahre 1945-1949 beleuchtet ein ausführliches Kapitel des Buches (S. 177-209). Wohl viel früher als Stalin sah er, dass ein geeintes neutrales Deutschland immer unwahrscheinlicher werden würde.

Sein Agieren entsprach durchaus nicht immer den Vorstellungen Stalins. Auch nach dessen Tod und dem Ende des Personenkultes fehlte es nicht an Auseinandersetzungen, kurzzeitig wurde er sogar aus der KPdSU ausgeschlossen, konnte aber nach kurzer Zeit wieder als Wirtschaftswissenschaftler lehren. Doch die Jahre der Ära Breschnew erschwerten dem seinen eigenen Kopf Gebrauchenden einmal mehr die Arbeit (S. 136 ff.). Tulpanow starb 1984.

Die Gliederung folgt nicht einer strikten Chronologie, sondern einer thematischen Strukturierung, durch die man viele weitere Aspekte erfährt, z. B. seine freundschaftliche Beziehung zur FDJ, die ja auch für die Pardons eine zentrale Lebensstation war. Insgesamt liest man die Verehrung deutlich heraus, die sie dem auch in der DDR vielfach Geehrten entgegenbrachten. Dies wird manchen nicht gefallen, die professionelle

Distanz seitens der Biografierenden erwarten. Doch wie will man, und die Frage ist erlaubt, über die DDR und ihre sie gestaltet habenden Personen, und dazu gehörte zweifelsfrei Tulpanow, unvoreingenommen schreiben, wenn negative Voreingenommenheit quasi vorausgesetzt wird? Dann ist Nähe, auch sehr große Nähe, ein legitimes Mittel der Wahl, um gegen den Strom zu schwimmen. Ihm lag das gute Verhältnis zwischen Russen und Deutschen am Herzen und er hat es nach Kräften gefördert. Das allein zu erfahren ist aktuell von wirklicher Relevanz.

Holger Czitrich-Stahl

Timm Graßmann: Der Eklat aller Widersprüche. Marx' Theorie und Studien der wiederkehrenden Wirtschaftskrisen. De Gruyter, Paperback, Berlin, 2024, 555 Seiten.

Knalleffekt ohne Ankündigung

Zwölf Jahre nach Ausbruch der ersten weltweiten Finanzkrise im 21. Jahrhundert verdeutlichte der Corona-Crash 2020 die generelle Krisenhaftigkeit moderner Gesellschaften. Die damit verbundenen massiven gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Auswirkungen sind bis heute zu spüren. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass das Interesse an den Schriften von Karl Marx wieder zugenommen hat. Er hatte sich mehrere Jahrzehnte intensiv mit der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus auseinandergesetzt. In seiner Studie befasst sich Timm Graßmann mit vier Fragen: „Liegt bei Marx eine Krisentheorie vor oder nicht? Was sind Marx zufolge ... Krisen? Warum kehren sie wieder? Was be-

deuten ... und was bewirken sie?“ (S. 4).

In einer Krise zeigt sich für Marx „der Eklat aller Widersprüche der bürgerlichen Ökonomie“ (S. 9). Eine Krise ist jedoch weder ein Ausnahmezustand von der Normalität eines wie auch immer definierten Gleichgewichtszustands noch ist sie Alltäglichkeit. In einer ersten Annäherung verknüpfte Marx die Krise mit industriellen Zyklen bzw. der Periodizität der Wechselfälle in wiederkehrender Form. Für Marx waren die Wirtschaftskrisen des 19. Jahrhunderts sowie deren gesellschaftliche und politische Dimensionen der Ausgangspunkt umfangreicher Forschungsprozesse. Sie fanden Eingang in der Darstellung – genauer gesagt dem Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten – der drei Bücher des Kapitals.

Graßmann zeichnet in seiner Studie die Entstehung der Marx'schen Krisentheorie auf Basis von dessen ökonomisch-politischen Exzerpt-Heften, Manuskripten und der abstrakt-logischen Darstellung im Kapital nach. Er geht in seinen Ausführungen chronologisch vor und schildert zunächst, wie der Mainstream der bürgerlichen politischen Ökonomie die Wirtschaftskrisen des 19. Jahrhunderts verarbeitete. Den Großteil der Krisenerklärungen ordnet Graßmann zwei Themen zu (S. 102): Theorie und Empirie (auch: Theorie und Historie) sowie Produktion und Geld (oder Ware und Geld). Während der Deduktionismus mit seinen theoretisch schlüssigen Systemen an der Realität scheitert, verweigert sich der Pragmatismus der Erkenntnis von Universalien (S. 103 f.). Der zweite Gegensatz, der von Ware und Geld, interagiert mit dem ersten. In der Quantitäts-/Geldmengentheorie gilt Geld als empirisch und men-

genmäßig regulierbar, im Say'schen Gesetz (jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage) als „ewige Wahrheit“ (S. 105) – was letztlich auf eine Krisenbekämpfung über eine Kontrolle der Geldmenge hinausläuft.

Nach Einschätzung von Graßmann war Marx einer der wenigen politischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, der Krisenanalyse und Krisentheorie als Einheit betrachtete. Als ein herausragendes zeitgenössische Ereignis gilt die erste europaweite Handelskrise 1847/48, die Marx in die Phasen Baumwollüberproduktion, Eisenbahnkrise und „eigentliche kommerzielle Krise“ (Geldkrise) untergliederte (S. 154). Insbesondere die Pariser Hefte (1844), die Brüsseler und Manchester Hefte (1845) sowie die Londoner Hefte (1850/51) bildeten wichtige Meilensteine bei der Formulierung des Entwurfs einer Krisentheorie in der Schrift *Reflections* (1851). Marx stellte darin „einen Zusammenhang (her) zwischen der Überproduktionstendenz des Kapitals, der klassengesellschaftlichen Profitproduktion und den Bewegungen im Geld- und Kreditsystem“ (S. 182). Noch aber fehlte die Erkenntnis, dass gleiche ökonomische Symptome unterschiedliche Ursachen sowie verschiedene Aus- und Rückwirkungen haben können (S. 184).

In den 1850er-Jahren war die Weiterentwicklung der Marx'schen Krisentheorie durch zwei zentrale Ereignisse geprägt: durch den Staatsstreich von Napoleon III. am 2. Dezember 1851 und die darauffolgende Herausbildung eines autoritären Staates (Bonapartismus) sowie die erste Weltwirtschaftskrise 1857/58. Sie begann mit einem Bankencrash in den USA, bewirkte eine transatlantische Geldkrise und

förderte darüber hinaus eine Überproduktion industriellen Kapitals in Großbritannien zutage (S. 267 ff.).

Graßmann interpretiert dieses Jahrzehnt der Marx'schen Theorieentwicklung unter der Überschrift: „Von der Theorie der Krise zu ihrer Analyse und wieder zur Theorie zurück“ (S. 186). An vier Aspekten verdeutlicht er die offenen Punkte des ersten Entwurfs: erstens den magischen Kräften des Geldes, genauer der kalifornischen Geldfunde; diese führten zur begrifflichen Eigenschaft „des Geldes als Geld“ (S. 205); zweitens die Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Politik, die Marx am Beispiel des Bonapartismus eruierte (S. 220 ff.); drittens die nahezu grenzenlosen Einsatzformen des fiktiven Kapitals und der damit verbundenen Kreditbeziehungen (S. 285 ff.); viertens die vielfach miteinander verflochtenen zyklischen Bewegungen von Industriekapital (Produktion), Handelskapital (Verwertung) und Geldkapital (S. 318). Vor allem in den Grundrissen (1857) und *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (1859) verarbeitete Marx die neuen Erkenntnisse seiner Krisenanalysen der 1850er-Jahre in einer multilinearen Struktur von Produktion, Zirkulation und Kredit sowie Staat und Ökonomie.

Die nächste Phase des sukzessiven Ausbaus der Krisentheorie erfolgte im Verlauf der 1860er-Jahre. Das empirische Ausgangsmaterial dafür lieferte die erste weltweite Finanzkrise im Jahr 1866, die sich bis 1869 hinzog. Allerdings konnte Marx nur einen Teil seiner neuen Erkenntnisse in das erste Buch des Kapitals einarbeiten; es erschien im September 1867. Eine detaillierte Aufarbeitung und Systematisierung

der Krise 1866 unternahm Marx erst in den Exzerpten aus den Jahren 1868/69; deren Ergebnisse sollten in das zweite und vor allem in das dritte Buch des Kapitals Eingang finden – so seine Planung.

Am Black Friday, dem 11. Mai 1866, ereignete sich der Eklat: Mit Overend, Gurney & Co. kollabierte eine der bedeutendsten Londoner Banken. Damit nahm eine Kettenreaktion ihren Verlauf, in deren Bewegung eine Vielzahl von Eisenbahn- und Bauunternehmen, Banken und Finanzdienstleister insolvent wurden (S. 440). Die Ursachen dafür entstanden einige Jahre vorher. Britisches Kapital fand während des amerikanischen Bürgerkriegs keine Anlagemöglichkeiten mehr, strömte in die Heimat zurück und führte zu einer Finanzspekulation im Eisenbahnsektor. Aktiv waren hier u. a. neu gegründete Finance Companies, die für eine massive Ausdehnung des Kreditangebots von Spekulationen aller Art verantwortlich waren – und die Blasenbildung nahm ihren Lauf (S. 438 ff.). Was Marx in diesem Zusammenhang als „Denunziation des Schwindels“ (S. 474 ff.) bezeichnete, war eine sich verselbstständigende (Geld-)Finanzkrise.

Graßmann liefert in seiner Studie überzeugende Argumente für die Existenz einer konsistenten erweiterungsfähigen und in den Bereichen Staat und Weltmarkt erweiterungsbedürftigen Marx'schen Krisentheorie. Er weist anderweitige Vermutungen, etwa die alleinige Verursachung der Krisen durch eine tendenziell fallende Profitrate oder eine wiederkehrende Überakkumulation, zurück. Das Fundament der Marx'schen Krisentheorie bilden die „Widersprüche in der Warenform und die

allgemeine Natur des Kapitals“ (S. 419). Die Thesen einer Überakkumulation, einer Unterkonsumtion, einer Disproportionalität zwischen Sektoren, die Lehre der Profitklemme oder die tendenziell fallende Profitrate sind notwendige Elemente der Krisentheorie, wie sie Marx vor allem in den drei Büchern des Kapitals zunächst auf einer abstrakt-logischen und zum Abschluss des dritten Buches als eine idealtypische Realität entwickelte (S. 419). Auch wenn die Überproduktion als Grundphänomen aller Krisen gilt, lässt sich nicht jede Krise auf die Überproduktion von Waren auf dem Weltmarkt zurückführen (S. 423). Vor allem aber bildet die Geldkrise eine Phase jeder Krise (S. 507). Mehr noch: Die Kapitalanalyse an sich ist keine Krisentheorie; die drei Bücher des Kapitals enthalten jedoch eine Krisentheorie.

Bekanntlich konnte Marx zu seinen Lebzeiten großzügig gerechnet nur die erste Hälfte seines ursprünglichen Sechs-Bücher-Plans im Kapital umsetzen. Die drei anderen Bücher zu Staat, internationalem Handel und Weltmarkt sollten zusätzliche Bedingungen dazu enthalten, wie aus der Möglichkeit einer Krise eine reale Krise wird. Die künftige Forschung, so Graßmann, müsste daher u. a. an der theoretischen Ausführung der zweiten Hälfte des Sechs-Bücher-Plans ansetzen, um Fortschritte auf abstrakt-logischer Ebene erzielen und gleichzeitig die Aufarbeitung der Krisen des 20. und 21. Jahrhunderts vorantreiben (S. 519).

Jürgen Wasem-Gutensohn



← Plakat mit dem Aufruf zur Bildung von betrieblichen Frauenkommissionen, Juli 1948

27.11.2025 | 18:00

Kämpferinnen für Gleichberechtigung?

Die betrieblichen Frauenkommissionen in der DDR
Dr. Christian Rau (Institut für Zeitgeschichte)

Betriebliche Frauenkommissionen zählen zu den wichtigsten Vertretungsorganen von Frauen in der kommunistischen Diktatur der DDR. Sie vermittelten die Frauenpolitik der SED in die Betriebe und sollten die weiblichen Beschäftigten für den Sozialismus mobilisieren. Doch sie waren stets umstritten und durchliefen in 40 Jahren DDR-Geschichte mehrere Wandlungen. Am Ende der DDR umfassten sie knapp 90.000 weibliche Mitglieder, verschwanden aber mit dem Mauerfall sehr schnell und leise.

Der Vortrag zeichnet die wechselvolle Geschichte der betrieblichen Frauenkommissionen in der DDR und in der Wandelzeit nach. Dazu werden passende Dokumente aus dem Bundesarchiv gezeigt.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv

Bundesarchiv | Berlin-Lichterfelde
Einickersdammallee 63
12205 Berlin

Der Eintritt ist frei

Veranstaltungsort:

Bundesarchiv | Berlin-Lichterfelde
Veranstaltungssaal im Benutzungszentrum
Finckensteinallee 63 | 12205 Berlin

Veranstalter:

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Telefon: 030 187770-0

E-Mail: berling@bundesarchiv.de
www.bundesarchiv.de

Mitveranstalter:



Förderkreis Archive und Bibliotheken
zur Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.



Johannes-Sachsenbach-Gesellschaft e.V.
Verband für Förderung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Vor jedem Termin findet um 16:45 Uhr eine etwa einstündige Führung durch das Bundesarchiv statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Treffpunkt ist im Foyer des Benutzungszentrums am Info-Tresen.

Bildschiene:

Titel: Bauch, Bild 183-254756/Quarzhelm,
Werkzeugkasten (Bauch, Bild 183-193-28427)
Werkzeugkasten (Bauch, Bild 183-193-28427)
Innen Mitte: Bauch, Bild 183-18640-0008/Zahnschäufel,
Eichen-Innen rechts: Bauch, Bild 183-18991-1228-0027/
Gesellschaft: Arbeiter-Haiger + Dörfler



Vortragsreihe
Termine 2025



Frauen in der DDR

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

Bundesarchiv | Berlin-Lichterfelde

13.02.2025 | 18:00

Taures Kaffeekränzchen oder Beitrag zur Emanzipation? Das internationale Jahr der Frau 1975 im geteilten Deutschland

Dr. Gisela Natz (Sozialwissenschaftlerin und Autorin)

1975 rief die UNO-Generaerversammlung das Internationale Jahr der Frau aus und etablierte den 8. März als „Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden“. Auch in Deutschland wurden dazu nationale Programme aufgestellt. In der DDR feierte der Demokratische Frauenbund die sozialen Errungenschaften. In der Bundesrepublik verwiesen die Frauen auf die fortdauernde geschlechterspezifische Ungleichheit.

Der Vortrag gibt einen Überblick über die unterschiedliche Umsetzung der Initiative der UNO in beiden Teilen Deutschlands. Wie entwickelte sich die Emanzipation in Ost und West weiter und welchen Stellenwert erhielt der internationale Frauentag? Originaldokumente aus dem Bundesarchiv ergänzen die Veranstaltung.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv



← Plakat zum Weltkongress im Internationalen Jahr der Frau in Berlin (Ost), 1975



→ Apotheke der Betriebspoliklinik beim VEB Stahl- und Wälzwerk Brandenburg, Mai 1956

26.06.2025 | 18:00

Rabennütter oder Vorbilder für eine gelungene Emanzipation? Frauen in der DDR

Dr. Anna Käminsky

(Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur)

Bis heute gilt die Frauenpolitik der DDR vielen als Vorbild für eine gelungene Emanzipation. Die SED-Führung hatte als Maxime ausgegeben, das möglichst alle Frauen in das Berufsleben einzubeziehen seien. Die Berufstätigkeit, möglichst in Vollzeit, galt als grundlegende Voraussetzung für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Hierfür versprach die SED die Vereinbarkeit von Familie, Haushalt und Berufstätigkeit. Aber wie stand es tatsächlich um die Gleichberechtigung in der DDR? Und was passierte nach 1990 im vereinten Deutschland?

Begleitend präsentiert das Bundesarchiv Unterlagen zur Frauengeschichte.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv

25.09.2025 | 18:00

Der Frauenstrafvollzug in der DDR am Beispiel Hoheneck Prof. Dr. Stefan Appellus (Gedenkstätte Hoheneck)

Im Erzgebirge befand sich zu DDR-Zeiten eine Haftanstalt, in der seit Frühjahr 1946 Tausende von Frauen aus politischen Gründen inhaftiert waren. Das Haftregime war militärisch streng, die hygienischen Zustände katastrophal und die Ernährung der Inhaftierten völlig unzureichend. In den hier tätigen volkseigenen Betrieben mussten die Frauen Tag und Nacht im Dreischicht-System Akkord-Arbeit leisten.

Der Direktor der im Juli 2024 eröffneten Gedenkstätte Hoheneck stellt die Geschichte der Haftanstalt vor und ordnet sie in den größeren Rahmen des Strafvollzugs in der DDR ein.

Ergänzend werden im Bundesarchiv überlieferte Akten zu Hoheneck zur Einsicht ausliegen.

16:45 | Führung durch das Bundesarchiv



→ Bild der DDR-Nachrichtensagentur ADN vom Innenhof des Frauengefangnisses Hoheneck, 1989